

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: Vierteljahr 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelhe Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 5. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kongreßwahlen in Argentinien und die sozialistische Partei.

Von Buenos Aires wird uns geschrieben:

Das Resultat der letzten Wahlen in Argentinien hat eine der reaktionärsten „Stützen“ in folgender sehr pessimistischen Prophezeiung zusammengefaßt: „Die letzten Wahlen bestätigen das Emporschießen einer neuen Macht, die langsam, aber sicher zur Herrschaft gelangen muß. In der sozialistischen Partei — da steht das kommende Unheil. Bei geheimem Stimmrecht bringt diese Partei es in zwei Jahren zur Minorität und nach vier Jahren gewinnt sie die Mehrheit in Buenos Aires“. Und wenn wir nach den geheimen Ursachen dieser Erscheinung fragen wollten, belehrt er uns: „Alle anderen Parteien stecken sich nur politische Ziele, während diese eine „soziale“ Basis hat, und darin eben liegt das Geheimnis der riesigen Erfolge“. Und aus all diesem dann der ganz gesunde Schluß: „Wir müssen alle zusammenhalten, um diese Flut zu hemmen“. Und „La Razon“, das Organ der Großkapitalisten, muß mit Jähneknirsch eingestehen: „Wir glauben, der Sozialismus — eine fremde Pflanze — könne auf unserem freien (?) Boden nicht gedeihen. Die letzten Wahlen beweisen, daß diese Ideen immer mehr Boden gewinnen.“

Argentinien ist seit der „radikalen“ Revolution von 1893 in mehr ruhige Bahnen eingetreten. Nichtsdestoweniger kommt man aus dem Staunen gar nicht heraus. Wie bekannt, ist Argentinien eine Föderation verschiedener Staaten („Provinzen“). Von diesen ist Buenos Aires der einzige, der im politischen Leben etwas von moderner Kultur zeigt: das übrige Land bleibt größtenteils in wildem Zustande; was man dort von Kultur findet, sind moderne Formen der Ausbeutung. Ein Regierungsbeamter, den man während der letzten Wahlen in eine entfernte Provinz geschickt hatte, um für die Reinheit der Wahlen einzutreten, schildert das politische Leben der Provinz recht drastisch: Er meint, eslinge überhaupt wild, wenn man hier von politischem Leben spricht. Die Hauptstadt der Provinz zählt ungefähr 8000 Einwohner (an Ausdehnung übertrifft die Provinz ganz Preußen); und hat ihren eigenen gesetzgebenden Körper, Justiz, eine ungeheure Beamtenwelt. Man kann sich nun sehr leicht vorstellen, welche relativ ungeheure Macht hier die Regierungsbureaokratie besitzt. Die Mehrheit der Wähler bilden denn auch die Beamten (das heißt hier die Regierungspartei) oder die Kandidaten auf Beamtenposten (das ist die „Opposition“); dann kommen die Freunde und Sippschaften, und der Kampf dieser Claque heißt denn Wahlkampf. Die Masse besteht entweder aus Eingeborenen, welche als „Fleischwerdung“ der abstrakten politischen „Idee“ das Joch der Güter- und die Knecht der Plantagenbesitzer berechnen können; oder aus ausländischen Arbeitern (peones), die ein mehr Sklavenartiges Dasein führen, außerdem in der ungeheuren, unabsehbaren Pampa gestreut und darum ganz widerstandsunfähig sind. Die wenigen industriellen Arbeiter, meint der Beamte, ändern sehr wenig an dem Ganzen, da es ihnen am Bewußtsein ihrer Klasseninteressen (wörtlich) fehlt. Die Wahlen sind hier darum auch nur gleichsam ein „Familienereignis“. Hier droht man, dort kauft man mit barem Geld oder Verprechungen, und im großen ganzen dekretiert man die Abgeordneten, um dann das große Ereignis in alle Welt auszusprechen.

Das ist das Bild der Wahlen, das bis in die letzten Tage für alle Provinzen maßgebend war, und abgesehen von der Hauptstadt Buenos Aires, noch immer bleibt. Auf diesem Boden kann das Parteiwesen im europäischen Sinne darum auch nicht blühen. Gewiß gab es immer Parteien. Gewöhnlich waren es immer zwei Parteien, die sich den Sieg streitig machten. Die Regierungspartei, die sich am Regierungstrog mähele, und die Opposition, die nach den Pfeilschüssen des Kongresses schwächete. Gesah es einmal, daß die einzelnen Kandidaten sich nicht einigen konnten über den Kandidaten, dann stampfte der Unzufriedene nur, und es gründete sich eine neue Partei. Und nach den Wahlen sammelten sich alle diese Raben im Kongreß. Die Abgeordneten haben darum auch keine Ahnung davon, was man sonst Gesehgebung nennt. Der Kongreß ist nur ein Mittel, um die eigene Raubsucht zu befriedigen oder die Appetite der Verwandten und Unterstützer im Wahlkampf zu stillen, oder die Interessen irgend eines Unternehmers unter den Abgeordneten zu wahren; das letztere nennt man Unterstützung der heimischen Industrie. Man bemühte sich auch gar nicht einmal, das äußere Dekorament zu bewahren. Man ließ sich im Kongreß nur selten sehen, wenn es galt Subsidien für Institutionen zu votieren, die es verstanden hatten, ihre Interessen diesem oder jenem Abgeordneten ans Herz zu legen. Dem Kongreß fehlt es auch fast immer an „Quantum“; gilt es darum eine für den Staat unumgängliche Maßnahme durchzuführen, dann muß man die Herren Gesehgeber zusammenpeitschen.

Freilich gibt es ein sehr wirksames Mittel, man braucht nur zu munkeln, daß die heiligen Eigentumsrechte oder die nicht minder „heilige Ordnung“ des Bürgertums in Gefahr schwebt, dann kommt der ganze Schwarm zusammen; dann fabriziert man mit mechanischer Schnelligkeit Gesehe, dann

macht man „soziale“ Gesehgebung, die sich gegen die Umstürzler usw. richtet. All dieses Treiben trägt dann den herrlichen Titel „Patriotismus“, und wenn man sich manchmal an demselben berauscht, dann läuft man auch in die Strafe, um unter gnädiger Deckung von Polizeischaren die Arbeiter- und Sozialistenlokale zu stürmen.

Denn diese „Verräter“ waren ja immer die Spielverderber. Sie sind es ja immer gewesen, die das korruptierte Wesen dieser „Politik“ denunzierten; die aller „Nation“ zum Trost neue gesunde Prinzipien dem Wähler eintrichterten; sie sind es ja, die mit ihrem ewigen Gesehe nach Gesehen, die die arbeitenden Klassen in Schutz nehmen, die Ruhe der Schlafmühen, die sich Gesehgeber nennen, stören. Sie gehören darum der „Nation“ nicht an. Sie sind Fremde, Eindringlinge (intrusos), die eine fremde Pflanze hier künstlich zum Treiben bringen wollen. Und als alles nichts gegen diese Eindringlinge ausrichten wollte, wurde der „berühmte“ Ferri ausgerufen, um den Sozialismus hier vom Standpunkt der materialistischen Gesehichtsauffassung aus tot-zuschreiben; das, was übrig blieb, trachtete man mit „sozialer“ Gesehgebung auszuweisen oder einzufrieren.

Es ist nicht nur die Feindschaft der herrschenden Klassen, die die Entwicklung des Sozialismus — in erster Linie seine politische Aktion — hemmen. Das weit wichtigere Hindernis findet er in den tiefsten Verhältnissen. Die Arbeiterklasse besteht hier meistens aus Ausländern. Zudem kommt die hiesige Einwanderung größtenteils aus Italien, Spanien und Russland. (In letzter Zeit gibt die Türkei einen hohen Prozentsatz Einwanderer.) Diese Masse ist hier schwer in die Organisation zu bringen, weil die meisten herkommen um „Amerika zu machen“, und darum keine Lust haben, den „Ausführer“ zu spielen. Weiter, da diese Masse keine politischen Rechte besitzt, und man das Erwerben derselben fast unmöglich macht, wird die Arbeiterklasse der Politik ganz entfremdet, und auf diesem Boden wuchert dann der Anarchismus und — in letzterer Zeit — der Syndikalismus. Man schwärmt darum für „direkte Aktion“, „Generalstreik“. Den letzteren dekretiert man denn auch regelmäßig, um dann ebenso regelmäßig den schwächlichen Mühsüß auf gruseligem Phrasen zu bedenken. Die Arbeiterklasse auf ökonomischem Gebiete (wenigstens) zu organisieren, daran denken diese Defektionisten ganz und gar nicht. Dagegen verschleudert man die ganze Zeit mit Sozialistenfresserei, die gewöhnlich auf fruchtbareren Boden fällt. Und wenn dann die Wahlen kommen, dann kauft man diese „Anarchisten“ um den denkbar niedrigsten Preis.

In diesen Verhältnissen hat die Partei jahrelang mit bewunderungswürdiger Fähigkeit und Ausdauer gearbeitet, indem sie die Arbeiter über ihre wirklichen Klasseninteressen aufzuklären anstrebt. In öffentlichen Versammlungen, Meetings, Manifestationen usw. hat sie ihr Möglichstes getan, um die arbeitenden Klassen zu überzeugen, daß sie das eigene Wohlergehen untergraben, wenn sie dem politischen Leben den Rücken kehren. Und die Bemühungen sind nicht fruchtlos geblieben. Die Gesehichte der Wahlbeteiligung konstatiert ein nieles ununterbrochenes Wachsen an Stimmzahl. Seit 1896 hat man schon viermal das Wahlsystem geändert, und die Schuld daran tragen die Sozialisten. Es genügt nur, daß 1904 ein Sozialist in den Kongreß gelangte, um sofort das Wahlsystem zu ändern.

In der letzten Wahlschlacht (1912) hat die Partei 14 000 Stimmen (gegen 7000 im Jahre 1910) erhalten und zwei Abgeordnete durchgebracht.

In den letzten Jahren hat die Arbeiterbewegung enorme Dimensionen angenommen. Der große Streik der Hafenarbeiter, an welchem circa 30 000 Mann teilnahmen und der nach zwei Monaten hartnäckigen Widerstandes mit einer Niederlage der Arbeiter endigte, hauptsächlich weil die Polizei — auf den neuen „sozialen“ Gesehen fußend — mit Ausweisungen, Einkerkelung der Räubelführer, mit dem Verbieten von Versammlungen der Streikenden, Lokalsperrungen usw. es unmöglich machte, diese ungeordnete Bewegung zu organisieren; dann der gewaltige Eisenbahnerstreik, in dem die Regierung die Rolle des Lakaien des englischen Kapitals bis aufs äußerste trieb und Hand in Hand mit den Eisenbahngesellschaften den Streik erstickte, haben manchem Arbeiter die Augen geöffnet darüber, was man Politik nennt.

Der zweite Grund, warum auf die sozialistische Partei eine so enorme Stimmzahl fiel, ist das neue Wahlsystem. Wie gesagt, Parteien im europäischen Sinne gibt es hier nicht. Die sogenannten Parteien bilden sich ein paar Tage vor den Wahlen, und wenn erst die Kandidaten fest im Sattel sitzen, hört man auch nichts mehr von der „Partei“, bis bei der folgenden Wahl derselbe Kandidat eine neue Partei gewöhnlich mit neuem Schild ins Leben ruft. Unter den bürgerlichen Parteien gab es nur eine Ausnahme: die radikale Partei. Zwar besah diese nie eine Organisation; sie existierte jedoch immerfort. Nun ist dieses eine südamerikanische Partei par excellence, d. h. eine Partei, die nur von Revolutionen, Militärkomplotts, Aufständen usw. schwärmt und dieselben auch, wenn irgend möglich, zu verwirklichen sucht. Ein Programm besitzt auch sie selbstverständlich nicht; was sie anstrebt

*) So wurden im Jahre 1909 138 Streiks proklamiert; bei 4762 Beteiligten waren davon 439 (!) Kinder. Dagegen hat der Zentralverband der Arbeiter in seiner Blütezeit jährlich etwa 20 000 R. Einnahme gehabt. (Movimiento socialista y obrero 1910.)

ist Ehrenhaftigkeit der Staatsbeamten, Reinheit der Wahlen. Seit ihrer famosen Revolution im Jahre 1893 haben die Radikalen keinen direkten Anteil an den Wahlen genommen, weil man ihnen nicht die nötigen „Garantien“ gewährte. Dagegen munkelten sie jahrein jahraus von Aufständen, und hielten das Land in steter Erregung. Die kapitalistische Gesehellschaft, die sich hier einnistet, fordert jedoch Ruhe und Sicherheit und es ist wohl aus diesem Grunde, daß ihr Vertreter, der Präsident, „seinen“ Dienern in dem Kongreß befohl, ein neues Wahlsystem zu dekretieren, das die geheime Wahl garantierte, um damit die „revolutionären“ Instinkte in der radikalen Partei zu ersticken. Das Ziel ist denn auch erreicht worden. Die radikale Partei hat einen glänzenden Triumph errungen und ihre Führer erklären nun auch, daß sie nun alles erreicht haben, was sie anstrebten. Freilich haben auch die Sozialisten aus dem neuen System Nutzen gezogen. Weil das Wählen nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht war, deren Unterlassung mit Geldbuße bestraft wird, haben viele Wähler, ehrliche Bürger, die dem früheren Wahlschwindel mit Gel aus dem Wege gingen, gewählt, und zwar sozialistisch.

Welche Folgen nun mögen die letzten Wahlen für die sozialistische Partei nach sich tragen? In erster Linie besitzen wir jetzt eine herrliche Tribüne, um so mehr, als auf dem grauen Hintergrund des Kongresses die sozialistischen Abgeordneten (Balacitas ist einer der glänzendsten Redner Südamerikas und Justo der hiesige Theoretiker des Sozialismus) grell abstechen müssen. Dann werden die Wahlen die bürgerlichen „Parteien“ zwingen, zusammen gegen den gemeinsamen Feind loszugehen. Dabei wird man wohl auch trachten, die Arbeiterklasse mit einigen Konzessionen vom Klassenkampf abzulenken. Schon jetzt sind alle bürgerlichen Parteien einig darin, daß man die arbeitenden Klassen Gesehe der letzten Jahre etwas mildern könnte, was eben dieselben Parteien nicht hindert, in den Nachwahlen in einigen Distrikten in einem festen konservativen Block gegen den Sozialismus zu kämpfen. Für gewisse Strömungen in der Partei selbst wird die parlamentarische Tätigkeit ein praktisches Exempel sein. Gibt es hier doch sehr viele Sozialisten, die hoffen, auf dem Wege der Gesehgebung dem Klassenkampf die Spitze abbrechen zu können, das „katastrophische“ aus unserer Bewegung ganz auszuschneiden. Diese Helden der Legalität werden aus der parlamentarischen Tätigkeit noch viele bittere Schlässe zu ziehen haben, und die Partei als Ganzes, die objektiv eine Partei der Arbeiterklasse, eine Massenpartei ist und bleiben will, kann damit nur gewinnen.

Der Sieg der Pluralchande.

Brüssel, 3. Juni. (Fig. Ver.)

Wenn auch erst die nächsten Stunden die vollständigen Wahlergebnisse bringen und nähere Berechnungen und Vergleiche erst die genaue Abgrenzung und Wertung des kerikalen Sieges ermöglichen, so könne am Gesamtbild selbst nichts anderes geändert werden, als daß der Majorität vielleicht noch zwei oder vier Stimmen zugesügt würden. Das mag den moralischen Triumph der Regierung noch um einiges erhöhen — die entscheidende Tatsache war bereits in dem Augenblick gegeben, als feststand, daß die Regierung statt geschwächt oder gar vernichtet, wie die Opposition und gut die Hälfte des Landes erhoffte, mit verstärkter Majorität, also triumphierend aus den Wahlen hervorging.

An diesem Triumph, den nun die kerikale Presse selbstredend als Sieg der Ordnung, des Patriotismus, der Religion feiert, ist in der Tat nicht zu drehen und zu deuteln. Er besteht, so unerwartet und desillusionierend er sich auch präsentiert. Denn so sehr man durch die letzten Wahlergebnisse gewohnt war, seinen Optimismus zu dämpfen, so hat diesmal selbst kühler wägende Elemente die Hoffnung verfehrt und aus der sichtbaren Revolterung der Geister gegen das kerikale Regime auf den lange eskomptierten vernichtenden Schlag der Wählerschaft gegen die Regierung schließen lassen. Die Zusammenberufung des ganzen Wählerkorps, die Vermehrung der Deputiertenliste schälen dieser Hoffnung eine gewissermaßen mathematische Grundlage zu geben. Wie die Wahlen diese Hoffnung beantwortet haben? Die vorläufige Schätzung ergibt, daß die Rechte von 86 Mitgliedern die sie in der verflorenen Kammer zählte, auf 101 Deputierte gestiegen ist.

Der sozialistische Gewinn für sich betrachtet, stellt sich so dar: 1 Mandat in Soignies, 1 Mons, 1 in Charleroi, und eines in Brüssel. Von den fünf neuen Mandaten, die Brüssel zubekommen hat, kommen zwei oder gar drei auf die Kerikalen. Die kerikalen Eroberungen verteilen sich nicht allein auf die blämisch-bäuerlichen, sondern auch auf mallontischstädtliche Wahlbezirke — eine Tatsache, die bei einer genaueren Würdigung der Wahlen noch Beachtung finden wird.

Als ein charakteristisches Ergebnis dieser Wahlen ist zu buchen, daß fünf kerikale Siege, die von Courtois, Ribelles, Tongres, Hasselt und Huy, Siege über sozialistisch-liberale Wahlbündnisse sind.

Auch dieses Faktum wird in seinen Ursachen bei einer ins Detail gehenden Untersuchung noch zu würdigen sein. So viel mag immerhin schon hier gesagt sein, daß die Kartellpolitik, wie ein Teil der belgischen Parteigenossen von je behauptet, weit entfernt die Kräfte der beiden Parteien zu addieren, sie weit eher schwächen und im Grunde nur den

Merkmalen billiges Material geben, die Bündnispolitik faktisch auszuüben.

Wenn auch die psychologischen Ursachen des Merkmalen Sieges verschiedentlich verzweigt sind, so ist über allen Zweifel erhaben, daß er in erster Linie und hauptsächlich in dem niederrichtigen Vierstimmrecht liegt, das dem Merkmalen eine Schutzmauer bietet, deren Durchbrechung allen Berechnungen, wie sich wieder gezeigt hat, spottet. Was sich freilich die Regierung und ihre Helfer diesmal an Korruption, an schmählichster Wählerbeeinflussung geleistet, übersteigt alles Vergangene. Der elegante, seine Herr v. Broqueville versteht dieses Geschäft noch ganz anders als seine fast harmlos zu nennenden Vorgänger. Davon und von der schamlosen Aufhebung, die sich diesmal die Merkmalen leisteten, noch ein andermal. Inbes wird in einer späteren, eine ruhige und ausführlichere Betrachtung ermöglichenden Darstellung auch noch über die Niederlage des Liberalismus, dem eigentlichen Besiegten des 2. Juni zu sagen sein.

Die Erregung in der Arbeiterschaft.

Brüssel, 4. Juni. (Privattelegr. d. „Vorm.“)

Aus Angst vor der empörten Volksmeinung, die überall losbricht, hat die Regierung die Zusammenziehung der ganzen belgischen Armee und Bürgerwehr befohlen. In Brüssel war die Armee gestern konfigniert. 4000 Mann Bürgerwehr sind in den Vororten Brüssels separat einberufen worden. Die Bürgerwehr ist in der Kammer, im Eisenbahnministerium und in den öffentlichen Gebäuden untergebracht. In den Straßen, vor den Kirchen, Klöstern, Merkmalen Anstalten und Redaktionen patrouillieren Polizei, Gendarmen und Bürgerwehr. Infolge der überall stattfindenden Manifestationen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht fanden statt insbesondere in Loenen, Charleroi, Centre, Borinage, Gent, Tournai und Brügge, wo zahlreiche Verwundungen vorliefen. In Verviers wurde ein Arbeiter tödlich verwundet. Der schlimmste Zusammenstoß fand in Lüttich statt, wo abends nach der Ansprache eines Genossen vor dem geschlossenen sozialistischen Volkshaus ein förmlicher Kampf zwischen der Gendarmarie und der Bevölkerung tobte. Die Polizei gab hier in der Richtung auf das Parterre und den ersten Stock des Volkshauses in etwa 20 Meter Entfernung drei Salven ab. Die Fassade des Volkshauses weist mehr als achtzig Revolverkugeln auf. Im Innern des Hauses wurden vier Arbeiter getötet und ein Kind verletzt. Etwa vierzig Personen wurden verwundet. Im ganzen traten 100 Gendarmen, zwei Eskadrons Schützen, ein Regiment Bürgerwehr und leichte Jäger gegen die Demonstranten in Aktion. Heute abend ist die Bürgerwehr wieder einberufen. Das Ferrerdenkmal wurde von Merkmalen besudelt. Im Hennegau fanden massenhafte Arbeitseinstellungen statt; in Centre ist der Generalstreik ausgebrochen. Am Mittwoch wird der Parteivorstand über die Situation beraten.

Ausdehnung des Streiks.

Brüssel, 4. Juni. Die Lage wird immer kritischer. Auch im Becken von Mons streiken etwa 3000 Arbeiter wegen der Ergebnisse der Wahlen. In Seraing hat der Zustand am Nachmittag eine weitere Ausdehnung erfahren. Für heute abend sind überall die strengsten Maßnahmen getroffen.

Nach den Morgenblättern scheint der in Lüttich angerichtete Schaden groß zu sein. Nach dem „XX. Siècle“ sollen im Zentrum der Stadt Tausende von Fensterscheiben zertrümmert sein; außerdem sei noch der Tod eines Verwundeten zu erwarten, so daß die Unruhen fünf Menschenleben gefordert hätten.

Eine Demonstration der Bürgerwehr.

Brüssel, 4. Juni. (P. U.) In einem ersten Zwischenfall ist es heute morgen in Brüssel gekommen. Eine Abteilung Zivilgarde in Stärke von etwa 150 Mann, unter denen sich einige Offiziere befanden haben sollen, begab sich nach der Place St. Catherine und präsentierten vor dem dort aufgestellten Ferrerdenkmal ihre Waffen, worauf einer der Teilnehmer eine revolutionäre Ansprache hielt. In aller Eile wurde Gendarmarie benachrichtigt, die die Zivilgarde zerstreute. Die Demonstration ging mit dem Ruf: „Nieder mit den Kautenträgern!“ auseinander. Dieser Zwischenfall hat in allen Kreisen große Erregung hervorgerufen. Die Militärverwaltung hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Der Streit im Zentrumslager.

Die „Kölner Richtung“ macht gegen ihre Widersacher mobil. Nachdem ihr die scharfe Stellungnahme des Papstes zunächst die Rede verschlagen hatte, stellt sie sich jetzt gedrungen zum Kampfe. Freilich hütet sie sich, direkt gegen den Papst vorzugehen, vielmehr tun die Herren noch immer so, als ob die Willensänderung des Papstes nicht genug authentisch wäre und päpstliche Erklärungen erst dann auf größere Beachtung Anspruch erheben könnten, wenn sie durch den deutschen Episkopat verurteilt würden. Aber das ist bloßer Vorwand; denn die „Kölner“ wissen recht gut, daß auch der größte oder jedenfalls ein sehr einflussreicher Teil des deutschen Episkopats unter Führung des Kardinals Kopp und des Trierer Bischofs Korum zu ihren unferlichen Begnern gehört. Umso schärfer wenden sie sich gegen die „Berliner Richtung“. Aber die Vorwürfe, die sie gegen jene erheben, deren Tendenzen der Papst so überaus nachdrücklich gebilligt hat, richten ihre Spitze natürlich gegen den Vatikan und man darf auf die Antwort einigermaßen neugierig sein.

Die „Kölner“ sind gleich mit zwei Kundgebungen hervorgetreten. Die eine ist eine Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Darin wird zunächst betont, daß die christlichen Gewerkschaften über 300 000 Mitglieder zählen. Im Gegensatz dazu gehe der Verband der katholischen Arbeitervereine (Stz Berlin) mit seinen Fachabteilungen andauernd zurück und seine Einnahmen entsprächen einer Mitgliederzahl von höchstens 10 000. Die Fachabteilungen habe sich in zehnjähriger angestrengter Arbeit und mit großem Aufwand an Geldmitteln nicht durchsetzen können. Die ganzen Fachabteilungen des Berliner Verbandes ständen vor dem vollständigen Ruin. Die zehnjährige Agitation und Organisationsbestrebungen des Berliner Verbandes für seine Fachabteilungen stellen ein einziges großes Fiasko dar. Was sie erreichten, war lediglich eine Hemmung der christlichen Gewerkschaften und eine indirekte Förderung der sozialdemokratischen Bewegung. Um einem vollständigen Zusammenbruch des „Berliner“

Systems vorzubeugen, suchten dessen Vertreter in den letzten Tagen über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg in Rom eine Beanstandung der christlichen Gewerkschaften für die katholischen Arbeiter zu erwirken. Diefem Zwecke diente eine sogenannte „Huldigungsadresse“ an den Papst. Es heißt dann weiter:

„Noch nie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche über das Wesen und den Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmähtlicher hintergangen und getäuscht worden wie in dieser Huldigungsadresse. Sie ist die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges des Berliner Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften. Dagegen erheben die christlichen Gewerkschaften schärfsten Protest. Die christlichen Gewerkschaften haben folungsgemäß als Organisationen die Verpflichtung übernommen, in ihrer gewerkschaftlichen Praxis so zu verfahren, daß die religiös-stiftliche Ueberzeugung ihrer Mitglieder in keiner Weise verletzt wird. Das hindert aber die christlichen Gewerkschaften keineswegs, ihren Aufgabenkreis auf ein bestimmtes wirtschaftliches Gebiet zu beschränken. Solche Beschränkung in der Zwecksetzung ist für deutsche Verhältnisse nicht zu umgehen. Die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ist industriell. In fast keinem Lande der Welt ist die industrielle Entwicklung in den letzten Jahren in so schnellem Tempo vorangeschritten, wie in Deutschland. In wenigen Ländern ist die Kartellierung der industriellen Unternehmungen so allgemein; kein Land hat so mächtige, festorganisierte Arbeitgeberverbände wie Deutschland. Dabei hat Deutschland die stärkste Sozialdemokratie der Welt. In einem solchen Lande ist eine leistungsfähige, nicht sozialistische Gewerkschaftsbewegung unabwendbare Notwendigkeit, wenn der nach Millionen zählende Arbeiterstand angemessenen Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit erhalten, und die nationaldenkende Arbeiterschaft nicht der Sozialdemokratie überantwortet werden soll. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren 300 000 Mitgliedern gegenüber tägliche Verpflichtungen, sie sind an rund tausend Tarifverträgen beteiligt; durch diese gewaltigen Verantwortungen sind die christlichen Gewerkschaften unzertrennbar mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation verbunden. Bei solcher Sachlage ist eine verträgliche gewerkschaftliche Zusammenarbeit aller christlich-nationalen Arbeiter unvermeidlich. Jede gewerkschaftliche Organisation, die auf einer anderen Grundlage aufbauen würde, mühte zur Unfruchtbarkeit verdammt sein, wie dies die Entwicklung der Berliner Fachabteilungen schlagend beweist.“

Hier wird also der dem Papst so verhasste „interkonfessionelle Standpunkt“ und die Selbständigkeit in wirtschaftlichen Fragen aufs nachdrücklichste betont. Wenn freilich die Kundgebung den gewerkschaftlichen Charakter ihrer Organisation hervorhebt, so hat der Verrat der christlichen Führer beim letzten Bergarbeiterstreik bewiesen, wie wenig ernst es diesen in Wirklichkeit mit den gewerkschaftlichen Interessen ist. Und der politische Charakter der christlichen Organisationen wird ja auch in dieser Verteilung hervorgehoben. Sie sind gegründet als Schutztruppe der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie und deshalb schrecken sie eben auch vor der Zersplitterung des Gewerkschaftskampfes nicht zurück.

Eine zweite Kundgebung erfolgte auf dem Verbandsfest der katholischen Vereine Dortmunds durch den Stadtverordneten Lenjing. Er erklärte dort:

„In einem Hirten schreiben hat Kardinal Fischer mitgeteilt, der Heilige Vater habe mit Entschiedenheit erklärt, daß er in der Gewerkschaftsfrage nach wie vor beiden Richtungen gleichmäßig neutral gegenüberstehe und nicht daran denke, die christlichen Gewerkschaften zu verurteilen. „Das dient“, so schloß Se. Eminenz, „zur Veruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beigetreten sind oder beizutreten gedenken.“ Angesichts dieser feierlichen Erklärung unseres Oberhirten gehen wir über die gegenteiligen Äußerungen eines Herrn vom Berliner Verbande mit Recht zur Tagesordnung über. Etwas anderes ist es mit dem Wortlaut der Huldigungsadresse, welche der Verband dem Heiligen Vater überreicht hat und die im Organ des Berliner Verbandes veröffentlicht ist. In diesen Wortlaut können wir uns halten. Dort werden über die sozialen Bestrebungen der west- und süddeutschen katholischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften so grobe Verleumdungen ausgeprochen, als kimmerten sie sich nicht mehr um Gott und Religion, wollten an erster Stelle den wirtschaftlichen Machtkampf statt des sozialen Friedens usw. Es ist ja selbstverständlich, daß wir diese allen Tatsachen ins Gesicht schlagen den Anklagen mit größter Entrüstung zurückweisen. (Lebhafter Beifall.) Man hat damit an die Ehre getroffen der 310 000 katholischen Arbeiter, die in dem Kartellverbände katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands zusammengeschlossen sind. Man hat die Ehre angetastet der mehr als 2000 geistlichen Präbiden dieser katholischen Arbeitervereine. Ja, es liegt in dieser Anklage sogar der Vorwurf der Pflichtvergeffenheit gegen die 19 hochwürdigsten Herren Bischöfe, mit deren Billigung, ja Empfehlung, die ihnen unterstellten katholischen Arbeitervereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuführen. Leute, die mit solchen wahrheitswidrigen Anklagen katholischer Glaubensgenossen vor den Heiligen Vater treten, haben keine Legitimation dazu, sich uns gegenüber als die Vermittler der Willensmeinung des Heiligen Vaters in einer so wichtigen Frage aufzuspielen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe geglaubt, angesichts der Haltung der sozialdemokratischen und der anderen gegnerischen Presse in diesen Dingen, und angesichts des Mißbrauchs, der mit ihnen gegen uns getrieben wird, hier diese Gelegenheit vor Tausenden katholischer Männer benutzen zu müssen, um klar und frank und frei zu sagen, wie wir über die erwähnten Vorgänge denken. (Stürmischer Beifall.)“

Die „Kölner“ würden nicht so schweres Geschütz aufahren, wenn die Gefahr nicht so groß wäre. Sie beschuldigen ja deutlich das Papsttum der völligen Unkenntnis der Verhältnisse, über die es sein Urteil abgibt, also der allergrößten Leichtfertigkeit. Gelingt es ihnen und ihren Verbündeten, der deutschen Regierung, nicht den Papst zum Einlenken zu bringen, so ist aus dem kunstvollen Aufbau der Zentrumsorganisationen der wichtigste Stein herausgebrochen, in den stolzen Turm von innen heraus die Fische gebrochen, aus der dann die katholischen Arbeiter schneller als früher ihren Weg ins Freie finden würden.

Der Krieg.

Ein erster Kampf in Albanien.

Saloniki, 3. Juni. Jabil Pascha berichtet: Seit gestern hatten sich große Armeescharen in der Umgebung von Ipek versammelt und zeigten außergewöhnliche Bewegung. Plötzlich rückten

se, etwa 3000 Mann Karl, von verschiedenen Seiten gegen Ipek vor, durchbrachen die Stellungen der vorgeschobenen Truppen und umzingelten einzelne Abteilungen. Es entbrannte ein heftiger Kampf, der bis gegen Morgen anhielt, wo es den Truppen gelang, die Armeen teilweise zurückzutreiben und Ipek zu retten. Jabil Pascha war gezwungen, von Djakova in größter Eile zwei Bataillone nach Ipek zu entsenden, damit die Truppen neuen Angriffen gewachsen seien. Die Verluste sind noch nicht festgestellt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni 1912.

Das Attentat auf die Immunität der preussischen Landtagsabgeordneten.

Am Montagnachmittag sollte vor dem Landgericht Hannover Genosse Leinert über die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus vernommen werden. Genosse Leinert erklärte, an dieser Stelle nicht aussagen zu wollen. Was er getan habe, habe er nach seinem pflichtgemäßen Ermessen getan. Leinert verzichtete demzufolge auch auf die Verlesung des von dem Polizeileutnant Kolb verfaßten Berichtes über die Verhandlung Leinerts und Borchardts im preussischen Dreiklassenhaus.

Die Reichseinnahmen.

Die soeben abgeschlossenen Festnahmen des Rechnungsjahres 1911 ermöglichen nunmehr einen Ueberblick, wie sich der Gesamtbetrag der Ueberschüsse aus Zöllen und Steuern von 193 Millionen Mark im einzelnen zusammensetzt. Das Ergebnis sowohl in der Gesamtheit wie in einzelnen läßt erkennen, daß es sich im Haushaltsjahre 1911 um außergewöhnliche Verhältnisse in der Gehaltung der Reichseinnahmen gehandelt hat, auf deren Wiederkehr nicht zu rechnen ist. Es ist keineswegs zu erwarten, daß in den nächsten Jahren wieder so hohe Mehreinnahmen zu verzeichnen sein werden, wie das Jahr 1911 sie gebracht hat.

Die höchsten Ueberschüsse über den Voranschlag haben naturgemäß die Zölle mit 95 Millionen Mark gebracht. Daß hierdurch etwa ein Drittel auf eine vermehrte Einfuhr infolge der ungünstigen Ernteerhältnisse zurückzuführen ist, darf nicht übersehen werden. Ein Mehr von 30 Millionen über die Schätzung hat auch die Verbrauchsabgabe für Branntwein gebracht. Aber auch mit der Branntweinsteuererhöhung darf nicht als mit einer gleichmäßigen oder gar steigenden Einnahme gerechnet werden. Dafür wird schon der Branntweinboycott sorgen. Umfomehr da die Verschärfung des Branntweinboycotts die einzig wirksame Antwort auf den Preiswucher der Spirituszentrale bildet. Um 18 Millionen überschritt der Ertrag der Zuckersteuer den Voranschlag. Die Stempelabgabe für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände brachte Mehreträge von 8,6 Millionen; die Erbschaftsteuer 5,9, Zigarettensteuer 4,9, die Brausteuer 4,6 und die Leuchtmittelsteuer 3,3 Millionen. Mit 2—2,6 Millionen sind in der Reihe der Ueberschüsse über den Etatsanfang vertreten die Zündwarensteuer sowie der Stempel von Privatlotterien, Frachtkunden und Personensfahrarten. Bei den übrigen Steuern sind Mehreträge von rund 1 Million zu verzeichnen. Mindererträge gegenüber dem Voranschlag finden sich bei sechs Steuern bzw. Stempelabgaben. Die Steuer auf inländischen Tabak hat als Folge ungünstiger Anbauverhältnisse einen Minderertrag von 3 Millionen gebracht, ebenso die Zuzugssteuer von 2 Millionen und die Stempelabgaben von Grundstücksübertragungen von 2,4 Millionen; beim Schenk- und Lotteriestempel und der Leuchtmittelsteuer erreichten die Mindererträge nur einige Hunderttausend Mark.

Andere Zeiten.

Zum Fall Däwell bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Reminiszenz:

„Schon einmal hat die Verfassung des Verechtigungsheines zum Einjährigendienst aus politischen Gründen das Parlament beschäftigt. Am 1. Juni 1866 beantwortete der Minister des Innern, Graf Eulenburg, eine Interpellation Roths, welche Maßregeln die Staatsregierung zu ergreifen gedente, um ein Verfahren zu redressieren, welches der gesetzlichen Grundlage entbehre, und das auf Anlaß eines Reskripts des Kriegsministers und eines Reskripts des Ministers des Innern von den Behörden in Posen beliebt worden sei.“ Man hatte nämlich jungen Polen, die am Aufstande gegen Rußland teilgenommen hatten, den Verechtigungschein entzogen und sie obendrein noch in die Arbeiterabteilungen eingestellt. Graf Eulenburg erklärte die Teilnahme am Aufstand für „amoralisch“, die jungen Leute befähigen nicht die „moralische Qualifikation“. Das Abgeordnetenhaus aber nahm diese Erklärung nicht gleichmäßig hin. Unter lauter Zustimmung von allen Banken des Hauses erwiderte der Abgeordnete Jung, indem er einen Vergleich mit dem Unternehmen Schills zog, daß man unmöglich Jünglingen die moralische Qualifikation absprechen könne, die sich für ihre Ration der Gefahr ausgesetzt hätten, einem Marabiu in die Hände zu fallen. Es wurde ein Antrag angenommen, worin erklärt wurde, daß die betreffenden Ministerialerlasse nicht nur gegen die allgemeinen, gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch gegen die Ersatzinstruktion selbst verstoßen.“

Der Antimodernisteneid vor dem bayerischen Landtage.

In zwei Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte zum Kultuseid durch einen Schlußantrag des Zentrums beendet. In den Vordergrund der Debatte stellten die Liberalen den Antimodernisteneid. Die Wirkung der Ableistung des Eides mühte, so führte Professor Günther aus, die Lösung der theologischen Fakultät von der Universität zur Folge haben. Dem widersprach der neue Kultusminister, der den Modernisteneid entschieden verteidigte. Ein anderer liberaler Redner nannte den Minister deshalb einen Handlanger des Zentrums.

Von sozialdemokratischer Seite sprach Genosse Hoffmann über die zunehmende Merkmalisierung des gesamten Bildung- und Erziehungswesens in Bayern. Er entwickelte das sozialistische Schulprogramm und erklärte dem Minister das Maximum des Mißtrauens. — Genosse Bollmar zog aus den theologischen Debatten, die gar nicht in die Parlamente gehörten, die Folgerung, daß nur die Trennung des Staates von der Kirche die verworrenen Verhältnisse klären könne. Die theologische Fakultät gehörte ihrer Natur nach überhaupt nicht zu den Universitäten. Als Bollmar den neuesten Streich des Zentrums erdörte, die Absicht der Mehrheit nämlich, die Forderung für den Neubau einer Frauenklinik in München erst dann zu bewilligen, wenn die Stadt München gewisse Wünsche für eine Münchener Klosterkirche bewilligt hätte, und als Bollmar in diesem Zusammenhang von der Erpressertaktik des Zentrums sprach, die die Verechtigung Lebensgefährlicher Zustände, die in der Frauenklinik herrschen, von Vorteilen für private konfessionelle Interessen abhängig macht, wurde

er zur Ordnung gerufen, und als er diese Charakteristik aufrecht erhielt, bekam er einen zweiten Ordnungsruf.
Zwischendurch liefen Debatten über den Begriff und die Grenze der Befreiheit. Liberale und Sozialdemokraten verlangten bedingungslose Befreiheit, die das Zentrum und der Zentrumsdirektor nicht anerkannten. Ein Zentrumsdirektor sprach es unter großem Lärm der Linken geradezu aus; nur dem Staat dürfe man die Erziehung anvertrauen, der sich der Kirche unterordnet.

Zur Landtagswahl in Koburg-Gotha.

Dienstag, den 4. Juni, finden die Neuwahlen statt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1906 gelang es, in Coburg von 11 Mandaten eins und in Gotha von 19 Mandaten sechs zu erobern. Im Gothaer Lande gibt es eigentlich nur drei Parteien. Die Agrarier, in denen Konserervative und Antisemiten restlos aufgegangen sind, die „vereinigten“ Liberalen, in der die unbeschnittene Führung „Nichtnationalliberale“ von besonders reaktionärer Spielart haben, und die Sozialdemokratie. Kann auch die glänzende ausgefallene Reichstagswahl als eine Art „Generalprobe“ für den Ausfall der Landtagswahl gelten, so ist doch dabei zu berücksichtigen, daß viele unserer Genossen nicht die politische Staatsangehörigkeit besitzen und deshalb nicht vollberechtigt sind. Auch die Bindung des Wahlrechts an einen, wenn auch geringen, Steuerzensus erschwert viele der Vermitteln, der Unvollständigen und Invalidenten usw. mit ganz niedrigen Einkommen. Besonders ungünstig für die sozialdemokratischen Wahlausichten wirkt das indirekte Wahlverfahren. In vielen Orten, in denen die Agrarier herrschen, verhindert der bündlerische Terror die Aufstellung einer sozialdemokratischen Wahlmänneliste. So kommt es, daß wir wohl bei der Reichstagswahl 20 000 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigen, daß uns aber die letzte Landtagswahl nur wenig mehr als 10 000 Stimmen brachte. Wenn wir diesmal unsere Stimmenzahl auf 12 000 erhöhen können, so wäre dies zweifellos ein großer Erfolg.

Besonders aufregende, geschweigerische Arbeit hat die verflozene Geision nicht gebracht. Sechs Beschlusvorlagen in vier Jahren! Die Staatsarbeiter hat man mit einer einmaligen zehnprozentigen Aufbesserung abgespeist. Umso besser wurden die höheren Beamten bedacht.

Alle Bemühungen unserer Genossen, die infolge der Klein-Staaten hohen Verwaltungskosten der Thüringer Staaten durch Vereinfachung und Zusammenfluß der Verwaltung herabzumindern, scheiterten an dem Kriegervereinspatriotismus der Lärgerlichen Klassen und den Eifersüchtigkeiten der Regierungen. Ein Antrag unserer Genossen:

„Der Landtag wolle die Herzogl. Staatsregierung ersuchen, mit den Regierungen sämtlicher Thüringer Kleinstaaten Verhandlungen einzuleiten, um für diese Kleinstaaten eine einheitliche Gesetzgebung und Zentralverwaltung anzubahnen“.

wanderte gegen die Stimmen unserer Fraktion einfach in den Papierkorb. Auch der von einer großen Mehrheit des Landtages gefasste Beschluß, an Stelle der indirekten Wahl das direkte Wahlrecht einzuführen, scheiterte an dem Widerstand der Regierung. Ohne reaktionäre „Kompensationen“, wie Einführung eines Dreiklassenwahlrechts oder Vorrückung von Besitz und sogenannter „Bildung“ usw., dürfe an dem bestehenden Zustand nicht gerüttelt werden, erklärte einfach der als Staatsminister fungierende ehemalige preussische Geheimrat von Richter. Ein „lediglich auf der Waffe“ beruhendes Wahlrecht dünkt der Regierung, wie sie zugehend, zu gefährlich!

Neben einigen kleineren Vorlagen, die u. a. Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, Einrichtung von Wassererbesoldungskassen, Abänderung des Volksschulgesetzes betrafen, hat die Schaffung einer Elektrischen Ueberlandzentrale längere Zeit beschäftigt. Es wurde ein umfangreicher, ziemlich komplizierter Staatsvertrag mit der Berliner A. E. G. geschlossen, und abgleich unsere Fraktion nicht durchgesehen vermochte, daß das Unternehmen in Staatsregie ausgeführt und betrieben wurde, stimmte sie schließlich doch für die Vorlage, um nicht das ganze Projekt, das weiten Kreisen der Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile bringt, scheitern zu lassen.

Zum Schluß sei nur noch der Beschluß des Gothaer Landtags erwähnt, die Notwildjagden in den Staatsforsten nicht wieder zu verpacken, sondern das Wild abschießen zu lassen. Damit wurde noch in letzter Stunde einer gänzlichen Vernichtung gedenk, durch den Wildschuß verursachter Waldschäden vorgebeugt und einer alten Forderung unserer Genossen Rechnung getragen. Auch die Chauffeegeldfrage und die damit verbundene Einführung einer Heranziehung der Automobile zur Erhaltung der Straßen sei hier nur nebenbei erwähnt. Da der Antrag unserer Genossen auf Beilegung des Chauffeegeldes überhaupt abgelehnt wurde, so waren sie aus Gründen der Gerechtigkeit durch die Einführung des Chauffeegeldes auch für die Befreienden durchgeführt wurde. Selbst der beschlossene Verlust des Landes durch die vornehmen Automobilklub konnte sie nicht wandern machen.

Den zukünftigen Landtag werden voraussichtlich drei größere Gesetze beschäftigen, um die sich der Wahlkampf vorwiegend dreht. Die Sozialdemokraten fordern eine gründliche Reform des Gemeindegesetzes. An die Stelle der jetzigen Bürgergemeinde soll die Einwohnergemeinde treten. Die notwendige Reform des Gemeindeabgabengesetzes möchte die Reaktion mit einer Erbschaftsteuer für die Konsumvereine belassen; die gilt es zu verhindern, und weiter wird gefordert werden müssen, daß den zahlreichsten armen Gemeinden durch Uebernahme der gesamten Schullasten auf die Staatskasse geholfen werde. Endlich wird die Wahlrechtsfrage erneut aufgerollt werden müssen. Da damit auch das Staatssteuergesetz geändert werden muß, stehen heftige Kämpfe bevor. Unsere Partei verlangt Vereinfachung der unteren Einkommenklassen von der Staatssteuer ohne Vernichtung des Wahlrechts, wie überhaupt eine Reform im Sinne unseres Programms. Bis jetzt besteht hier noch der skandalöse Zustand, daß Einkommen von über 800 M. zur Steuer herangezogen werden. Auch in dem Gothaer Landchen verbietet der „Familienfuss“ den bestehenden Klassen die Einführung jeder Besitzsteuer und der Steigerung der Einkommensteuer für höhere Einkommen. Die gründliche Erörterung aller dieser Fragen hat den Wahlkampf nicht nur beherrscht, sondern ihm auch eine besondere Schärfe verliehen.

Wo bleibt die Aufklärung.

Im März d. J. erhob in Osterode (Ostpreußen) der Russeier Emerleben den Hauptmann Ketsch. Vornehmlich die bürgerliche Presse konnte damals allerlei Einzelheiten veröffentlichen, aus denen hervorging, daß der erhobene Hauptmann ein Mann gewesen ist, der seinen Soldaten das Leben zur Hölle gemacht haben muß. Die Erregung war damals allgemein; die Militärbehörden schwiegen jedoch beharrlich, und zur Beruhigung teilten die Blätter mit, die Militärbehörde werde eine eingehende Untersuchung vornehmen und das Resultat der Öffentlichkeit mitteilen. Das war im März, jetzt ist Juni, aber noch hat die Militärbehörde nicht ein Wort über die geführte Untersuchung veröffentlicht. Ist diese noch nicht beendet, oder ist das Material „berast“ belastend für den getöteten Hauptmann, daß man nicht wagt, die Öffentlichkeit über die Ursachen der Tat Emerlebens anzuklären? Man muß das letztere annehmen, wenn nicht jetzt endlich die Behörden das Wort ergreifen. Zeit zu einer „eingehenden Untersuchung“ haben sie wahrlich genug gehabt. Sollte die Militärbehörde weiter schweigen, so weiß man, daß keine Antwort auch eine Antwort ist.

Ämtlich bescheinigtes Wahlrecht.

Das großherzoglich badische Statistische Landesamt hat soeben ein Sonderheft mit den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl herausgegeben. Der Leiter des Statistischen Landesamts hat in

der Einleitung zu der Wahlstatistik auch Berechnungen aufgestellt über die Verteilung des Reichstages, wenn statt des geltenden ein Proportionalwahlrecht zur Anwendung gekommen wäre. Er hebt in Verfolg dieser Berechnung hervor, daß der konservativ-klerikale Block 5, die Nationalliberalen 5, die Sozialdemokraten 4 Mandate zu fordern gehabt hätten. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie nur ein Mandat erlangt, die Liberalen 6 und der rechtsstehende Block 7.

Fürstentum im Landtage.

In Neuh. L. ruht auf der Verfassung zu Köstritz die Berechtigung einer Vertretung im Landtage. Das Gut gehört dem Fürsten. Das Landtagswahlrecht sollte nunmehr dahin abgeändert werden, daß dem Fürsten gestattet wird, einen Stellvertreter in den Landtag zu delegieren. Die sozialdemokratische Fraktion verhinderte durch Obstruktion am Dienstag die Annahme dieser Verschlechterung der verfassungsmäßigen Verhältnisse.

Sturmzeiten im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Die herrschende Oligarchenclique in Ungarn, bei der sich Korruption und Brutalität die Wage halten, treibt ihre Gewaltpolitik unter der Führung ihres „starken Mannes“, des Grafen Tisza zum äußersten. Sie fragt nicht nach der doch so deutlichen Willensäußerung der Arbeiterschaft, noch nach den Forderungen der parlamentarischen Opposition. Rücksichtslos wird von der Mehrheit und vom Grafen Tisza die Geschäftsordnung verewaltigt, um die Opposition mundtot zu machen und zunächst die Wehrvorlage durchzudrücken und um dann in der Wahlrechtsfrage mit leeren Versprechungen den Volksbetrug auf die Spitze zu treiben. Das Geschehen der Wehrvorlage, das die Mehrheit dem Wiener Hofe macht, soll dort auch beweisen, daß eine vollstündliche Wahlreform nicht nötig ist. Die Folgen dieser Gewaltpolitik sind unabsehbar, auf die Dauer wird sich das ungarische Volk die Tyrannei der Adelsippen nicht gefallen lassen.

Ueber die Vorgänge im Abgeordnetenhaus liegen folgende offiziöse Meldungen vor:

Budapest, 4. Juni. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses begann mit ungeheurem Tumult. Präsident Graf Stephan Tisza eröffnete die Sitzung um 10^{1/2} Uhr. Auf der Tagesordnung stand die Generaldebatte über die Wehrvorlagen. Mehrere Abgeordnete der äußersten Linken wünschten das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident verweigerte es ihnen, ebenso lehnte er die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung ab. Es erhob sich große Lärme. Der Abgeordnete Bela Kun warf dem Präsidenten vor, er sei parteipolitisch. Der Präsident rief nun zur Ordnung. (Stillestiller Lärm auf der äußersten Linken. — Vehementer Beifall rechts.) Die äußerste Linke rief dem Präsidenten zu: Halten Sie die Geschäftsordnung ein! (Andauernder großer Lärm.) Der Präsident rief zahlreiche Abgeordnete zur Ordnung. Die äußerste Linke setzte den Lärm fort. Einige Abgeordnete trampelten mit den Füßen, schlugen mit Fäusteln und bliesen mit Trompeten. Die Worte des Präsidenten waren kaum verständlich. Auf Antrag des Präsidenten wurden einige Abgeordnete dem Immunitätsausschuß überwiesen. Hierauf gelangte ein Antrag Szepeshazy auf Abhaltung von täglich zwei Sitzungen zur Abstimmung. Der Antrag wurde unter ungeheurem Beifall der Rechten angenommen. Rummel brachte der Präsident die Wehrvorlagen zur Abstimmung. Die ganze Rechte erhob sich unter stürmischem Beifall. Händeklatschen, Hoch- und Hymnen. Der Präsident erklärte, daß die Wehrvorlagen im allgemeinen und in den Details angenommen seien. Sodann beramte er eine Sitzung auf heute nachmittags 4 Uhr an mit der Tagesordnung „Verhandlung des Landwehrgesetzes“.

Während der ganzen Sitzung des Abgeordnetenhauses herrschte ein unbeschreiblicher Lärm. Die Opposition unterbrach die Ansprache des Präsidenten Grafen Tisza durch leidenschaftliche Zurufe und schleuderte ihm ernste Schmähungen entgegen. Der Abg. Justh schrie wiederholt: Scherlofer Schurke! während die Majorität dem Präsidenten jubelte und jedes seiner Worte mit frenetischem Beifall und Händeklatschen begrüßte. Graf Tisza sagte nach erfolgter Abstimmung: Ich bin bei meinem Vorgehen nur dem Gebote meines Gewissens gefolgt, in der Ueberzeugung, daß ich dem ungarischen Parlamentarismus und den Interessen der Nation einen Dienst erweise. Darüber kann nur das Abgeordnetenhaus mein Richter sein und ich werde diesem Gelegenheit geben, wenn es das für notwendig hält, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Abg. Justh wurde wegen seines Zurufs an den Präsidenten dem Immunitätsausschuß überwiesen. Unter ungeheurem Lärm der Opposition und stürmischem Applaus der Majorität für den Präsidenten Grafen Tisza wurde die Sitzung geschlossen.

Während der Pause war im Abgeordnetenhaus eine starke Abteilung Polizei erschienen und zwar entgegen der ergangenen Weisung schon während der Pause, während die Ordrer dahin ging, daß die Polizisten erst am Ende der Sitzung aufgestellt werden sollten. Der Zweck dieser Maßnahme war der, daß etwaige Gewaltakte der Opposition vermieden werden sollten. Beim Antritt der Polizisten brach die Opposition in laute Psui-Aufe aus. Sämtliche Mitglieder der Opposition begaben sich in den großen Kuppelsaal des Hauses und hielten dort eine Konferenz ab. In derselben erklärte Graf Apponyi, es sei zu hoffen, daß die ungeschlichen und gegen die Formen votierten Wehrvorlagen nicht die Zustimmung des Magnatenhauses finden und vom Könige nicht sanktioniert werden würden. Graf Michael Karolyi ersuchte den Grafen Apponyi, auf Grund seiner Beziehungen zum Ausland diese flagrante Verletzung des Parlaments zur Kenntnis des Auslandes zu bringen. Ritterweise hatten auch die Regierungsparteien eine Konferenz abgehalten. Sämtliche Parteimitglieder unterschrieben einen Resolutionsantrag, der demnächst im Abgeordnetenhaus eingebracht werden soll und in dem erklärt wird, daß die Parteimitglieder mit dem Vorgehen des Präsidenten sich vollkommen solidarisch erklären, der den ungeschlichen Willen der großen Majorität, welche die Wehrvorlagen angenommen habe, zur Geltung brachte.

Die Nachmittagsitzung.

Budapest, 4. Juni. In der Nachmittagsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses haben sich die Sturmzeiten vom Vormittag in verstärkter Maße erneuert. Um 4 Uhr zogen die Abgeordneten in den Saal und warteten auf die Eröffnung der Sitzung. Gleich zu Beginn der Verhandlungen erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm. Die Mitglieder der Opposition pfiffen, trampelten mit den Füßen und klappeten unausgesetzt mit den Fäusteln, was zur Folge hatte, daß die Sitzung auf einige Zeit ausgefetzt werden mußte. Bei Wiedereröffnung setzte der Lärm sofort von neuem ein, so daß die Sitzung wiederum ausgefetzt werden mußte. Dieses Spiel wiederholte sich dreimal. Zum Schluß erklärte der Präsident Graf Tisza, daß er im Sinne der 48er Befehle durch die Nationalgarde die Ordnung im Saal aufrecht erhalten lassen werde. Die Nationalgarde bestehe heute aus der Gendarmen und der Gendarmerie. Falls die Ruhe nicht wieder hergestellt würde, werde er die Ruhehüter durch die Gendarmen und Gendarmerie aus dem Saale tragen lassen. Hierauf erhob sich von neuem ein großer Tumult. Vor

dem Parlament sind ein Regiment Gendarmen und eine Brigade Gendarmen aufgestellt.

Der Streik im Londoner Hafen.

London, 3. Juni. (Fig. Ber.)

Der Streik der Hafenarbeiter hat an Ausdehnung gewonnen durch den Beschluß des Verbandes der Londoner Bauarbeitergewerkschaften, seine Mitglieder aus den Betrieben der Hafenbehörde und den Schiffen und Werkstätten zu ziehen, wo Streikbrecher beschäftigt werden. Der Zentralkomitee des Transportarbeiterverbandes hat dem Streikkomitee geraten, den Vorschlag der Regierung, ein Einigungsamt für die gesamte Londoner Transportindustrie zu errichten, anzunehmen, vorausgesetzt, daß Vorkehrungen getroffen werden, wodurch die Beschlüsse des Amtes erzwingen werden können. Das ist jetzt der springende Punkt. Die alten Verträge sind von den Unternehmern nicht gehalten worden. Diese entschuldigen das Verhalten der Unternehmerschaft mit dem Hinweis darauf, daß die kontraktbrüchigen Unternehmer nicht organisiert sind oder aus der Unternehmerorganisation austreten, wenn ihnen der Vertrag nicht mehr paßt. In dieser Unorganisation scheint jedoch Methode zu liegen. Es ist daher zweifelhaft, ob die Unternehmer den Vorschlag der Regierung bezüglich des Einigungsamtes annehmen werden. Der Vorschlag ist bisher nur den Arbeitern unterbreitet worden. Wie die „Times“ berichten, hat der Schatzkanzler die Unternehmer nur gefragt, ob sie bereit seien, einen starken, alle Unternehmer der Londoner Transportgewerbe umfassenden Verband zu gründen. Inzwischen hat sich der Vorstand des Transportarbeiterverbandes genötigt gesehen, dem Nationalen Rat des Verbandes auf morgen zu einer Sitzung nach London einzuberufen, in der die Frage des nationalen Transportarbeiterstreiks erörtert werden soll. Zu dieser Sitzung ist auch der Sekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, Genosse Zschade, eingeladen worden.

Die hartnäckige Haltung der Unternehmer wird nicht in letzter Hinsicht dadurch hervorgerufen worden sein, daß viele von ihnen ihren Arbeitern große Summen Geld schulden — Lohnanteile, die trotz der Verfügung der Schiedsrichter den Arbeitern nie ausbezahlt worden sind. In einer Rede, die Ben Tillet gestern hielt, konstatierte er, daß diese Summen ohne Berechnung der Ueberstunden und Spezialarbeiten mindestens 480 000 Pfund Sterling ausmachen. Das ist mehr, bemerkte er, als alle Einbrecher und sonstigen Spitzbuben im ganzen Königreich in einem Jahre einheimsen. Für die schlecht entlohnte Arbeiterschaft sind diese Summen keine Kleinigkeit. 50 000 Arbeiter in Londoner Hafen verdienen wöchentlich weniger als 20 Schilling, und die Hälfte von diesen haben im Durchschnitt weniger als 15 Schilling die Woche. Und zu jeder Tages- und Nachtzeit müssen diese Arbeiter ihre Arbeitskraft für den Unternehmer in Bereitschaft halten.

An ein baldiges Ende des Kampfes ist nicht zu denken. Gosling, der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, sagte gestern in einer Rede, daß es lange dauern werde, die Streitfragen zu regeln, selbst wenn man schon morgen einen Anfang damit machen werde. Diesmal müsse die Angelegenheit gründlich geregelt werden und nicht wie im vergangenen Jahre, als man zu eilig zu Werke gegangen sei.

Frankreich.

Sozialistische Erfolge bei den Generalwahlen.

Paris, 3. Juni. (Fig. Ber.) Bei den gestrigen Wahlen für den Generalrat des Seine-Departements hat die geeinigte Partei sehr gut abgeschnitten. Bisser hatte sie 2 von den 23 Mandaten inne; gestern behauptete sie die zwei und gewann ein drittes (das des Kantons von St. Denis) dazu; weiter ist sie an ausgedehnten Stichwahlen beteiligt.

Rußland.

Die Schiffsahrtsmisere in Finnland.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Seit der Russifizierung der finnischen Lotsenverwaltung liegt die Schiffsahrt in den finnischen Gewässern ganz banieder. Da es an Lotsen mangelt und das Fahrwasser nicht abgeteilt ist, sind viele Schiffe aufgelaufen. Andere, die keine Lotsen erhielten, haben den Rückweg angetreten, weil sie die Schiffe und die Ladungen nicht diesen Gefahren aussetzen konnten. Vielfach werden Hölle bekannt, wo Kapitäne und Reeder andere warnen, Ladungen nach Finnland aufzunehmen. Die Proteste und Schabenerfahrungen der Schiffsührer mehren sich täglich. In Helsingfors wird geraten, ob nicht die Kommune eigene Institutionen für Lotsen errichten soll, um dem Schaden zu entgehen, der durch diese heillosen Zustände entstehen muß.

Soweit die Mitteilung unseres Korrespondenten. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, trägt namentlich der deutsche Handel und die deutsche Schiffsahrt den Schaden an dem gemeingefährlichen Treiben der russischen Regierung in Finnland. Statt aber dagegen zu protestieren, halten die deutschen Kapitalklassen die Hand in der Tasche und duden sich vor den Russifizierungsmahnen der Jarenregierung ebenso, wie die deutschen Behörden es gegenüber den fortwährenden Grenzübergriffen der russischen Grenzposten und Beamten tun.

Marokko.

„Frankreichs beste Soldaten“.

Mit diesem Schlagwort operierten während der Marokkohändel des vorigen Sommers sowie noch vor kurzem zur Begründung der deutschen Wehrvorlage die alldeutschen Kriegshund und Rüstungsheher. Sie behaupteten, daß Frankreich aus Marokko ganze Armeekorps herausziehen und auf einen europäischen Kriegsschauplatz werfen könne. Was Frankreich aber jetzt in Marokko erlebt, ist genau das Gegenteil von dem, was französische und deutsche Imperialisten erhofft haben. General Vyautey hat sich nämlich gezwungen gesehen, die jetzt bestehende marokkanische Armee aufzulösen. Angeblich sollen bei dem Aufstande im April nur 700 Mann der marokkanischen Labors gemeutert haben, in Wirklichkeit fällt man sich aber auch der „treu“ geliebtenen 2500 Mann so wenig sicher, daß auch sie heimgeschiedt werden. Für diejenigen Marokkaner, die sich freiwillig zum Weiterdienen bereit erklären, will man ein paar Kompagnien und Schwadronen — natürlich mit französischen Offizieren und Unteroffizieren — formieren. Diese kümmerlichen Fragmente einer marokkanischen Streitmacht sollen dann ohne Waffen in die Schaufelenebene transportiert werden, wo die starke europäische Besatzung von Casablanca über ihr Wohlverhalten zu wachen hat. In Fez und im Innern des Landes wollen die Franzosen jedenfalls auf marokkanische Soldaten verzichten. Für die Artillerie und die technischen Truppen sollen Eingeborene in ganz Nordafrika nicht verwendet werden. — Es trifft also alles genau so ein, wie wir es von jeder bei Behandlung der marokkanischen Frage und in unseren Artikeln zur Wehrvorlage vorhergesagt haben.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer-Terror.

In Wismar i. Meckl. haben die Metallindustriellen ein Abkommen getroffen, durch das sie die Einstellung von Arbeitern, die aus irgendeinem Grunde einem Betriebe den Rücken kehren, in einen anderen Betrieb verhindern. In den letzten Wochen waren nicht weniger als vier derartige Fälle von Verrückerklärung zu verzeichnen, wodurch die Arbeiter fast immer gehindert wurden, unter besseren Bedingungen Arbeit zu nehmen. Die Arbeiterorganisationen haben nunmehr dazu Stellung genommen und sich zunächst an sechs Firmen mit einer Anfrage gewandt; drei Firmen haben überhaupt nicht geantwortet, woraus man wohl schließen darf, daß solche Verabredungen bestehen. Zwei Firmen haben die Verabredungen bestritten, und die Wagenbau-Aktiengesellschaft hat eine Bekanntmachung erlassen, in der sie das Bestehen bestimmter Verabredungen zugibt, jedoch sollen sie nur auf Arbeiter, die noch in Arbeit stehen und sich nach einer anderen Stelle umschauen, Anwendung finden. Das trifft aber nicht zu, denn es werden einige Leute nicht in Arbeit genommen, obwohl solche vorhanden ist. Es liegt also nachweisbar eine Verrückerklärung mißliebiger Arbeiter vor.

Jetzt haben die Gewerkschaften zunächst in Betriebsversammlungen den Beschluß gefaßt, alle Ueberstunden zu verweigern. Dieser Beschluß ist später dahin erweitert worden, daß die Sperre über ganz Wismar verhängt wurde und die unverheirateten Arbeiter erlaubt wurden, abzureisen. Die Zusammenwirkung dieser Beschlüsse dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Direktion der Wagenbau-Aktiengesellschaft ist wenigstens anscheinend sehr erbost darüber. Sie fordert durch Anschlag sämtliche Arbeiter auf, Ueberstunden zu leisten, und verlangt von demjenigen, die auf der Verweigerung der Ueberstunden beharren, dies im Kontor persönlich zu bestätigen! Der Schlußpassus des famosen Anschlages lautet wörtlich: „Ich bemerke noch ausdrücklich, daß die mir treubleibenden Arbeiter in jeder Weise auf mein Entgegenkommen und auf meine Fürsorge rechnen können!“ Peitsche und Ruderbrot — das also ist die Losung der Metallindustriellen von Wismar.

Natürlich werden die Ueberstunden von den Arbeitern weiter verweigert, und niemand wird sich im Kontor melden. Die Sperre wird streng durchgeführt, um durch Entziehung der Arbeitskräfte den Terrorismus der Unternehmer zu brechen.

Alle Arbeiter aber, die in Wagenfabriken, Gießereien, Automobilfabriken, Maschinenfabriken usw. tätig sind oder sein können, werden deswegen dringend ersucht, Wismar zu meiden.

Berlin und Umgegend.

Die Jaloussiarbeiter befinden sich in einer Bewegung, um ihren Tarif auch bei den Kleinmeistern zur Anerkennung zu bringen. Wie in der am Montag abgeschlossenen Versammlung ausgeführt wurde, gibt es in Berlin mehr als 40 Kleinmeister, die sich vorwiegend mit Reparaturen befassen, zum Teil aber auch Bauarbeit ausführen. Soweit die Kleinmeister Arbeitskräfte beschäftigen, werden sie ohne Benutzung des Arbeitnachweises eingestellt. Da auch sonst die tarifmäßigen Bedingungen wenig beachtet werden, so beschäftigen die Kleinmeister mit Vorliebe unorganisierte Arbeiter. Der schwerste Verstoß gegen die allgemeinen Arbeiterinteressen ist es, daß bei den Kleinmeistern die tägliche Arbeitszeit oft bis 12, ja 14 Stunden ausgedehnt wird, während die übliche Arbeitszeit der Jaloussiarbeiter 8 1/2 Stunden beträgt. Um diese Uebelstände zu beseitigen, hält es die Organisation für notwendig, daß auch die Kleinmeister in das Tarifverhältnis einbezogen werden, welches mit großen Firmen bereits besteht. In eine Anzahl der Kleinmeister ist kürzlich eine dahingehende Aufforderung gerichtet worden, aber nur einer hat einen Tarif abgeschlossen, während die anderen auf das Schreiben der Branchenleitung der Jaloussiarbeiter gar nicht geantwortet haben. — Bei der Firma Samson u. Strothoff ist es zu einem Konflikt gekommen, weil sie den Jaloussieinheimern einen ungewöhnlich niedrigen Akkordlohn anbot. Die organisierten Arbeiter haben deshalb die Arbeit niedergelegt. Die am Sonntag dem 2. Juni in der Firma Samson u. Strothoff, und sie sucht nun mit Hilfe eines Kleinmeisters die Arbeiten ausführen zu lassen; doch hoffen die Arbeiter, daß die Firma zur Anerkennung des Tarifverhältnisses gezwungen werden kann.

Die Versammlung beschloß, daß gegen die Kleinmeister, welche sich dem Tarifverhältnis nicht anschließen wollen, mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden soll.

Die Firma Lichtkammer, G. m. b. H., vertahrt sich in einer Aufschrift an und gegen den ihr in einer Versammlung der Dachhakenkennzeichner gemachten Vorwurf, daß sie nicht tarifmäßige Löhne zahle. Die Firma erklärt, daß sie sämtliche Angestellten tarifmäßig entlohne.

Zur Bewegung der Fleischer in Neukölln.

Der Fleischermeister W. o. J. m. n. n. n., Faldastr. 55/56, weigert sich immer noch, den Tarif anzuerkennen. Er benimmt sich auch höchst aufgeregt und ungeduldig den Streikposten und Passanten gegenüber. Auch seine Frau gebraucht eifrig ihr Mundwerk. Der Fleischermeister Friederich, Walterstr. 18, versucht, Streik- bzw. Wohltposten zu demanzieren. Bei der Verachtung, welche diese Herrschaften gegen die sozialdemokratisch gestante, gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Schau tragen, sollten sie doch froh sein, wenn diese ihren Geschäften fernbleibt.

Deutsches Reich.

Zum Streik in der Farbenfabrik Chr. Heymann-Steinberg in Celle. Seit bald sieben Wochen stehen die Arbeiter dieser Fabrik im Streik. Die Arbeiter verlangten eine Erhöhung der Löhne. Die Fabrikleitung konnte sich dem nicht ganz verschließen, daß die Löhne eine Aufbesserung verlangten, denn sie bot teilweise Verbesserungen an. Die Arbeiter hätten somit keine Ursache gehabt, zu streiken, wenn nicht mit den Verbesserungen der Löhne zugleich sozial Verleumdungen der allgemeinen Arbeitsverhältnisse eingeführt werden sollten, daß von Verbesserungen keine Rede mehr sein konnte. Hingzu kommt aber noch, daß die Firma äußerst diktorisch gegen die Arbeiter vorging. Mag die Betriebsleitung in ihrem hartnäckigen Standpunkt sich auch dadurch gestärkt fühlen, daß es gelungen ist, eine Anzahl Streikbrecher herbeizuschaffen. Wie weit sie aber damit kommen wird, dürfte sich bald herausstellen. Die Arbeiter haben es auch nach Ausbruch des Streiks nicht fehlen lassen, auf dem Verhandlungswege zu einer annehmbaren Einigung zu kommen. Die Firma war aber all diesen Versuchen gegenüber unzugänglich. Nach wie vor stehen die Arbeiter geschlossen im Streik und werden ihn erfolgreich durchführen. Dazu gehört aber, daß der Zugang strengstens ferngehalten wird.

Tarifabschluss in den Rieker Brennereien und Destillationsbetrieben.

Außer dem Tarifvertrag mit den Rieker Brennereien waren auch die der Brennereien, Destillationen und Mineralwasserwerke, zusammen sechs Betriebe, zu erneuern. Auch diese Verhandlungen mußten mit dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes geführt werden. Vereinhart wurde, daß für das letzte Tarifjahr eine halbstündige tägliche Arbeitszeitverlängerung eintritt. Die Wochenlöhne erfahren

während der vierjährigen Tarifdauer eine Erhöhung von 1 M. bis 1,75 M. Die Säge für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten werden um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Neben sonstigen kleineren Verbesserungen wurde noch ein jährlicher Urlaub mit Lohnzahlung von zwei bis vier Tagen erzielt. Damit sind nun für alle größeren Betriebe dieser Art in Kiel die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

Die Lohnbewegungen im Hamburger Hafen

nähern sich ihrem Ende. Durch die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein sind nun auch für die ausständigen Flußmachi-nisten befriedigende Bedingungen erzielt worden, die eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und eine ansehnliche Lohn-erhöhung bringen. Der Streik ist daher aufgehoben worden. Rinder-günstig haben die Katarbeiter abgemittelt, die teils bei den Großreedern, teils im Staatsbetriebe beschäftigt werden. Vater Staat erweist sich nach altem unblutigem Brauch auch hier als das Gegenteil eines sozial empfindenden Unternehmers. Seine beharliche Weigerung, den ganz unzulänglichen Lohn seiner Katarbeiter angemessen zu erhöhen, ist die Ursache, daß auch die in den Packfabriken tätigen Arbeiter sich mit unbefriedigenden Verbesserungen zufrieden geben müssen. Es wurde nur für die Gelegenheitsarbeiter eine Erhöhung des Tagelohnes um 20 Pf. auf 3,50 M. und bessere Löhne für Nacht- und Sonntagsarbeit bewilligt. Ferner soll in Konsequenz der Abmachung mit den Schauer-leuten am 1. Mai 1913 die zehnstündige Arbeitszeit durch die neunstündige ersetzt werden. Am Staatsdampfer und bei der America-linie wird meistens nach einem für die Arbeiter sehr unvorteil-haften Akkordsystem gearbeitet, bei dem Vorläufe in Tagelohnhöhe gegeben werden. Würde der Tagelohn erhöht, so müßten auch die Akkordlöhne erhöht werden; und das paßt dem Staat nicht in den Kram! So leiden unter seiner Knauerei die gesamten Katarbeiter. Ein Tarif ist nicht abgeschlossen worden. Die Meer-mannlinie und die Ostafrikalinie haben ihren Katarbeitern besondere Lohnabgaben gegeben, nach denen sich der Lohn für Vorarbeiter um 1 M., nach vierjähriger Beschäftigung auf 86 M., für feste Kranführer im Anfangslohn um 2 M., im Endlohn nach dreijähriger Beschäftigung um 3 M., für Hilfskranführer im Endlohn nach dreijähriger Tätigkeit um 1 M., für Schuppenführer im An-fangslohn um 1 M., im Endlohn nach siebenjähriger Beschäftigung um 2 M., für feste Katarbeiter nach fünfjähriger Beschäftigung um 1 M. erhöht. Ferner sind die Vergütungen für Nacht- und Sonntagsarbeit usw. verbessert worden. Die Folge der ungenügenden Bezahlung ist das starke Fluktuieren der Arbeiter in den Katarbetrieben. Da leider auch die Organisationsverhältnisse recht zu wünschen übrig lassen, ist gegenwärtig nicht mehr zu erreichen. — Noch nicht beendet ist die Bewegung der Motor-schiffe. Es ist hier am 1. Juni zur Kündigung gekommen in den Betrieben, die bisher sich nicht zur Abschließung eines vom Transportarbeiterverbande überforderten Tariffs bereit erklärt haben.

Ueber das Stahlwerk Mark in Böhmen an der Ruhr ist wegen Nahrung von zwei Arbeitern, darunter einem Mitgliede des Arbeiterausschusses, und wegen Nichterhaltung von schriftlichen Vereinbarungen die Sperre verhängt worden. Die Direktion hat nun sämtliche Arbeiter zum 15. Juni das Arbeitsverhältnis und zugleich auch die Werkwohnung gekündigt. Am 1. Juni wurden abermals drei Former gemahnt und am 3. Juni wurden wieder drei Former nicht mehr in den Betrieb gelassen.

Zugung von Metallarbeitern aller Berufe ist nach dem Stahlwerk Mark in Böhmen an der Ruhr deswegen streng fernzuhalten.

Nach dem Rheinschiffersstreik.

Als während des Rheinschiffersstreiks auch die Kapitäne, Boots-führer und ersten Matrosen usw. an die Reeder mit Forderungen herantreten, da verstand es die Reederpresse, diese zwischen dem eigentlichen Arbeitspersonal und den Unternehmern als Brechholz stehende Angestellten mit Verpöndungen hinzuhalten und sie zur Weiterarbeit zu bestimmen. Nicht wenige von ihnen ver-rückten denn auch direkt Arbeitswilligendienste, oder suchten durch Einwirkung auf Verwandte und von ihnen abhängige Per-sonen Streikbrecher zu werden; sie halfen somit, das Schiff-personal in seinem Kampfe um bessere Existenzbedingungen nieder-zurücken. Nachdem diese Leute so im Interesse des Reederkapitals die ihnen unterstellten Mannschaften erfolgreich an der Durch-führung ihrer Forderungen gehindert haben, möchten sie nun selbst gern die Früchte ihres Verhaltens einheimen. Doch hiermit hapert es anscheinend. Aus Duisburg, dem Hauptstz des rheinischen Schiffsbetriebs, wird berichtet, daß die Schiffsführer und Kapitäne usw. in einer Versammlung am 12. Mai beschlossen haben, noch einmal zu versuchen, auf gutlichem Wege von den Reedern eine Gehaltssteigerung zu erlangen, daß dieser Versuch aber mißglückt ist. Diese Angestellten hatten sich auf die unver-ändlichen Versprechungen in der Reederpresse verlassen, und jetzt sind sie nun erbost, daß die Reeder sich ablehnend verhalten, obwohl das Schiffpersonal mit seinen Forderungen nicht durch-gegrungen ist. Die ablehnende Haltung der Reeder geht soweit, daß nur einige wenige überhaupt Antwort gegeben haben. Es war deshalb zu Sonntag, dem 2. Juni, von der Unterstützungskasse „Rheingold“, der die meisten Kapitäne und Schiffsführer usw. an-gehören, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der die Angelegenheit erneut besprochen wurde. Nach Neu-erungen, die in der bürgerlichen Presse Duisburgs am Sonnabend veröffentlicht wurden, sieht ein Streik der Kapitäne und Schiff-sführer des Rheinstroms nahe bevor, falls die Reeder kein Ent-gegenkommen zeigen. Es erscheint indes sehr fraglich, ob es dazu kommen wird. Wohl herrscht eine starke Rühmigung unter den genannten Angestellten der Rheinschiffahrt, doch die Reeder werden schon wissen, was sie diesen „besseren Proleten“ bieten können. Die Leute haben während des Streiks im Interesse des Unternehmertums „ihre Schuldigkeit getan“ und können nun gehen!

Ausland.

Stoffhut- und Wägenarbeiter!

Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen in sechs Pariser Stoffhut- und Wägenfabriken im Streik. Um einen Druck auf die Streikenden auszuüben, haben die vereinigten Unternehmer am 8. Juni eine allgemeine Aussperrung eintriet, von der 6-700 Personen betroffen wurden. Handeln die Hutfabrikanten solidarisch (wie Stoffhut- und Wägenarbeiter sind dem Hutarbeiterverband an-geschlossen), werden 3000 Personen an dem Kampf beteiligt sein. Die Unternehmer haben bereits Schritte getan, um Streikbrecher in Oesterreich, Deutschland und Rußland (Riga, Warschau usw.) anzu-werben. Die französischen Verusknosfen erluchen dringend, Zu-zug von Stoffhut- und Wägenarbeiter nach Paris fernzuhalten.

Es ist Ehemacht, dem Ersuchen der französischen Kollegen nach-zukommen und dafür zu sorgen, daß die Streikbrecherjuche der Agenten ohne Erfolg bleibt.

Das internationale Hutarbeiter-Sekretariat.
J. A.: A. Meyssike, Sekretär.

Aus Industrie und Handel.

Eine fromme Kohlenkonvention.

Die Oberschlesische Kohlenkonvention zu Kattowitz hat soeben dem Kardinal Kopp zu seinem goldenen Priesterjubiläum aus Kassenmitteln 25.000 M. geschenkt. Noch eigenartiger als diese Frömmigkeit, die faust bei der Ober-schlesischen Kohlenkonvention und ihren Preisbreitereien völlig fehlt, wirkt die Begründung bei der Fondsbüchergabe. Das Geld soll der Kardinal Kopp für diejenigen Arbeiterinnen verwenden,

welche infolge der Bestimmungen der letzten Gewerbeordnung 24 Novelle ihre bisherige Beschäftigung auf den ober-schlesischen Gruben verlieren, um sie anderweitig zu versorgen.

Gerade die Oberschlesische Kohlenkonvention hat seit 1898, ihrer eigentlichen Gründung, bewiesen, daß sie nicht fromm, aber hochkapitalistisch zu arbeiten versteht. Es sei nur daran erinnert, was der Leiter einer der hervorragendsten ober-schlesischen Montan-Unternehmungen, Bergrat Williger, der Generaldirektor der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Eisenhüttenbetrieb, vor einem Jahre in der organischen Generalversammlung des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins sagte. Er stellte fest, daß der Durchschnittswert der ober-schlesischen Tonne Kohle — das ist im wesentlichen der Durchschnittserlös — von 1870 bis 1880 von 4,70 M. auf 3,34 M. zurückgegangen sei. Unter dem Schutze der Konvention aber sei er in stetiger Steigerung geblieben und habe schon 1908 eine Höhe von 9 M. erreicht! Dieser Preis für ober-schlesische Kohle wird noch charakteristischer, wenn man beachtet, daß der Arbeitslohn für die Tonne abgesetzter Kohle in Oberschlesien von 1900 bis 1908 nur um 22 Pf. ge-stiegen ist.

In der Konvention selbst üben Großhandelsfirmen, wie Woll-heim, Friedländer und Wulff u. Co. die größte Macht aus. Be-sonders beachtenswert ist dabei, daß der ober-schlesische Kohlenwucher nur Deutschland gegenüber in Weisheit ist. Es sieht fast, daß die beste Kohle, die Klasse Ia der ober-schlesischen Zentralkohlen-märkte, in den als Freiland erklärten Gebieten Oesterreich-Ungarns um rund 40 Proz. billiger ist als in Deutschland. Und diese Leute, die durch eine geradezu kulturverrätliche Verwilderung der deutschen Kohlenverbraucher alljährlich die riesigsten Dividenden zusammen-rückerten, im besondern auch dadurch, daß sie weibliche Arbeits-kräfte ausbeuteten, sie werden jetzt fromm und stellen dem Kardinal Kopp 25.000 M. zur Verfügung. Es ist doch etwas Schönes um diese kapitalistischen Väter, die ihren kirchlichen Kindern Kirchen bauen.

Verfammlungen.

Wie fördern die städtischen Angestellten ihre wirtschaftlichen Interessen?

Ueber dieses Thema sprach Reichstagsabgeordneter Siebel in einer vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands einbe-zugenen Versammlung. In den mit lebhaftem Beifall auf-genommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an, in der zwei Vertreter des „Kaufmännischen Vereins städtischer Angestell-ten“ ihre Vereinskollegen zum geschlossenen, korporativen Uebertritt in den Verband der Bureauangestellten Deutschlands aufforderten. Siebel begrüßte diesen Vorschlag, erklärte aber, daß wenn der geschlossene Uebertritt aus irgendwelchen Umständen scheitern sollte, der Einzelanschluß in möglichst großer Anzahl durchgeführt werden möge. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die anwesenden Bureauangestellten städtischer Betriebe er-kennen an, daß die örtliche Vereinsorganisation keine den wirt-schaftlichen Interessen förderliche Organisationsform ist. Die Versammelten empfehlen den korporativen Anschluß des örtlichen Vereins an den Verband der Bureauangestellten. Sie ersuchen die Vorstände dieser beiden Organisationen wegen ihrer Zu-sammenführung alsbald in Verhandlungen zu treten.“

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Katt-lach, war die Versammlung zu Ende.

Letzte Nachrichten.

Zur Aufhebung eines reichsländischen Ausnahmegesetzes.

Strasbourg i. E., 4. Juni. (W. L. B.) In der Ersten Kammer des elsass-lothringischen Landtages führte heute bei der Beratung des Initiativgesetzentwurfes der Zweiten Kammer, betreffend Auf-hebung der Strafbestimmungen über ausführeische Abzeichen und Aulse, der Abgeordnete Graf Andlau aus, daß die Meinungen der Mitglieder der Ersten Kammer hinsichtlich des Standpunktes der Regierung sehr geteilt seien. Er sei dafür, daß nach vierzig Jahren, in denen die Bevölkerung sich ungewissheit beruhigt und besonnen gezeigt habe, das Gesetz aufgehoben werde. — Die Aufhebung sei schon wegen der allgemein herrschenden Be-unruhigungen wünschenswert. Redner beantragte schließlich, den Entwurf einer Spezialkommission zur Prüfung zu überweisen. Nachdem sich die Abgeordneten Blumenthal und Ruhland im gleichen Sinne geäußert hatten, stimmte die Kammer dem Antrage Andlau zu und wählte eine zwölfgliedrige Spezialkommission.

Die französische Wahlreform.

Paris, 4. Juni. (W. L. B.) Der von den Gegnern der Ver-hältniswahlen am letzten Dienstag in der Kammer begründete An-trag zur Wahlreform, der bezweckt, daß das Gesetz erst vier Jahre nach der Veröffentlichung in Kraft treten soll, ist vorläufig zu-rückgezogen worden. Mit 347 gegen 210 Stimmen wurde der Artikel angenommen, welcher bestimmt, daß das Gesetz bei dem nächsten Zusammentritt der Kammer in Kraft treten soll.

Wanarbeiterausstand.

Wien i. B., 4. Juni. (W. L. B.) Bei der Kanalbaufirma Held u. Brande haben heute morgen 600 Arbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Londoner Hafenarbeiterstreik.

London, 4. Juni. (W. L. B.) Während der Verhand-lungen zwischen der Regierung und den Führern der Streikbewegung im Ministerium des Innern sammelte sich eine Anzahl von Streikenden vor dem Gebäude und erwartete den Wogang der Arbeiterführer. Diese hielten Ansprachen von der Treppe des Gebäudes und teilten den Ausständigen mit, daß sie ein Ultimatum unterbreitet hätten, in dem erklärt werde, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werde, bis alle Arbeiter wieder eingestellt seien. Die Regierung hatte später eine Besprechung mit den Unternehmern, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Spitzbuben auf Reisen.

Gotha, 4. Juni. (W. L. B.) Heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr fand hier zwischen Kriminalbeamten und einer Anzahl Schüh-leuten ein heftiger Kampf mit zwei internationalen Ein-brechern statt. Die Verhaftung gestaltete sich äußerst schwierig, da die Verbrecher bewaffnet waren und hartnäckigen Widerstand leisteten. Die beiden Einbrecher haben große Einbruchsdiebstähle in Weimar, Erfurt, Berlin, Düsseldorf und Gotha verübt. Der eine von ihnen, ein gewisser Arthur Krause, wird von der Berliner Staatsanwaltschaft fleißig verfolgt.

Weil sie nicht heiraten konnten.

Braunschweig, 4. Juni. (W. L. B.) Im Lechlumer Holze bei Braunschweig wurde heute nachmittag der 20-jährige Schreiber Gelling und die 15-jährige Tochter eines Reichhändlers in Braun-schweig erschossen aufgefunden. Unglückliche Liebe ist das Motiv zu dem Doppelselbstmord. Die Eltern des Mädchens wollten eine Heirat noch nicht zulassen.

Tuberkulose und Schule.

In der 12. Versammlung des Vereins für Schulgesundheitspflege, die in Verbindung mit der 4. Versammlung der Vereinigung der Schulärzte Deutschlands Ende Mai im hygienischen Institut der Universität abgehalten wurde, hielt Ministerialdirektor Professor Dr. Kirchner, der Leiter der Medizinalabteilung im Kultusministerium, einen Vortrag über: Tuberkulose und Schule. Er führte aus:

„Was die Tuberkulose für uns bedeutet, sehen wir an der großen Sterblichkeit. In den letzten Jahren, seitdem die Gesundheitspflege einen großartigen Aufschwung genommen hat, ist die Sterblichkeit in geradezu wunderbarer Weise zurückgegangen. Von 1816 bis 1890 war die Sterblichkeit in Preußen eine ziemlich gleichmäßige, abgesehen von einigen besondern Anstiegen, die durch große Epidemien bedingt waren. Von 1898 an aber sehen wir einen sehr starken und stetigen Abfall. Von 29 pro 1000 im Jahre 1898 ist die Sterblichkeit gesunken auf 18 pro 1000 im Jahre 1910. Das ist in Wahrheit ein Triumph der Wissenschaft und bedeutet einen Gewinn an Glück und nationalem Vermögen, wie man ihn sich kaum hat vorstellen können. Diese Abnahme der Sterblichkeit ist bedingt durch die Abnahme der übertragbaren, der Infektionskrankheiten. Insbesondere ist gesunken die Sterblichkeit an Diphtherie seit 1894, seit der Erfindung des Heilserums durch Behring. In hervorragender Weise ist die Sterblichkeit an Typhus gesunken, seit 1875 um den 15. Teil. Auch die Sterblichkeit an Tuberkulose zeigt ein Sinken von 32 pro 1000 im Jahre 1875 auf 15 pro 1000 im Jahre 1911. Über dieses Sinken ist doch, verglichen mit dem Sinken der Typhussterblichkeit, nur gering. Wir müssen also alle Kraft daran setzen, die Sterblichkeit noch mehr zu verringern. Namentlich, wenn wir uns vorstellen, daß diese 15 pro 1000 in absoluten Zahlen in Preußen heute noch immer 60 000 Menschen darstellen. Es handelt sich also hier um eine Aufgabe, die des Schwereits der Eiden wert ist, und alle, die etwas davon verstehen, müssen sich fest zusammenschließen gegen diesen Feind des Vaterlandes. Schon im Jahre 1905 hat der Vortragende besondere Untersuchungen über die Abnahme der Sterblichkeit an Tuberkulose in den verschiedenen Altersklassen angestellt, und er kam zu dem überraschenden Resultat, daß die Abnahme namentlich diejenigen Altersklassen der Männer betrifft, die von der sozialen Vererbung in den 80er Jahren getroffen wurden. Die jugendlichen Altersklassen und die weiblichen nahmen daran nicht teil. Von 1875 bis 1902 hatte gerade in den jugendlichen Altersklassen und beim weiblichen Geschlecht die Sterblichkeit an Tuberkulose nicht ab-, sondern sogar noch zugenommen; sowohl die absolute, wie die relative Sterblichkeit. Eine erneute Berechnung in den Jahren 1903 bis 1908 zeigte keine besseren Ergebnisse. Erst die Berechnungen der Sterblichkeitsverhältnisse bis 1910 haben konstatiert lassen, daß in keiner Altersklasse und auch beim weiblichen Geschlecht nicht die Sterblichkeit zugenommen hat, sondern nunmehr zeigt sich auch hier überall eine Abnahme. Nur die relative Sterblichkeit ist noch immer im Wachsen begriffen, ein Beweis, daß die Anstrengungen zur Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter noch keineswegs das Ziel erreicht haben. Auch hat bei keiner epideemischen Entdeckung des Tuberkulosebazillus den Schwerpunkt darauf gelegt, daß die Tuberkulose rechtzeitig erkannt werde. Auch bei der Bekanntgabe seines Tuberkulins hat er hierauf besonderen Nachdruck gelegt. In den ersten Jahren hat das Tuberkulin leider nicht die Anerkennung gefunden, die es verdient; heute wissen wir, daß es ein ausgezeichnetes, fast unfehlbares Mittel ist, die Tuberkulose zu erkennen. Die Tuberkulose ist nicht überall zu Hause, sondern nistet sich in bestimmten Familien und Häusern ein. Der Grund dafür ist der, daß fast die einzige Quelle der Krankheit der kranke Mensch selbst ist. Durch die Milch verlässlicher Kinder kommt ja zuweilen eine Übertragung vor, aber doch sehr selten. Durch Husten, Niesen, Nüsspern verbreitet der kranke Mensch Tuberkelbazillen um sich, die sich eine Zeitlang in der Luft schwebend halten können, und dadurch werden die Wohnungen, in denen die Kranken gehäuft haben, eine Gefahr für die Mitmenschen.

Und damit komme ich zur Schule. Die Frage, ob man die Tuberkulose eine Schulkrantheit nennen kann, muß mit einem entscheidenden Nein beantwortet werden. Die Schule hat mit ihrer Verbreitung recht wenig zu tun. Die Zahl der Kinder mit offener Tuberkulose dieser Schule ist nur gering. Dagegen ist die Zahl derjenigen Kinder, die den Keim der Krankheit in sich tragen, die Kinder mit latenter Tuberkulose, sehr erheblich, und diese bringen den Krankheitskeim aus der Familie mit in die Schule. Was können wir nun dagegen tun? Wir müssen die Kinder hüten vor der Verührung mit Menschen mit offener Tuberkulose. Der Reichsgesundheitrat zur Seuchenbekämpfung enthielt die Anzeigepflicht für Tuberkulose, doch ist dies in Deutschland nicht Gesetz geworden. Wohl aber ist der Kampf gegen ansteckende Krankheiten seitens der Schule in Preußen nicht in die Hände der Polizei, sondern in die der Schulaufsichtsbehörde gelegt, und deswegen konnte 1907 verordnet werden, daß Lehrer und Kinder mit offener Tuberkulose die Schule nicht betreten dürfen. Diese Maßregel mag vielleicht manchen drakonisch erscheinen, aber sie ist notwendig, sowohl im Interesse der betroffenen Kinder, als im Interesse der anderen. Weiter ist 1890 bereits die Stadt Wiesbaden mit der Anstellung von Schulärzten vorgegangen. Andere Städte sind gefolgt, und zwischen Lehrern und Ärzten hat sich nach anfänglichen Reibungen jetzt ein sehr gutes Verhältnis entwickelt. Ich stelle mir vor, daß alle Schulärzten dem Schularzt vorgestellt werden müssen vor ihrer Einstellung. Ich stelle mir weiter vor, daß die Schulärzte Personalbogen über die einzelnen Kinder anlegen, welche die Kinder vom ersten bis zum letzten Schultage begleiten, und ich stelle mir schließlich vor, daß die Schulärzte von Zeit zu Zeit sämtliche Kinder Revue passieren lassen müssen, um zu sehen, was ihnen etwa noch fehlt. Wie man stotternde, schwermüde und geistig schwache Kinder in gesonderte Klassen gebracht hat, mit außerordentlichem Erfolg sowohl für die normalen Kinder, als für diese schwachen Kinder, so sollte man auch die Tuberkuloseverdächtigen, die den Krankheitskeim in sich tragen, in gesonderten Klassen unterbringen. Man wird auch dann ähnliche Erfolge erzielen. Mit gutem Erfolg vorangegangen und vorbildlich ist auf diesem Gebiet die Stadt Charlottenburg mit der Errichtung der Waldschulen. Ist die Tuberkulose aber erst einmal eine offene, dann muß die Forderung, daß Schüler und Lehrer, die davon ergriffen sind, die Schule vollständig meiden, absolut und konsequent durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Schule sind damit noch keineswegs erschöpft. Es muß verlangt werden, daß jede Schulküche mindestens einmal täglich gefegt und mindestens dreimal jährlich gründlich gereinigt wird. Ferner sollte keine Familie, auch der Schüldiener nicht, im Schulhause wohnen. In neuerer Zeit ist ja viel auf dem Gebiete der Schulhygiene geschehen, namentlich durch Schulfelder und Schulspeisungen. Alle Bestrebungen in dieser Richtung sollten eifrig gefördert werden. Auch die Zahnpflege der Schulkinder ist geeignet, durch Herbeiführung besserer Verdauung den Körper zu kräftigen und dadurch widerstandsfähiger zu machen gegen diesen heimtückischen Feind. Vor allem aber hat die Schule dann noch eine große Aufgabe: die der Belehrung. Die Schule sollte die Kinder über die Forderungen der Hygiene belehren, die Kinder tragen das, was sie dort lernen, in die Familie, und so kann die Schule wirken als Lehrerin des gesamten Volkes. Wenn in dieser Richtung gearbeitet wird, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

So dankenswert die Darlegungen des Vortragenden rücksichtlich der Schule sind, so schärft man immer wieder betont werden, daß die Tuberkulose ihre Hauptnahrung aus den sozialen Verhältnissen empfängt. Die Widerstandsfähigkeit gegen die schlimme Krankheit sinkt mit sozial schlechteren Verhältnissen. Der beste Kampf gegen die Tuberkulose besteht in sozialer Hebung der minderbemittelten Volkskreise. Arbeiterschutz heißt auch Schutz der Allgemeinheit.

Arbeitslosenversicherung.

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik hielt gestern im Berliner Rathaus eine Sitzung ab. Zur Verhandlung stand unter anderem das Thema: „Die Entwicklung

waren, daß — andere die Lebensinteressen der Kunst für sie verfochten.

Aber das Dresdener Vorkommnis hätte damals sicher noch niemand für möglich gehalten.

Beobachtungen auf glühender Lava. Die Naturforscher legen großen Wert darauf, zu erfahren, welche Temperatur die Lavamassen besitzen, wenn sie aus dem Krater eines Vulkans austreten. Diese Wahlgabe ist aber bezeichnenderweise nicht leicht zu befriedigen, denn soviel wohl man wenigstens genau, daß die Temperatur hoch genug ist, um eine Messung durch unmittelbare Annäherung zu verbieten. Es könnte daher nur durch Erfindung besonderer Mittel jemals möglich sein, den Hitzegrad einer Lava beim Austritt aus dem Krater oder aus einer seitlichen Spalte festzustellen. Immerhin ist man damit soweit gegangen, wie es eben möglich erscheinen wollte. Einen besonderen Mut in der Erfüllung einer derartigen Aufgabe hat der italienische Forscher Giovanni Platania während des letzten Vesuvianausbruches im September vorigen Jahres bewiesen, und von den gewonnenen Ergebnissen berichtet jetzt eine Mitteilung an die Accademia dei Lincei in Rom. Erst am 20. September, also 10 Tage nach dem Beginn des Ausbruches, konnte sich der Forscher dem höchst gelegenen Krater nähern, dann auch einigen kleinen Oeffnungen in der Nachbarschaft des Monte Rosso. Er fand dort wenigstens noch eine Oeffnung, aus der frische Lava entquoll. Er unternahm das Wagnis, einen aus der Oeffnung einigermaßen befestigten Lavastrahl zu betreten, und zwar an einer Stelle, die 80 Meter vom Ausfluß und 15 Meter vom Rand entfernt war. Er konnte durch die Schollen der Oberflache hindurch mit dem sogenannten pyrometrischen Fernrohr die glühflüssige Masse in orangefarbener Farbe im Innern des Stromes erkennen. Dieser bewegte sich noch mit einer Geschwindigkeit von 1 Meter in der Sekunde. Eine Messung an der Oberflache ergab Temperaturen zwischen 560 und 770 Grad. Später vermochte Platania das Thermometer auch bis an die rothglühende Lava selbst heranzubringen, wo sich eine Hitze von 940 Grad ergab. Schon zweimal früher sind ähnliche Versuche unternommen worden, die zur Beobachtung von Werten bis zu 1200 Grad führten. Die Temperatur nimmt selbstverständlich mit der Entfernung vom Krater und nach den Mäandern des Lavastrahls ab.

Der See von Panama. Der Bau des Panamakanals ist nun in seine letzte, entscheidende Phase getreten: mit der Schließung der großen Forten des Damms von Gatun beginnen die Arbeiten der letzten Etappe. Als die Schleusen geschlossen wurden, verwannte sich der kleine Chagresfluß, der bisher als ungeheurer Sturzbach schäumend dahingestürzt war, in einen friedlichen Bach, der gemächlich in einen großen See fließt. Und dieser neue See von Panama wird nach der bevorstehenden Vollendung des Werkes das charakteristische Merkmal dieses Inselkanals sein. Von dem Einschnitt bei Culebra abgesehen, bestand der größte Teil der Arbeiten am Kanal nicht aus Grabungen und Ausbaggerungen. Die Hauptarbeit war die Erbauung der künstlichen Risten an dem nördlichen und dem südlichen Ende des mächtigen Sees, der jetzt im Entstehen ist.

der Arbeitslosenversicherung“. Der Referent, Stadtrat Weiskopf, verteidigt die Ansicht, eine Förderung der Arbeitslosenversicherung könne nur durch eine eingehende Untersuchung der Lage in den einzelnen Gewerben geschehen, diese jedoch aber von Reichs wegen erfolgen. Andererseits sei die Einführung des Versicherungszwanges für einzelne Berufe und Gruppen, z. B. die der Bauarbeiter, schon jetzt reif. Mit Recht habe der Stadtrat um einen Gesetzentwurf die Reichsregierung ersucht. Leider sei die Reichsregierung dieser Bitte nicht nachgekommen. Bei dieser für die Kommunen behauerlichen Lage, führte Redner aus, ist es interessant zu überblicken, was durch die Städte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bisher geschehen ist. Das wirksamste Mittel dagegen sind gut organisierte Arbeitsnachweise, die auch die Voraussetzung für jede weitere Tätigkeit auf diesem Gebiete bilden, insbesondere für Notstandsarbeiten und für die Arbeitslosenversicherung selbst. Ein anderes Mittel sind die sogenannten Notstandsarbeiten, die allerdings nur als ein Notbehelf angesehen werden können. Es bleibt nur die Arbeitslosenversicherung, die als obligatorische nicht in Betracht kommt. Auf dem Gebiet der fakultativen Arbeitslosenversicherung ist das Genet System als das einfachste und praktikfähigste anzusehen. Es stellt eine Verbindung dar zwischen den Gemeinden und den Gewerkschaften als Träger der Versicherung. Die Gewerkschaften bleiben Träger der Versicherung und die Gemeinde zahlt dazu einen Zuschuß. Für die nichtorganisierten Arbeiter hat die Stadt Genf einen Sparfonds eingerichtet, aus dem für die Sparer, die im Falle der Arbeitslosigkeit ihre Guthaben abheben, Zuzüsse geleistet werden. Die Voraussetzung für dieses System ist das Vorhandensein einer guten Arbeiterorganisation und natürlich eines gut geführten Arbeitsnachweises. Dieses Genet System hat bisher die meiste Verbreitung gefunden. Ausführlich ist es behandelt in einer Denkschrift, die auf Veranlassung des Magistrats von Charlottenburg von Professor Jankow und dem Direktor des Charlottenburger Statistischen Amtes, Dr. Wade, herausgegeben wurde.

In dieser Denkschrift werden die Bedenken gegen das Genet System eingehend gewürdigt, aber schließlich kommen die Verfasser doch zu dem Schluß, daß sie nicht durchschlagend sind. Auf der Grundlage des Genet Systems hat auch der Charlottenburger Magistrat eine Vorlage an die Stadtvorordnetenversammlung ausgearbeitet, die allerdings vor wenigen Tagen abgelehnt wurde. Als erste der Groß-Berliner Gemeinden hat die Stadt Schöneberg Anfang 1911 eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System eingerichtet. Für die Nichtorganisierten hat die Stadt ebenfalls eine Spargelände geschaffen, die jedoch sehr wenig in Anspruch genommen ist, während die Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System sich eines steigenden Zuzuwachses erfreut. In Straßburg ist eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System, also lediglich mit Gemeindezuschüssen an die Gewerkschaften, schon seit 1907 eingerichtet. Erlangen hat eine ähnliche Einrichtung wie Straßburg getroffen, ebenso im März 1910 Freiburg i. Br. In Mannheim ist lediglich ein städtischer Zuschuß für Sparer eingerichtet, ein System, das sich auch dort nicht bewährt hat. Dann existiert noch in Köln eine Versicherungskasse für Arbeitslose, die im Jahre 1911 in Anlehnung an das Genet System umgewandelt ist. Bisher haben also recht wenige Städte etwas Praktisches geschaffen, und ein guter Erfolg ist eigentlich nur erreicht worden mit dem Anschluß an die Gewerkschaften und sonstigen Organisationen. Die Spareinrichtungen haben überall verjagt. Um so mehr müssen wir hoffen, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeitslosenversicherung dem Beschlusse des vorjährigen Städtetages gemäß die Reichsregierung sich doch noch zu einem geschicklichen Vorgehen entschließt.

In der Diskussion hob Staatssekretär Delbrück doch wohl recht habe mit seiner Behauptung, die Sache sei für eine reichsgesetzliche Regelung noch nicht reif. Jährlich brauchen wir Hunderttausende von Arbeitern aus dem Auslande, um die Arbeit im Inlande zu bewältigen. Unsere Armenhäuser sind überfüllt. Da wäre es vielleicht angebracht, einen reichsgesetzlichen Zwang zu schaffen, um Arbeitslose von einem Gebiet, wo Arbeiter im Überflusse sind, in ein anderes zu verpflanzen, wo es an Arbeitern mangelt. (Weisfall.) In meinem ostpreussischen Landkreise haben wir keine Arbeitslosigkeit, sondern eine Arbeiterlosigkeit, die eine große Schwierigkeit für unsere Landwirtschaft bildet. Wird die deutsche Landwirtschaft weiter ausgebaut und blühen, so wird, glaube ich, die Frage der Arbeitslosigkeit verschwinden. (Weisfall.)

Oberbürgermeister Cuno: Hagen: Städte, wie z. B. Hamborn, die nur durch eine einzige Industrie groß geworden sind,

Von diesem Teil der Arbeit wird auch der endgültige Erfolg des Unternehmens abhängen; es wird sich zeigen, ob die Kunst der Ingenieure diese Dämme genügend haltbar errichtet hat. Insofern liegt die gefährliche Stelle des Kanals eigentlich bei Gatun. Die Bauleiter haben daher auch ihre größte Aufmerksamkeit auf diese mächtigen Dämme konzentriert. Die Besucher freilich, die nach Verlauf eines Jahres vielleicht nach Panama kommen, um den Kanal zu besichtigen, werden nicht wenig erstaunt sein, wenn sie statt eines Kanals von Ozean zu Ozean nur ein kurzes Stück Kanal zu beiden Seiten der Meere sehen. In der Tat münden beide kurzen Kanäle in den neuen tiefen See, zu dem die Schiffe durch mächtige Schleusenanlagen Zugang finden. Der See aber wird nach seiner Vollendung den Eindruck machen, als habe er seit jeher bestanden und zerstreute Spaziergänger werden dann vielleicht enttäuscht fragen: „Und mehr ist von dem Kanal nicht zu sehen?“

Humor und Satire.

Ämtliche Aufklärung. Die in der Presse getabelte Revision der Berliner Magistratsmitglieder und Stadtvorordneten bei ihrer Ankunft in Berlin war ein Staatsinteresse unerlässlich. Es mußte festgestellt werden, ob die Herren ihre preussische Eigenart aus Wien unbeeinträchtigt mitgebracht haben, da sie sich sonst nicht mehr zu Organen der Selbstverwaltung geeignet haben würden.

Eine Berliner Zeitung „Das Parlament“ soll angeblich im Herbst herauskommen. Zum Chefredakteur wäre der Freiberr v. Erffa, zum Verantwortlichen der Polizeileutnant Kolb zweckmäßig zu bestellen.

Eine Strafanzeige gegen die schwedische Werfgesellschaft ist von militärisch-patriotischer Seite erstattet worden. Man erblickt in dem vierfachen Hurra der Herren im Berliner Rathaus einen unlauteren und noch dazu ausländischen Wettbewerber gegen das landesübliche Hurrageschrei.

Notizen.

Die Sezession stellt ihre Bedingungen im Falle Reichs. Sie will von einer friedlichen Erledigung nicht eher etwas wissen, als bis Bürgermeister Reichs seine Reichsdeputation wieder gut gemacht habe. Sie wird auch der Berliner Kunstdeputation, die wieder Wilder aus der Sezession anlaufen will, kein Bild verkaufen, so lange Herr Reichs unter diesen Umständen ihr Vorkommen bleibt.

Strindbergs „Gustaf Adolph“ im Zirkus. Am Dienstag sollte Strindbergs Schauspiel „Gustaf Adolph“, dessen Probe der Dichter bis zuletzt mit größtem Interesse verfolgt hat, in Stockholm zum ersten Male im Zirkus aufgeführt werden. 200 Personen und 60 Pferde wirken in dem Stück mit, über das Georg Brandes unangenehm in „Politiken“ schrieb: „Es ist eine tief angelegte und ausgeführte Tragödie, ein großartiges Bild des Zeitalters des dreißigjährigen Krieges, ein interessantes, echt Strindbergische Auffassung von Gustaf Adolph, der von Strapeln gequält, mit Zweifeln kämpfend, schließlich durch eine Menge sinnig erfundener Rüge einen tiefen Eindruck von der Abscheulichkeit und dem Wahnsinn der Religionskriege gewinnt.“

Kleines feuilleton.

Künstlerholz vor Ministerialdranten. Es ist ein merkwürdig Ding bei uns mit der künstlerischen Freiheit, ohne die keine Kunst gedeihen kann. Der Politzer, der Regierung und auch der Justiz ist diese Freiheit gemeist ein Geuel, ein Schlotterding in einem auf Untertänigkeit zugeschnittenen Staatswesen nicht zu duldbender Unzufriedenheit mit man nicht man nicht ganz verhindern kann. Und die Künstler? Nun, die Künstler — wir haben vor allem die Ausbilder der bildenden Kunst im Auge — wollen leben, wollen vom Staat Aufträge haben, es mit der „öffentlichen Meinung“ nicht verderben. Auch sind sie obendrein, wenn sie zu Namen und Einfluß gelangt sind, durch Titel und Orden gefördert, durch höfliche und andere Rücksichten geschützt. Die Freiheit des künstlerischen Schaffens wird so zu einem frommen Wunsch, der sich allen Einflüssen beugt.

Ein lauberes Stückchen künstlerischer Hyazinthen berichtet Dr. Hermann Dieber aus Sachsen, dem klassischen Beamtenstaate, in der „Frankfurter Zeitung“. In Dresden findet eine deutsche Kunstausstellung statt; die Jury hat ihres Amtes gewaltet und alles scheint in Ordnung. Bis auf den Regierungskommissar, einen Ministerialdirektor Schelcher, der die Funktion ausübt (auf Grund welchen Rechtes?), den Grad zulässiger Radikalität festzustellen. Vorgesagter Radikalratener aber findet, daß Otto Greiner und Max Klinge das für einen Normalmännchen Zulässige überschritten haben. Sang- und klanglos werden die beanstandeten Sachen aus der Ausstellung geschafft.

Die beiden bekanntesten Künstler Sachsend nehmen das in den Kauf und schweigen. Warum soll die Igl. sächsische Bureokratie sie auch respektieren, wenn sie sich selbst nicht als freie Künstler, sondern als Igl. sächsischer Professor oder Geheimrat einschlagen!

Aber ein anderer Professor, der auch konfiziert wurde, schweigt nicht. Er wendet sich beschwerdeführend an seine Organisation, die „Künstlervereinigung“. Und nun höre man, welche unglaubliche Antwort ihm wird:

Die Mitglieder des Ausschusses schließen sich der vollen künstlerischen Würdigung, welche Ihr Bild „Nivalen“ durch die Jury unserer Vereinigung bereits gefunden hat, vollkommen an und bedauern die Ablehnung desselben durch den königlichen Kommissar außerordentlich. Leider mußten wir aber in Erfahrung bringen, daß der Kommissar ermächtigt ist, Werke von der Ausstellung auszuschließen, die ihm ungeeignet erscheinen, und daß gegen eine solche Verfügung ein Protest unmöglich und absolut wirkungslos ist.“

Dies geschah nicht in Schilda, nicht in einem vormärzlichen Dudenstaatchen, sondern in Dresden, der berühmten Kunststadt! Diese Igl. sächsischen Künstler sind doch wahrlich Männer, von denen die Freiheit der Kunst aufs allerbeste verwaltet wird. Aber sie sind eben in noch stärkerer Nähe lokale Untertanen. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

können unmöglich eine Arbeitslosenversicherung einführen. Denkt man sich da eine Krise, so würde die Gemeinde, wenn eine städtische Arbeitslosenversicherung existiert, geradezu bankrott werden. Das einzige Hilfsmittel würde bestehen in einer Abschiebung der Arbeitskräfte dahin, woher sie gekommen sind, nach dem Osten oder nach dem Auslande. Alle Experimente mit der Arbeitslosenversicherung sind gemacht worden von Städten, die sich den Luxus erlauben können, weil sie nur eine kleine Industrie haben. Zu bedenken ist auch, daß die großindustriellen Unternehmer die Arbeitnehmerorganisation keineswegs zu der Macht gelangen lassen wollen, die sie erstreben, und daß sie sich deshalb gegen das Center System entschieden wehren werden. (Weißall.)

Der Referent, Stadtrat W e d e l - K i e l, betont in seinem Schlusswort, er habe keineswegs die Schwierigkeiten des Center Systems verkannt, aber es sei bisher das einzige System, mit welchem Erfolge erzielt seien.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist durch diese Tagung nicht gerade besonders gefördert. Von Interesse ist es, daß der mit Unrecht lediglich infolge falscher Auszählung in den Reichstag gelangte Landrat Salem gar den Versuch machte, an Stelle einer Arbeitslosenversicherung die Aufhebung der Freizügigkeit zu setzen. Diesem ungeheuerlichen Angriff gegen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, diesem unüberhüllten Versuch, eine neue Härte zu schaffen, hätte eine scharfe Abwehr gebührt: in dem Verein ist eine solche nicht zutage getreten.

Aus der Partei.

Zu den Parteistreitigkeiten in Württemberg.

Ueber die Sanierung des Göppinger Parteiunternehmens erzählt der Württembergische Landesvorstand eine umfangreiche Erklärung gegen die Darstellungen, die der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ in diesem und einigen anderen Parteiblättern gegeben hat. Es handelt sich im wesentlichen um die Behauptung, der Landesvorstand habe vom Austritt des Genossen Dr. Thalheimer aus der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ die finanzielle Sanierung des Göppinger Parteiunternehmens abhängig gemacht. Dazu sagt der Landesvorstand:

„Dieser Artikel enthält das Ungeheuerlichste und Verleumdendste, was bisher gegen die Tätigkeit des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Württembergs aus dem Lager der eigenen Partei veröffentlicht wurde, und stellt in dieser Hinsicht sogar noch den bekannten Aushungerungsbrief des Genossen Westmeyer in den Schatten. In dieser Einseitigkeit wird nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß der Landesvorstand den Göppinger Parteigenossen gegenüber die Rolle des Expressers gespielt und die finanziellen Schwierigkeiten des Göppinger Parteiorgans dazu mißbraucht habe, die Entlassung des Genossen Dr. Thalheimer zu erzwingen. Es ist unwohr, daß der Landesvorstand in irgend einem Stadium der Verhandlungen die Entlassung Dr. Thalheimers verlangt hat. Wahr dagegen ist, daß die Ulmer Parteigenossen verlangt haben, daß der seit der Gründung ihres Parteiorgans mit dessen Leitung betraute Genosse Rothmann die politische Redaktion der zu vereinigenden Parteiblätter übernehmen solle, da sie keine Ursache haben, einen Mann um seinen Einfluß auf ihre Parteiorgane zu bringen, mit dessen Leistungen sie in jeder Hinsicht zufrieden waren. Wahr ist, daß Genosse Dr. Thalheimer seinen Austritt aus der Redaktion persönlich und freiwillig erklärte. Dem wahren Tatbestande gegenüber bedeutet die unwahre Darstellung im „Vorwärts“ eine beabsichtigte Herabwürdigung des Landesvorstandes. Die Göppinger Parteigenossen haben der Sanierung unter den mitgeteilten Modalitäten und nach Kenntnisnahme des Austritts des Genossen Dr. Thalheimer aus der Redaktion mit einer an Einmütigkeit grenzenden Majorität (mit allen gegen 6 Stimmen) zugestimmt. Da heißt es doch mit den Interessen der Partei ein geradezu frivoles Spiel treiben, wenn jetzt auf dem Umwege über den „Vorwärts“ die sich anbahnende Verständigung der württembergischen Parteigenossen wieder zerstört wird. Der Landesvorstand bedauert, daß das Zentralorgan der Partei sich von seinem Berichtshalter dazu mißbrauchen läßt, pflichtgemäß handelnde Parteigenossen zu beschimpfen, ohne sich über den wahren Sachverhalt zu orientieren, was besonders im vorliegenden Falle beim Parteivorstand sehr leicht möglich gewesen wäre. Es ist das um so bedauerlicher, als die Redaktion des „Vorwärts“ seit langem wissen muß, daß ihr Stuttgarter Berichtshalter bei seinen Arbeiten keinerlei Rücksicht auf das Interesse der Partei nimmt. Derselbe erkläre seine Aufgabe darin, notwendige Vereinbarungen, die sich aus den Verhältnissen ergeben, tendenziös zu entstellen. Dieses parteischädigende Treiben, das dazu angeht, den Parteifreien in Württemberg weiter zu schüren, verdient die entschiedenste Verurteilung und Mißbilligung der gesamten Parteigenossenschaft.“

Zu dieser Erklärung, die in ihrer scharfen Zuspitzung gegen die Person des Genossen Westmeyer keinen angenehmen Eindruck machen wird, möchten wir zunächst bemerken, daß die Vorwürfe, die gegen uns erhoben werden, völlig unbegründet sind. Wir haben den uns zugegangenen Bericht erst einen Tag später veröffentlicht, und haben uns vorher beim Parteivorstand informiert. Wie aber schon aus der bereits mitgeteilten Erklärung des Vorstands hervorgeht, war dieser selbst ohne jede Information über die Göppinger Versammlung und ihre Beschlüsse gelassen worden. Daraufhin erst fügten wir unsere hypothetisch gehaltenen Ausführungen dem Bericht an. Damit fallen die gegen uns gerichteten Vorwürfe zu Boden.

Zur selben Angelegenheit erhalten wir noch eine Erklärung vom Genossen Frick R o h m a n n - U l m, die wir unter Hinweis auf die Erklärung des Landesvorstandes und des württembergischen Vorstands erledigten Punkte und einiger persönlicher Ausfälle gegen unseren Korrespondenten wiedergeben:

„Was die Stellung der Ulmer Parteigenossen anbelangt, so ist folgendes zu sagen: Es ist richtig, daß der Parteivorstand im Einverständnis mit dem Landesvorstand eine Unterstützung des Göppinger Parteiunternehmens von der Herstellung der „Donau-Wacht“ in Göppingen abhängig machte, weil nur so das finanzielle Ergebnis des Unternehmens verbessert werden könnte. Der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ besitzt die Liebeshörigkeit, diese „Ueberweisung“ des Ulmer Parteiblattes nicht zu beanstanden. Die Rechte von vier württembergischen Reichstagswahlkreisen, für die das Ulmer Parteiblatt zuständig ist, existieren für ihn einfach nicht, er kennt nur eine „Zwangslage“ der Göppinger. Nun steht es zum Glück für die Genossen des 14., 15., 16. und 17. württembergischen Wahlkreises nicht so, daß sie genötigt wären, ihr Blatt an Göppingen förmlich verschachern zu lassen. Sie haben ein v e r t r a g l i c h gesichertes Recht auf die Herstellung der „Donau-Wacht“ in Stuttgart, und damit auf den gesamten Inhalt einen weitgehenden Einfluß, dessen sie sich bei einer bedingungslosen Uebernahme des Druckes in Göppingen entweder vollständig berauben oder die finanzielle Grundlage ihres Unternehmens aufs schwerste gefährden müßten. Wer will es unter diesen Umständen den Ulmer Genossen, die ihrerseits gar keine Veranlassung hatten, den bestehenden Zustand zu ändern, die man aber suchte und benötigte, verwehren, wenn sie für die Wahrung ihrer Rechte eintreten? Solange nach dieser Richtung zwischen Ulm und Göppingen keine Einigung vorlag, war eben eine allseitig befriedigende Lösung nicht gesichert. Darin irrt sich der Stuttgarter Korrespondent des „Vorwärts“ in höchst auffälliger Weise. Es war damit die Vereinbarung nicht erfüllt, mit der nach Ansicht des Parteivorstandes der ganze Plan steht und fällt. In die Form, unter der sich diese Einigung vollziehen sollte, hat sich weder der württembergische Landesvorstand noch der Parteivorstand gemischt. Wer diese Dinge

objektiv prüft, muß einsehen, daß in die Uebernahme der „Donau-Wacht“ von Göppingen notwendigerweise die Redaktionsfrage mit hineinspielen mußte. Sie ist aber für die Genossen der genannten württembergischen Wahlkreise keine Angelegenheit, die man nach der Manier des Stuttgarter „Vorwärts“-Korrespondenten einfach als Luft behandelt. Das von Göppingen vorgeschlagene Nebeneinanderbestehen von zwei gleichberechtigten Redaktionen war eine technische, finanzielle und — wie für die Ulmer und meine Person hinzugefügt sei — nach all den unerquicklichen Vorgängen der letzten Monate auch eine politische Unmöglichkeit. Es handelt sich also nicht darum, den Genossen Dr. Thalheimer seines Postens als Redakteur der „Freien Volkszeitung“ zu entheben, sondern wie die politische Redaktion bei der Blätter zu besetzen sei. Nur Ueberhand oder böser Wille kann bei der gegebenen Lage und der Unverbindlichkeit der Ulmer von einem „Ultimatum“ reden. Die Lage, in der sich die Göppinger Genossen befinden, ist ohne die Schuld der Ulmer von den Göppingern selbst trotz der eindringlichsten Warnungen der Parteigenossen geschaffen worden. Daß sich die Ulmer Genossen für ihre Bereitwilligkeit, die nachgesuchte Hilfe zu gewähren, nun auch noch vor der gesamten Parteigenossenschaft gewissermaßen als Halsabschneider hinstellen lassen sollen, ist alles andere als parteigenösslich. Für meine Person erkläre ich noch: Es ist eine Unwahrheit, daß ich die „Göppinger Genossen“ wiederholt „aufs schärfste angegriffen“ habe. Ich habe lediglich bestimmte, in Göppingen beliebte Formen der Parteidiskussion und Parteilührung in sachlicher Weise kritisiert, und von diesem Recht als Redakteur einen sehr homöopathischen Gebrauch gemacht. Mit den Genossen des 10. württembergischen Wahlkreises habe ich immer die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten, was unter anderem daraus hervorgeht, daß mir nicht nur bei der Gründung der „Freien Volkszeitung“ ein stimmig deren Redaktion angeboten wurde, die ich aus Gründen ablehnte, die heute keine Rolle mehr spielen, sondern auch der Vorstehende der Göppinger Parteiorganisation, Genosse K i n k e l, in den letzten Monaten mehrfach den Versuch gemacht hat, mich als Redakteur des Blattes zu gewinnen. Der Stuttgarter „Vorwärts“-Korrespondent macht sich über die zukünftige Gestaltung der Dinge ganz überflüssige Sorgen. Wenn es zu einer endgültigen Vereinbarung zwischen Ulm und Göppingen und damit zur finanziellen Sanierung des Unternehmens kommt, so darf er es ruhig der künftigen Redaktion und den Göppingern überlassen, wie sie sich nebeneinander vertragen.“

Schließlich schickt uns noch Genosse T h a l h e i m e r - G ö p p i n g e n folgende Erklärung:

„Auf die letzte Erklärung des Landesvorstandes in der „Schwäbischen Tagwacht“ erkläre ich: Ich bin von der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zurückgetreten, weil die Verantwortung des Verlags und der Geschäftsleitung der „Donau-Wacht“ meinen Rücktritt als ultimative Bedingung für die Verschmelzung beider Blätter stellten und weil der Landesvorstand, obwohl die Sanierung des Göppinger Parteiblattes vom Parteivorstand von der Verschmelzung mit der „Donau-Wacht“ abhängig gemacht worden war, erklärte, keinerlei Einfluß auf die Stellungnahme der Ulmer Genossen ausüben zu wollen. Die Tatsache meines erzwungenen Rücktritts verschwiege ich sowohl in der entscheidenden Göppinger Parteiverammlung als in der in der „Freien Volkszeitung“ veröffentlichten Erklärung, weil die Aussprache meiner Mahnung die Zustimmung der Parteiverammlung zu dem Ergebnis der Fusionserwartungen und damit die Sanierung des Blattes gefährdet hätte. An dem Zusammenbruch des Blattes, der zugleich den Zusammenbruch der Parteiverwaltung des 10. Wahlkreises auf Jahre hinaus bedeutete, hätte ich auch um den Preis äußerster persönlicher Opfer keine Verantwortung tragen. Die Rücksichten auf das Zustandekommen der Sanierung der „Freien Volkszeitung“ fallen jetzt weg, ich habe also keinen Grund mehr, der Gesamtpartei die Tatsache vorzuenthalten, daß mein Rücktritt ein erzwungenes war, und daß die Verantwortung dafür auf die Schulden der Ulmer Vertreter, des Landesvorstandes und des Parteivorstandes fällt, insofern der letztere durch seine Bedingungen und durch seine weitere Passivität uns in die Hände der ersteren auslieferte.“

Diese Erklärung des Genossen T h a l h e i m e r - G ö p p i n g e n steht nicht nur in Widerspruch mit der des württembergischen Landesvorstandes, sondern auch mit der des Parteivorstandes. Aus dessen Erklärung geht deutlich hervor, daß er nie die Verschmelzung des Ulmer und Göppinger Organs gefordert, sondern nur den Druckauftrag des Ulmer Blattes für die Göppinger Druckerei als Bedingung der Sanierung verlangt hat. Dies wurde zugesagt und daraus hätten keinerlei Konsequenzen für die Göppinger Redaktion folgen können. Wenn dann später von den Ulmer Vertretern die Verschmelzung gefordert, ist und daran redaktionelle Bedingungen geknüpft worden sind, so ist das ohne Wissen und gegen den ausdrücklich erklärten Willen des Parteivorstandes erfolgt und es läge dann eine Ueberrumpelung vor. Hier muß ja noch die nötige Aufklärung abgemangelt werden.

Ein Polizeispion.

Die Essener „Arbeiterzeitung“ teilt mit, daß am 21. Mai von dem Landgericht in Essen ein Polizeispion namens Wilhelm V e y e r entlarvt worden ist. Unser Essener Parteiblatt bringt das Bild des dunklen Ehrenmannes und kann über dessen Persönlichkeit noch folgende Angaben machen:

Veyer ist nach seiner eigenen Angabe vor Gericht mit 280 M. Monatsgehalt bei der politischen Abteilung der königlichen Polizei zu Spionagetweden angestellt. Er hat sich die Mitgliedsliste des Steigerverbandes auf unlautere Weise — wie er sich selbst gerühmt haben soll, mittels Einbruchs in die Wohnung des Vorstehenden des Steigerverbandes — beschafft. Von 1902 bis April 1909 spielte Veyer sich als Sozialdemokrat auf und markierte nebenher den wütenden Freireferenten, hielt aus in diesem Sinne viele Vorträge a 15 M. Referentengebühr. In der sozialdemokratischen Partei, im Bezirk Rheinland und Westfalen, setzte man ihm dieshalb scharf zu, weil seine Agitationsmethode absolut unsozialistisch war und nur auf den Profit berechnet erschien. Als seine Position auch noch infolge anderer Vorkommnisse in der sozialistischen Partei absolut unhaltbar geworden und er abgewimmelt werden sollte, zog Veyer es vor, rechtzeitig seinen Austritt zu erklären mit dem Bemerkens, daß er sich von der politischen Betätigung ganz zurückziehen wolle. Er wurde dann Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und trat in Stellung bei der jetzt längst verstorbenen „Westdeutschen Zeitung“, wo er Anstoß an die Selbstbewegung und die politische Polizei fand, die beide bei der „Westdeutschen Zeitung“ liebevolle Förderung ihrer Interessen fanden. Nebenbei harmonisierte der Ergo noch sehr schön mit einer Anzahl Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Essen und war Mitarbeiter an der Scharfmacher-Korrespondenz des Herrn K a s p a r e l, bei der „W o t t“ in Berlin und verschiedenen anderen Scharfmacherblättern. Auch bei dem Sekretären des Nationalen Vereins wußte Veyer sich gut anzufreunden.

Zum Unterhalt seiner Familie ließ dieser Mensch seine Frau als Zeitungsträgerin, Waschfrau usw. mitverdiene, obgleich ihm sein vermöglicher Vater einen Wohnungszuschuß von 60 M. gewährte. Der aus rein persönlichen Motiven unpfändbare Veyer brachte es fertig, der politischen Polizei und der deutschen Scharfmacherpresse Berichte zu liefern über die Unpfändbarkeit der Redakteure der „Arbeiterzeitung“, obwohl dieselbe nur dem Schutze des Gehalts dient, damit sie und ihre Familien nicht unter Gerichtsostenpändungen für Prozeßfälle zu leiden haben.

Ein Parteiveteran. In Sagan beging am Sonntag der Genosse Gottlieb R o s e r seinen 80. Geburtstag. Genosse Moser

stellte schon im Jahre 1848 seinen Mann und nahm mit an den Kämpfen jener Zeit teil. Auch jetzt in seinem hohen Alter stellte er sich noch in den Dienst der Partei. Noch bei der letzten Reichstagswahl machte Moser seine Tour mit Flugblättern und Stimmzetteln. Offenlich bleibt der drabe, greise Kämpfer, der trotz seines Alters noch in der Fabrik seine Tag- und Nachtschicht verrichtet, der Partei noch recht lange erhalten.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Beleidigung, Verurteilung oder Erpreßung.

Mit der Freisprechung endete eine Aktion, die der Leipziger Staatsanwalt gegen Genossen M ä l l e r von der „Leipziger Volkszeitung“ eingeleitet hatte. Mäller sollte sich gegen den § 158 der Gewerbeordnung und gegen eine Anzahl Strafgesetzbuchparagrafen vergangen haben. Die „Volkszeitung“ hatte einige Notizen zugunsten des Fleischerverbandes aufgenommen. Neben Mäller nahmen auf der Anklagebank noch zwei Funktionäre des Fleischerverbandes Platz. Da der Staatsanwalt während der Verhandlung vor dem Schöffengericht sah, daß der ominöse § 158 keine Anwendung finden würde, beantragte er die Verweigerung der Sache an das Landgericht, da — Erpreßung (!) vorliege, denn es sei bezweckt worden, die nichtorganisierten Fleischer in die Organisation zu treiben.

Das Schöffengericht fand in den Notizen weder eine Beleidigung, noch sonst eine strafbare Handlung und kam zu einer Freisprechung; nur ein Verbandsfunktionär soll 30 M. Strafe zahlen wegen einfacher Beleidigung durch ein Flugblatt.

Soziales.

Arztverband und „Vorwärts“.

Die Ausführungen des „Vorwärts“ über Mißstände im Fabrikarzneywesen einer Krankenliste in Oberschlesien geben dem ärztlichen Standesbesitzer sehr maßgebenden Anstoß. Der „Leipziger Volkszeitung“ in Nr. 867 vom 21. Mai d. J. Anlaß zu einer Kritik. Herr Dr. Ragen drückt zuerst unsere Kritik über die Mißstände in der Arztversorgung der Betriebskrankenkasse wörtlich ab und knüpft an unsere Schlussfolgerung: „Hieraus kann man ersehen, wie wichtig die vollständige Unabhängigkeit des untersuchenden und behandelnden Arztes von der Betriebsleitung ist“ folgende geistreiche Bemerkung an:

„Die vollständige Unabhängigkeit bietet eben die organisierte freie Arztwahl. Der „Vorwärts“ bringt aber zurzeit offenbar das Wort nicht über die Lippen, weil er Fräulein Donnerkeil fürchtet.“

Welch kindische, frivole Unterstellung! Glaubt wirklich das „Königliche Vereinsblatt“, die „Honorigen“ müßten dem „Vorwärts“ erst Rat einflößen, damit er gegen — Fräulein Donnerkeil? Wie man doch die Sache verdröhen kann. Dr. Ragen gehört zu der Klasse der maßgebenden ärztlichen Standesherren, welche doch jederzeit in der Lage sind, durch die bekannten Regeln der Kammer, Ehrengerichte und ärztliche Vereine, andern Ärzten ihre Ansichten aufzubringen.

Daß die Junggenossenschaft der Ärzte nicht auch den „Vorwärts“ vor das Tribunal der Ehrengerichte schleppen kann, ist wohl ärgerlich, jedoch unmöglich. Daher versucht man es mit solch lächerlichen Ausreden und maßgebendsten Anwürfen. Ein aufmerksamer Leser des „Vorwärts“ — und die Standesherren sind sehr aufmerksame Leser — wird zugeben müssen, daß unser Blatt niemals gegen die freie Arztwahl sich aus prinzipiellen Gründen ausgesprochen hat, sondern dies als Angelegenheit jeder einzelnen Kasse betrachtet und auch betrachtet muß. Damit befindet sich der „Vorwärts“ im Einklang mit allen Beschlüssen der Krankenkassen, die doch aus Anhängern und Sögern der freien Arztwahl zusammengesetzt sind. Wie die Kassenvertreter, so sind ja auch nicht alle Ärzte in Deutschland Anhänger der freien Arztwahl und müssen sehr viele aus reinen Standesrücksichten und aus Furcht vor dem „Donnerkeil“ aus Leipzig für diese scheinbar eintreten und Kämpfe unterstützen, die gegen ihre eigene Ueberzeugung geführt werden. Der Leipziger Verband der Ärzte artikel nach dem bekannten System der Agrarier und die Forderung „freie Arztwahl“ wird sehr oft als Deckmantel für ihre Macht- und Standesfragen angesehen. Nicht im Interesse der armen Kranken, sondern der eigenen Organisation, wird diese Forderung erhoben, denn wenn man nur das Interesse der Kranken im Auge hätte, dürften die Fünftler der Ärzte unmöglich in einen Streik eintreten, der doch in erster Linie die unschuldigen Kranken schädigen muß. Diese Mißstände hat natürlich der „Vorwärts“ stets kritisiert und sich deshalb die besondere Wut der „Standesherren“ zugezogen. Das ist verständlich. Niemals werden wir ein System für gut befinden, welches den Standesherren die Macht über jeden einzelnen Arzt einräumt und es zuläßt, daß Beleidigte gleichzeitig als Richter auftreten können. Ist es nicht erst neulich vorgekommen, daß man in Hesse-Kassau den Versuch machte, in einer Sache, in der sich die Standesherren von einem Arzt beleidigt glaubten, diesen vor ihr eigenes Forum zu bringen und somit Beleidigte und Richter in einer Person sein wollten? Die Abhängigkeit der Ärzte von den Kassenvertretern hat ja auch bei Beratung des Kurpfuschergesetzes der früherer Abgeordnete und Arzt Dr. R u n g e zugegeben. Zuweilen ist also hier der Beschützer schlimmer als der Feind. Ein wirklich unabhängiger Arzt ist also nur möglich, wenn die Uebermacht der Kammer und Ehrengerichte der Fünftler gebrochen wird und der einzelne Arzt wieder das sein kann, was er laut Gesetz und Recht auch sein soll.

Die Ärzteschaft weiß dies ja auch. Im vorliegenden Falle hat man aber künstlich das Bild verschoben und zu betruhten Zwecken zurechtgedreht. Wirklich unabhängige Ärzte können nur bei Krankenkassen vorhanden sein, die nicht als Einrichtungen der einzelnen Betriebe anzusehen sind. Unsere Kritik richtet sich also in erster Linie und jedenfalls mit vollem Recht gegen den Mißstand, daß es dem einzelnen Betriebsunternehmer erlaubt ist, sich eine „eigene“ Betriebskrankenkasse zu gründen, die er dann zu seinen Zwecken ausnützt. Der 150 Arbeiter beschäftigte, nach der Reichsversicherungsordnung sogar bei 50 Arbeitern in der Landwirtschaft, kann eine eigene Betriebskrankenkasse halten. Kein anderes Gesetz macht solche Konzessionen auf Kosten der Versicherten an die Unternehmer. Jeder Fabrikbesitzer, sogar der solventeste wie Krupp usw., muß zur Berufsgenossenschaft seine Beiträge zahlen und sich dieselben Invalidenmarken kaufen, wie jeder Schustermeister auch. Nur bei dem wichtigsten Gesetz, der „Unterlage“ der ganzen Arbeiterversicherungsgesetzgebung, ist es dem einzelnen Unternehmer erlaubt, Zerplitterung der Kräfte vorzunehmen, die eine richtige Krankenversicherung ständig vereiteln. Auch den Ärzten muß bekannt sein, daß darunter in erster Linie die Ortskrankenkassen zu leiden haben, denen die gesunden Arbeiter entzogen und dann später als Invaliden wieder zugeführt werden, wenn sie keine Aufnahme mehr in den Großbetrieben mit eigener Kasse finden können. Der Unternehmer bleibt „Herr“ im Hause über die gesunden und kranken Arbeiter und ist in der Lage, mit geringeren Beiträgen auszukommen, für den Betrieb auf Kosten der Allgemeinheit zu sparen. Dagegen wenden sich aber die „Honorigen“ gar nicht. Sie bieten ihre Dienste jederzeit auch diesen Parasiten am Baume der Arbeiterversicherung gerne an, ja sie treiben noch die Politik der Zerplitterung der Kräfte mit, um zu teilen und zu herrschen“. Sie untersuchen ja so gerne die sich zur Aufnahme in die Betriebskrankenkasse meldenden Arbeiter auf ihren Gesundheitszustand und finden kein Wort der Kritik, wenn dann der gesunde Arbeiter nach Jahren wieder als Kranker aufs Pflaster geworfen wird. Wie im Falle aus Oberschlesien gibt es auch Ärzte, die im Dienste des Kapitals als Fabrikärzte sogar die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter zu verschleiern suchen. Und wer macht denn die „Statistik“ über die Krankheitsverhältnisse einer Fabrik mit eigener Betriebskrankenkasse? Etwas der Arzt oder der Leipziger Verband? Diese wird vom „Herrn Rentanten“ der Betriebskrankenkasse auf Grund der mangelhaften Gutachten der Ärzte zusammengestellt und dann veröffentlicht. Unbequeme Zahlen werden einfach unterdrückt; und ist keine Wo

Erkrankungskasse bekannt, die Kritik an den Gesundheitsverhältnissen des eigenen Personals geübt hat. Der Rentant würde fliegen, weil er den „Donnerkeil“ des Brodherrn fürchten muß. Deshalb fordern wir immer und immer wieder die Auflösung der Betriebskrankenkassen, damit der Arzt wirklich unabhängig vom Betrieb wirken kann. Unterstützen uns die Ärzte in diesem Kampfe nach Kräften — und sie können es —, dann werden manche Streitfragen beseitigt sein.

Umtausch von Lebensmarken.

Für Umtausch und Vereinfachung nicht verwendbarer gültiger Beitragsmarken gelten folgende Bestimmungen:

I. Die Postanstalten tauschen Beitragsmarken zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nur unter nachstehenden Bedingungen um:

1. Die Marken, deren Umtausch gewünscht wird, müssen gültig, völlig unbeschädigt und in einem solchen Zustande sein, daß mit Sicherheit erkannt werden kann, daß von ihnen noch kein Gebrauch gemacht worden ist.

2. Die Marken werden nur gegen Beitragsmarken einer anderen Sorte umgetauscht. Der etwaige Unterschied der Werte ist an die Postkasse vor zu entrichten. Eine Barzahlung aus der Postkasse findet nicht statt.

3. Jede Postanstalt nimmt nur die Marken derjenigen Versicherungsanstalt zum Umtausch an, deren Marken sie zum Verkauf führt.

II. Der Umtausch verdorbener oder unbrauchbar gewordener Beitragsmarken sowie die Vereinfachung nicht verwendbarer Beitragsmarken überhaupt erfolgt durch die Versicherungsanstalten unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Antrag auf Einlösung oder Umtausch von Marken ist an den Vorstand der Versicherungsanstalt zu richten, deren Name auf den Marken verzeichnet ist.

2. Der Vorstand prüft den Antrag und bewilligt die Einlösung oder den Umtausch, sofern nach seinem Ermessen die Annahme einer unechtmäßigen Hinterziehung von Beiträgen oder eines sonstigen Mißbrauchs der in Rede stehenden Vergünstigung nicht begründet ist. Ausgeschlossen von der Zurücknahme sind Marken, die bereits verwendet waren. Rückzahlungen werden in der Regel nur bewilligt, wenn es sich um den Betrag von mindestens einer Mark handelt.

3. Die Rückzahlung des zu erstattenden Betrages erfolgt durch die Kasse der Versicherungsanstalt oder mittels Postsendung auf Kosten des Antragstellers. In entsprechender Weise ist bei dem Umtausch der Marken zu verfahren.

Die von der Versicherungsanstalt vereinnahmten Marken sind entweder zu vernichten, oder, sofern ihre Beschaffenheit es gestattet und der Vorstand es genehmigt, für die Zwecke der Versicherungsanstalt zu verwenden.

Die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

entwickelt sich immer mehr und mehr. Wie uns aus Elberfeld berichtet wird, hatte sich dort auf Antrag des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes (Sitz Hamburg) am Donnerstag eine Plenarversammlung des Kaufmannsgerichtes mit der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu befassen. Die Vertreter der Unternehmer brachten ihre alten, hinreichend bekannten Einwendungen vor. Bei der vollständigen Sonntagsruhe müßte das Handelsgewerbe zugrunde gehen. Namentlich die auswärtige Kundschaft könne nur am Sonntag kaufen, weil da die Männer ihre Frauen beim Einkauf begleiten. Und was der abgetretenen Argumente mehr sind. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte folgenden Antrag gestellt:

1. An Sonntagen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden. Es gelten lediglich folgende Ausnahmen:
2. In offenen Verkaufsstellen dürfen Sonntags nur Backwaren, Milch, Fleisch, frische Blumen und Eis verkauft werden, und zwar während zweier aufeinander folgender Vormittagsstunden.

Die gesamten 12 Gehilfenbeisitzer stimmten für diesen Antrag, desgleichen die 2 sozialdemokratischen Kaufleute-Beisitzer. Die übrigen 10 Kaufleute-Beisitzer stimmten mit dem Vorsitzenden, Beigeordneten Lehmann, dagegen. Das Resultat also war die Annahme des Antrages mit 14 gegen 11 Stimmen.

Gerichts-Zeitung.

Gastpflicht des Gastwirts bei Verstößen der Regelleitungen.

Gemäß der Vorschrift des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat der Dienstberechtigte Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, und die Dienstleistungen selbst so zu regeln, daß der Verpächtere gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Die Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmung zugunsten der Regelleitungen bei einer dreiteiligen Regelleitung zeigt ein Rechtsfalle, der unlängst dem Reichsgericht zur Entscheidung unterbreitet worden ist.

Der Gastwirt Z. in Magdeburg-Sudenburg war bis zum 1. März 1907 Besitzer des Gasthofs „Zur Stadt Magdeburg“ in Burg. Am Nachmittag des 24. Juli 1904 wurde bei Z. gefeiert. Der Zuschauerbeschleuniger D. setzte in der mittleren Bahn die Regel auf. Während des Regels wurde er von einer Kugel, die von der Schlußwand der Regelleitung zurücksprang und an dem nur 25 Zentimeter hohen Standort des Jungen emporsprang, am Auge des rechten Beines verletzt. Er macht jetzt in einer Klage gegen den Gastwirt Z. Schadenersatzansprüche geltend und behauptete, daß durch den Stoß der Kugel ein Augengelenkleiden verursacht worden sei. Dem Beklagten wirft er vor, daß er nicht die erforderlichen und möglichen Vorkehrungen zum Schutze der Regelleitungen gegen Gefahr für Leben und Gesundheit getroffen habe; die Anlage von drei Bahnen nebeneinander mit den zwischen den Bahnen gelegenen Podien sei gefährlich, die Schlußwand mit den an ihr angebrachten Strohfäden habe keine genügende Sicherheit gegen das Zurückspringen der Kugeln gewährt, die Strohfäden seien nicht gefüllt gewesen, auch die vertiefte Fläche sei nicht mit Loh oder Sand ausgefüllt, sondern vollständig fest gewesen.

Das Landgericht Magdeburg erklärte den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt, das Oberlandesgericht Raumburg wies die Klage ab. Dagegen hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und im Prinzip einen Verstoß des Beklagten gegen § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches festgestellt, weil die Regelleitungen nicht so eingerichtet gewesen sind, daß die Regelleitungen gegen Gefahr für Leben und Gesundheit hinreichend geschützt waren.

Aus den Entscheidungen des Reichsgerichts interessiert folgendes: Der Sachverständige (dessen Gutachten das Oberlandesgericht nicht richtig gewürdigt hat) hat geltend, die Gefährlichkeit der drei nebeneinanderliegenden Regelleitungen für die Regelleitungen sei allerdings eine größere, sei sogar erheblich größer, als bei einer Anlage von nur zwei Bahnen nebeneinander. Dieses erheblich größere Maß von Gefahr hätte also der Beklagte doch vermeiden können, indem er nur zwei Regelleitungen nebeneinander anlegte, bei welchen sich die Standorte für die Regelleitungen an der äußeren Seite der Bahn befänden. Es kann auch nicht etwa darauf verwiesen werden, daß bei den Regelleitungen im Reglerheim des „Hoffjägers“ in Magdeburg die für die Regelleitungen angebrachten Podien sich gleichfalls zwischen den Gruben zweier nebeneinanderliegenden Bahnen befinden. Denn die Einrichtungen dieser Bahnen, bei welchen die Rückwand durch 1,20 Meter hohe schwebende Pfosten gebildet wird, vor denen außerdem noch mit Kork gefüllte und mit Leder überzogene Matten angebracht sind, ist nach dem Gutachten des Sachverständigen E. eine solche, daß die Gefahr eines Zurückspringens

der Kugeln ausgeschlossen ist. Der Beklagte hätte sich durch Beobachtung davon überzeugen müssen, ob der Regelleitbetrieb gefährlich war. Wenn er das getan hätte, hätte ihm das Hochspringen und Zurückspringen der Kugeln nicht entgehen können. Aus diesen Gründen folgere das Reichsgericht, daß der Beklagte den Betrieb nicht so eingerichtet hatte, wie es nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Pflicht war. — Da das Oberlandesgericht noch nicht darüber erkannt hat, ob der Unfall des Klägers für die bestehende Erkrankung ursächlich geworden ist, ist die Sache zur Entscheidung hierüber an das Oberlandesgericht Raumburg zurückverwiesen worden.

Urkundenfälschung auf einem Bürgermeisteramt.

In einem vor dem Schöffengericht in Raven (Rheinl.) verhandelten Beleidigungsprozeß, den der dortige Bürgermeister Schäfer gegen den Schuhmachermeister Konrad herbeigeführt hatte, und der mit Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe wegen formeller Beleidigung endete, bekundeten vernommene Zeugen, daß sie in Zusammenlegungsakten vorhandene Unterschriften nicht gegeben hätten und sie sich nicht erklären könnten, wie ihre Unterschriften in die Aktenstücke hineingekommen seien; andere Zeugen sagten aus, daß sie ihre Unterschriften nur für ein bestimmtes Gebiet, das Rahener Thal, nicht aber für die Zusammenlegung von Reitenheim gegeben haben.

Der Zeuge Bürgermeister Wasten, der früher in Raven Bürgermeistereisekretär war, verteidigte seine Aussage in der Zusammenlegungsakten, da er sich durch eine wahrheitsgemäße Aussage selbst strafbar machen würde. Bürgermeister Schäfer mußte zugeben, daß er dem früheren Sekretär, jetzigen Bürgermeister, zu der Zeugnisverweigerung geraten habe. Das Gericht verurteilte, wie gesagt, den Schuhmacher wegen formeller Beleidigung, indem es in dem Urteil sagte, daß zwar Urkundenfälschungen auf dem Bürgermeisteramt Raven vorgenommen seien, daß sie aber dem Bürgermeister Schäfer nicht nachzuweisen und jedenfalls von dem Vorkaufpersonal, insbesondere von dem Sekretär Wasten (jetzigen Bürgermeister) vorgenommen worden seien. Auch aus dem Rat der Zeugnisverweigerung Wasten gegenüber wollte das Gericht ein Einverständnis des Bürgermeisters Schäfer nicht folgern.

Aus der Frauenbewegung.

Minderwertig.

Seit einigen Jahren bekundet auch das Zentrum ein gewisses Interesse für die Frauenbewegung, — aber beileibe nicht für Frauenrechte! Nein, getreu dem Gebot: Er soll dein Herr sein, erweist man der katholischen Frau die Gnade, auch politisch als Schlepenträgerin der Männerherrschaft unter der Zentrumsfuchtel sich betätigen zu dürfen. Man gründet katholische Frauenvereine, nicht um das Frauenwahlrecht zu erobern, sondern um den Frauen Gelegenheit zu geben, als Handlangerinnen — für Klassenherrschaft und gegen Gleichberechtigung aufzumarschieren zu können. Natürlich im Interesse der Religion, des Christentums, der katholischen Kirche, der päpstlichen Oberhoheit. Politische Rechte für die Frau will man nicht, angeblich weil sie für das politische Leben, für den politischen Kampf zu schade sei. Der Frauen Stärke, hört man, liege in ihrem tief verankerten religiösen Empfinden, sie seien das Fundament der Kirche, die Säulen des Glaubens. Sonderbar! Auch im katholisch kirchlichen Leben weist man der Frau die Aischenpuddele an, auch hier ist sie die quantität négligeable. Sie darf nur von fern zuschauen, wenn männliche Säulen die katholische Kirche repräsentieren, sie kommt höchstens als geduldete Staffage in Betracht. Hier entfällt sich die ganze grenzenlose Mißachtung und Verachtung des Weibes, wie sie die katholische Dogmatik und der herrschende Klerikalismus züchtet. Jetzt veröffentlicht die ultramontane Presse die Einladung zur 59. Generalversammlung der „Katholiken“ Deutschlands. Die Frauen, die Grundfesten des Glaubens, finden darin nicht einmal Erwähnung. Die Einladung richtet sich nur an die „katholischen Brüder“, an die „deutschen Katholiken“, an die „Glaubensbrüder“, sie ruft man zur Heerchau der Katholiken. Nichts, kein Wort, keinen Ton von der Katholikin, der Glaubensschwester — sie gehört nicht dazu. Aber wenn wieder der Zentrumssturm, die Herrschaft des Kapitals, der privilegierten Gesellschaft bedroht erscheint, dann ruft man die Frau auf zum Kampfe — für die Religion und Kirche! Dann dürfen die Frauen wieder Schleppeidienste leisten, des Fußtrittes als Dank gewiß! Wären die Frauen nicht systematisch durch Wohnarbeit und — Kirchenlehre in dem Gefühl ihrer Minderwertigkeit erzogen worden, sie müßten die darin so offenkundig bescheinigte Mißachtung mit Empörung von sich weisen.

Befehende.

Schöneberg. Heute, Mittwoch, den 5. Juni: Vespere für den Friedenauer Ortsteil bei Krause, Bogossstraße, Ecke Außenstraße. Vortrag: „Die Frau und die politische Bewegung“.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf-Halensee. Die parteigenösslichen Frauen machen am Donnerstag einen Ausflug nach dem Grünwald; sie treffen sich mittags zwischen 1 und 1½ Uhr an der Ecke der Augustus- und Wendenburgerstraße. Das gemeinsame Kaffeelokal erfolgt im Café Wein (Jahaber Allee). Die beste Fahrverbindung bieten die Straßenbahnlinien 8 und B. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Aus aller Welt.

Aus dem Paradies der Schwarzen.

Am linken Niederrhein ist bekanntlich das Paradies der Schwarzen und einer der schwärzesten Bezirke ist der Kreis Kempen mit der Hauptstadt gleichen Namens. Was sich die Beilichkeit dort gegenüber erwachsenen Menschen erlaubt, die nicht nach ihrer Peise tanzen, davon hat vor kurzem der Pfarrer von Boisheim ein Schulbeispiel gegeben. Ein Arbeiter hatte sich fürzlich auf dem Standesamt traun lassen und damit dem Geiz Genüge getan. Das päste aber dem Pfarrer von Boisheim nicht und er schrieb ihm deshalb folgenden Brief:

Boisheim, 11./5. 1912.

Ihre Erlaube Sie, nachdem Sie dem Vernehmen nach bürgerlich auf dem Standesamt in Dülken getraut sind, heute nachmittags nach 5 Uhr mit der Person zu mir zu kommen, um die Dispens zur kirchlichen Trauung nachzuholen, damit die Ehe vor Gott und der Kirche gültig werde. Kosten sollen Euch nicht entstehen. Es ist vor allem nötig, das Aergernis zu entfernen.

Fassender, Pfarrer.

Der Empfänger dieses beleidigenden Schreibens, der Leser unserer Parteipresse ist, läßt kein Bedürfnis, sich kirchlich traun zu lassen, und ließ das Schreiben unbeantwortet. Nun verüchte der Pfarrer mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, den Mann aus Boisheim zu entfernen. Er wandte sich auch an die Mutter des Arbeiters, bei der dieser mit seiner Frau wohnt, um sie zu bewegen, den eigenen Sohn aus dem Hause zu weisen!

Aber auch die alte Frau blieb diesem terroristischen Anstalten des Pfarrers gegenüber standhaft.

So versuchen Zentrumsgeistliche, Zwist in die Familien zu tragen, wenn sie auf einem anderen Wege einem Charakterfesten selbständigen Menschen, der sich nicht willenlos unter die geistliche Fuchtel beugt, nicht bekommen können.

Riesenbrand in Konstantinopel.

Zu dem bereits gestern gemeldeten Großfeuer in Konstantinopel werden folgende Einzelheiten berichtet: Zwölf Stadtteile sind in rauchende Trümmerhaufen verwandelt worden. Die Stadtteile bis zur Eisenbahnlinie hinunter sind buchstäblich dem Erdboden gleich gemacht worden. Das große Militärarsenal Guldane wurde gerettet. Die Zahl der eingestürzten Häuser wird auf 2000 geschätzt, doch scheint diese Ziffer übertrieben zu sein. Nach der ersten Untersuchung ist das Feuer in einem Neubau ausgebrochen, der für einen Abteilungschef im Unterrichtsministerium errichtet wird. Hier sind Hobbelpäne in Brand geraten. Die sich widersprechenden Aussagen der festgenommenen Arbeiter lassen Brandstiftung als Ursache vermuten. Wassermangel begünstigte die Ausbreitung des Feuers. Das Justizministerium und das Verwaltungsgebäude des Wilajets Konstantinopel schwebten in großer Gefahr. Als im Justizministerium die Fensterheben zertrümmert waren, begannen die Flammen schnell zu erlöschen. Als Opfer des Brandes liegt ein junges Mädchen im Sterben, eine trank Frau ist verbrannt. Auch sollen ein Mann, ein Offizier und mehrere Pioniere verwundet sein. Die meisten eingestürzten Häuser der ärmeren Volksklassen sind nicht versichert; die Verluste werden auf fünf Millionen Frank geschätzt.

New Yorker Verbrechertum.

Wie der „Daily Chronicle“ aus New York meldet, erklärte der Chef der New Yorker Geheimpolizei, Flynn, daß die Verbrecher der Pariser Apachen Kinderpiel seien gegen die Gewalttaten des New Yorker Verbrechertums. Die Verbrecher seien in einer geheimen Bande, die sich Lupomorello nennt, organisiert. Auf das Konto dieser Bande kämen während der letzten Zeit nicht weniger als 60 Morde. Im Durchschnitt habe diese Bande pro Tag eine Person auf dem Gewissen, wahrscheinlich erhöhe sich die Zahl aber noch durch Mordtaten, die nicht entdeckt werden können. Man findet ihre Opfer meist in Abzugsläden. Wir sind überzeugt, erklärt Flynn weiter, daß diese Bande einen eigenen Friedhof hat, auf dem sie ihre Opfer begräbt. Aber wir hoffen, daß wir diesen hässlichen Ort bald entdecken werden.

Der Klostermusikant.

Aus Petersburg wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Die Aebtissin von Pokrowski nahm vor fünf Jahren einen fahrenden Musikanten ins Kloster auf, der, wie sie zur Verabingung der über diesen Skandal empörten Gläubigen und der Nonnen versicherte, ihr von Gott selber zugesandt worden war und jeder irdischen Schwäche fremd blieb. Da sich aber einige der älteren Nonnen durchaus nicht an die Anwesenheit eines Mannes gewöhnen wollten, so gab die Aebtissin den Musikanten als — Eunuchen aus. Schließlich ließ sie ihn sogar als Nonne einkleiden, nachdem er sich Bart und Haare geschoren. Die Gläubigen der Gemeinde bewachten sich mehrmals beim Bischof, aber ohne jeden Erfolg. Im Kloster fanden sich schließlich die Nonnen mit der seltsamen Schwester ab, die Tag und Nacht, selbst im Schlaume, mit ihnen zusammenlebte. Doch in diesem unirdischen Wesen regten sich schließlich wieder menschliche Gefühle, der Musikant entsagte eines Tages eine junge Nonne und ließ sich mit ihr in einem benachbarten Dorfe nieder, wo er eine Werkstätte zur Ausbesserung von Musikinstrumenten eröffnete. Das Paar, das immer noch die Klostergewänder trug, zog die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, so daß der Ortspfarrer einschreiten mußte. Dieser drohte den beiden mit Ausweisung, wenn sie nicht heirateten würden, und der Musikant führte denn auch richtig die entfärbte Braut zum Altar. Auch die Debenstgewänder haben die beiden seither abgelegt. Die Gläubigen der Umgebung denken aber strenger als ihr Seelenhirt. Sie haben eine mit vielen Unterschriften versehene Eingabe an den Heiligen Synod gerichtet, der sich nächstens mit der Angelegenheit befassen muß. Hoffentlich führt der zu erwartende Entscheid wenigstens das junge Ehepaar nicht, das aus diesem merkwürdigen Klosterroman aufgeblüht ist.

Der gestrenge Hauswirt.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in unserer Nummer vom 29. Mai eine Notiz, daß an dem Hause des Weingroßhändlers Rehrmann in Dieblich a. Rh. folgender Was drangt: „Jede Verunreinigung dieses Torweges ist strengstens verboten. Sollte es dennoch fortan vorkommen, so werde ich eventuell die Hilfe eines Polizeibehörden in Anspruch nehmen, um den Täter zu ermitteln und bestrafen zu lassen.“ Wie wir weiter ausführten, habe Herr Rehrmann diese Drohung mit dem Polizeibehörden für nötig gehalten, um Patienten eines im Hause wohnenden Zahnarztes das Ausfluden auf den Hausflur zu vermeiden. Dazu schreibt uns Herr Rehrmann folgende „Richtigstellung“:

1. Es wurde Fahrlässigkeiten von dem Augenblick der Vermietung an den betreffenden Zahnarzt Gelegenheit gegeben, sich des Spudnapfes im Treppenhause zu bedienen. Erst als dies trotzdem nicht geschah, wurde auf zwei gleichlautenden Plakaten aus höflichen Gründen höflich auf die Anwesenheit des Spudnapfes aufmerksam gemacht. Von einer Drohung mit dem Polizeibehörden ist auf diesen Plakaten keine Rede.

2. Von Straßenpassanten wurde wiederholt meine Torfahrt beschädigt und verunreinigt. Nach Rücksprache mit der Polizei brachte ich deshalb dort eine entsprechende Warnung an, in der die Ermittlung des Täters mit Hilfe des Polizeibehörden angedroht wird. Die Drohung mit dem Polizeibehörden gibt also Herr Rehrmann selbst zu, nur soll der Polizeibehörden gegen Verunreiniger der Torfahrt aufmarschieren.

Meine Notizen.

Der Nordwestflug verschoben. Nach einer Mitteilung der Sportleitung des Nordwestfluges ist der Flug auf Grund eines gestern gefassten Beschlusses der sportlichen Oberleitung im Einverständnis mit den beteiligten Fliegern und den Vereinen abgebrochen und auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Verschlebung war durch das andauernd schlechte Wetter bedingt.

Aufgehobene Falschmünzwerkstatt. In Düsseldorf wurde in der vergangenen Nacht eine Falschmünzwerkstatt aufgehoben, in der viele falsche Zwei- und Dreimarstücke angefertigt worden sind. Eine große Menge Werkzeuge wurde beschlagnahmt. Als Falschmünzer wurde ein Reisender aus Hannover und als Verbreiter der Geldstücke ein Reisender aus Paderborn verhaftet.

Statt im Gerichtssaal. In Dhonnag (Departement Ain) drang ein Arbeiter namens Comte während einer Verhandlung vor dem Friedensrichter in den Gerichtssaal und verlangte ungestört im Altentisch. Als ihm dies verweigert wurde, feuerte er einen Revolver ab, tötete den Gerichtsaktuar und verwundete den Friedensrichter. Der Mörder wurde festgenommen.

50 Dampfer im Eise. Wie aus Archangelsk gemeldet wird, werden durch größere Eismassen und Nebel bei dem Swjatoi-Deuchttum im Weißen Meer 50 Dampfer, vorwiegend ausländische, festgehalten. Ein aus Norwegen nach Archangelsk entlassener großer Rettungsdampfer ist dort bisher nicht eingetroffen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Görlicher Viertel, Bezirk 199 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dreifacher
Karl Linde
Grünauer Straße 3, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Reußkän, Hermannstraße, aus statt.
216/18 Der Vorstand.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen Ortsverwaltung Berlin I.
Am 2. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied
Friedrich Barthel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Reichenhaller des Gemeinde-Friedhofes in Schmargendorf aus statt.
Um rege Beteiligung eruchtet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifacher
Karl Linde
Grünauer Str. 3, im Alter von 43 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reußkän, Hermannstraße, aus statt.
84/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege
Gottlieb Böhmer
welcher im Betriebe des Wasserwerks Mitglied des Ausschusses war, entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung fand bereits am Dienstag, den 4. Juni, statt.
34/10 Die Ortsverwaltung.

Am 3. Juni, abends 7 Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein lieber, herzlich geliebter Mann, Sohn, Vater, Schwager und Großvater, der Kohlenhändler
Karl Eisenberg
im 53. Lebensjahre. 1989b
Dies zeigt tiefbetrübt an
Emilie Eisenberg
nebst Kindern, Forster Str. 46.
Die Beerdigung findet am 7. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes in Reußkän, Hermannstr. 100, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifacher
Robert Kreuziger
am 2. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Reichenhaller Straße 76, aus nach dem Reformierten Kirchhof in der Köpenicker Straße.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Görlicher Viertel, Bez. 208 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klempner
Karl Eisenberg
Forster Str. 46
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes, Reußkän, Hermannstr. 100, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifacher
Wilhelm Winkler
am 31. Mai im Alter von 73 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzenallee, aus statt.
64/12 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Görlicher Viertel, Bez. 154 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher
Georg Kördel
Stalitzer Str. 22
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung eruchtet.
Der Vorstand.

Wir ersuchen hierdurch die trauernde Wittwe, den Heimgang meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, des Schriftsetzers
Karl Siegmund
anzugehen.
Berlin S., Brandenburgstr. 66 I, den 2. Juni 1912.
Franziska Siegmund geb. Staeger, Margarete Siegmund, 1979b
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, um 5^{1/2} Uhr, von der Halle des Adolph-Kirchhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Spar- und Kreditverein „Solidaria“.
Am 3. Juni starb unser langjähriges Mitglied
Georg Kördel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
1982b Der Vorstand.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Bruders und Sohnes
Paul Grieger
sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Gesangsverein, den Mitgliedern des Wahlvereins u. des Metallarbeiter-Verbandes, seinen Kollegen der Firma Löwe & Co., Wittenau, unseren herzlichsten Dank.
Familie Grieger.

Nachruf.
Allen Bekannten und Gönnern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Ernst Richter
am 29. Mai, früh 1^{1/2} Uhr, im Urban-Krankenhaus verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Im Auftrage der Hinterbliebenen:
184 **Gottfried Hinz.**

Danksagung. 10A
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen allen Beteiligten herzlichsten Dank.
H. W. Kleber nebst Kindern.

Während dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit steigt auch die Kindersterblichkeit, da Brechdurchfälle und Darmkoliken dann häufiger auftreten. Jede Mutter, die ihr Kind mit der Flasche nährt, sollte darum beiseiten der Kuhmilch einen Zusatz von „Ausels“ geben, weil diese Nahrung vorbeugen & wirkt.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hochschönen Genre. Außerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Pichelswerder.
Umstände halber ist mein großer Saal Sonntag im Monat Juni an geschlossene Gesellschaft frei zu vergeben. Der Alte, G. Freund.

Respektvollster Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Polnische Mitbürger! Arbeiter, Parteigenossen!
Sonntag, den 9. Juni 1912, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Borgmann, Andreasstr. 21:

Öffentliche Protest-Versammlung.

Tagesordnung:
Die letzten Vorgänge im Abgeordnetenhause und das polnische Volk.
Referent: Landtagsabgeordneter **S. Ströbel.**
Freie Diskussion.
Der Einberufer: **Paul Hoffmann**, Königsberger Str. 28.

Wir ersuchen die Genossen, ihre polnischen Kollegen und Bekannten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bautischler!
Verwaltung Berlin.

Heute Mittwoch, den 5. Juni 1912, abends 8^{1/2} Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen

- Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grathoff, Admiralsstr. 18c.
- Bezirk 2: Osten bei Bräuner, Weidenweg 85.
- Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesecke, Köpenicker Str. 74.
- Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Gasse, Lindauer Str. 26.
- Bezirk 5: Neukölln bei Schent, Rosenstr. 24.

Möbelpolierer u. Beizer

Bezirk Weißensee.
Donnerstag, den 6. Juni 1912, abends 6^{1/2} Uhr, im „Prälaten“, Lehder Str. 122:

Branchen-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bilden die Polierer und Beizer im Sinne der Handwerkskammer einen Beruf? Welche Stellung nehmen die Kollegen dazu ein?
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
84/13 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. Nr. 2 Hamburg).

Derzeitige Verwaltung Berlin.
Freitag, den 7. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.
253/3* A. K.: Richard Schröder, Berlin O., Tilsiter Str. 7, vorn IV.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.
Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Prinzenallee 33:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vorstandswahlen. 2. Verschiedene Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet. 143/12 Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin II.
Zuschneider!
Donnerstag, 6. Juni, abends 6 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 14:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Verbandstag. 2. Aufstellung der Kandidaten.
3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen (sowie Kollegin), pünktlich zu sein.
164/6 Die Ortsverwaltung Filiale II. Berlin.

Erfrischungsgetränke

Denen der Saft der Früchte zugefügt ist, bilden an warmen Tagen ein beliebtes und nicht zu entbehrendes Getränk, doch ist die Verwendung der Früchte durch Auspressen zu ungesundlich u. kostspielig. Dem ist nun auf leichte Art mit den so beliebten u. bereits millionenfach gebrauchten Reichel's Limonaden-Säften abgeholfen. Dieselben enthalten das volle edle Fruchtaroma u. ergibt eine Flasche 3 Pf. Limonaden-Saft von hervorragender Qualität und reinem Fruchtgeschmack in Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Grenadine, Anisette usw. — Originalflasche 75 Pfennig. Zur Probe 1/4 Flasche 40 Pfennig.



Erhäglich in den bekannten Drogerien, die „Original-Reichel-Essenzen“ führen, wenn ausnahmsweise nicht Versand ab Fabrik. Vor untauglichen Nachahmungen wird dringend gewarnt! Man nehme nur die echte Marke „Lichterz“ von Otto Reichel, Berlin SO., denn diese ist einzig und althergebrachten. Ausführliches illustriertes Rezeptbuch: „Die Destillation im Haushalte“ gratis.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Von der Reise zurück
Freischmidt
prakt. Arzt
Charlottenburg, Berliner Str. 107.

Haut- u. Harn-
leiden, Ehrlich-Hata, Quecksilber-schäd. Spezialärztliche Leitung. Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar maß., Teilzahlung gestattet.
Dr. Homeyer & Co. (kons. Spez. Lab.)
Friedrichstr. 81, geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass., schick, sauerh. Zutaten von 25 Mark an. **Moritz Laband**, Neue Promenade 11, (Stadth. Biers.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nord, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Nord, Nr. 1987

Donnerstag, den 6. Juni 1912, abends 8^{1/2} Uhr:
Versammlung

der in den Eisengießereien beschäftigten
Puzer und Schleifer
in den Borussia-Sälen, Ackerstraße Nr. 6/7.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 6. Juni 1912, abends 6^{1/2} Uhr:
Versammlung

fämtlicher in den Automobil-Betrieben
beschäftigten **Klempner**
im Lokale von Merkowsky, Andreasstraße Nr. 26.

Tagesordnung:
1. Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse?
2. Diskussion. 3. Interne Verordnungen. 118/13
Kollegen! Seht für einen zahlreichen Besuch. Inabesondere sind die Kollegen aus den Reparaturbetrieben hierzu eingeladen. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 6. Juni 1912, abends 8^{1/2} Uhr:

Filial-Versammlung
im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer 15.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Rudolf Breitscheid:**
Das Koalitionsrecht und seine Gegner.
2. Die Auslegungskünste bei den neuen Sommerurlaubbestimmungen.
3. Verbandsangelegenheiten.
Das Mitgliedebuch ist am Saaleingang vorzulegen!
Die Ortsverwaltung.

WESTMANN

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.



Westmann
Mohrenstr. 37a, Gr. Frankfurterstr. 115

Saison-
Räumungs-
Ausverkauf!

Staubentw.	6. - 50.	Alle Längen!
Reise-Kostüm	12. - 75.	Jede Weite!
Reise-Papierh.	14. - 60.	Bis zu
Mäntel	7. - 50.	50%
Woll-Mäntel	15. - 60.	im Preise und
Wollmäntel	15. - 100.	teilweise
Lein-Kostüm	8. - 50.	darüber
Haus-Kamm- ernkostüm	15. - 40.	ermässigt!
Woll-Kapen	6. - 30.	Für
fadete	15. - 200.	Plüsch-Mäntel,
Wolle	4. - 30.	Pelzkonfektion
Büsten	2. - 25.	Sommerpreisen

Sonntag geöffnet nur von 8-10 Uhr vorm.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Der Tanzlehrer Willi Reiffschneider in Zegel veranstaltet am 15. Juni in Homfelds Etablissement, Zegel, Hauptstraße, ein Rosenfest. Das Lokal ist gepflastert. Es wird versucht, für dieses Fest in Arbeiterkreisen Willkür abzugeben. Die Parteigenossen werden ersucht, durch Zuredelung der Willkür die Lokalliste zu beachten.

Wannsee. Heute Mittwoch, abends 7/8 Uhr, findet im „Fürstenhof“ eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich neben anderen örtlichen Verhältnissen speziell mit der Badegelegenheit am hiesigen Ort beschäftigen wird.

Wittenau a. d. Nordbahn. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Extra-Zahlabend bei E. Wittchow, Draniensburger Str. 100. Die Kommission.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Tagebuche einer Hebamme.

Eine junge Frau holte mich. Sie laufe schon lange bergab, denn keine Hebamme wolle mit ihr gehen.

Etwas mißtrauisch folgte ich ihr. In einer verrufenen Straße des Südostens wohnte die Hilfsbedürftige. Im dritten Hof, direkt über einem Pferdestall, lag der winzige Raum, in dem ein schmales Bett ein rachitisch aussehendes junges Weib aufnahm. Zwei wacklige Stühle, ein kleiner Tisch und ein Reiseford machten das dürftige Mobiliar aus.

Die Frau wand sich vor Schmerzen und ein Freuden-schein glitt bei unserem Eintritt über ihr breites, gutmütiges Gesicht. — Sie war eine Prostituierte und die hilfreiche Freundin ebenfalls. Schon jahrelang gingen sie auf die Straße; das Arbeitshaus und das Gefängnis waren ihnen gut bekannt.

Doch wenn das Kind da war, wollte sie arbeiten, ihre Mäherlei aufnehmen, damit das kleine seine Ordnung hatte. Ihre ganze Hoffnung auf ein besseres Dasein schien für sie in dem noch ungeborenen Geschöpf zu liegen, ihre schlummernde Kraft würde erwachen und dem Kinde eine richtige Mutter geben.

Sie sagte es in ganz einfachen, selbstverständlichen Worten, für sie war die Mutterchaft Erlösung. — Ich sah sie an und entdeckte ein durch schwere Rachitis verengtes Becken, am besten war es, sie einer Klinik zu überweisen. In diesem Raum war ein operatives Arbeiten beinahe unmöglich.

Ich sagte es ihr. — Sie wurde totenblau und mit einer Leidenschaft, die mich erschütterte, bat sie mich, sie zu Hause zu lassen. — Die Studenten würden ihr Kind töten, sie wolle nicht als Leichnam dienen. Ich sollte bei ihr bleiben und einen Privatarzt holen, sie wolle ihn später bezahlen.

Ihre heiße Bitte erfüllte ich und ließ einen jungen Arzt kommen, der noch nicht ganz den Idealismus seines Berufs verloren hatte.

Stunde um Stunde sahen wir am Lager der Nechzenden. Durch das Zimmer dröhnte das Trampeln und Ausstoßen der Pferde, unzählige Fliegen schwirrten um uns herum und ließen die Zulstige doppelt peinlich empfinden. Die kleine Petroleumlampe brante trübe, einen unangenehmen Geruch verbreitend, der starke Ljhol und ein andringlicher Moschusdust, verursachte Uebelkeit.

Die Frau litt unsäglich, sie klammerte sich an den Arzt und er schaute sie mit unendlicher Furcht an. Die Nacht brach an, kein Fortschritt war zu bemerken und wir sandten nach einem zweiten Arzt, der eine Narkose machen sollte, damit wir die Frau durch Kunsthilfe entbinden konnten.

„Das Kind — Heber Herr Doktor, o machen Sie es nicht tot.“ — Noch im Einschlafen fachte sie in gurgelnden Lauten um Warmherzigkeit.

Es war eine harte Arbeit. Die Chloroformierte schlief tief und fest, unermüdet verjagte der Arzt, die Freundin stand hilflos zur Seite, jeden Wunsch des Operierenden erfüllend.

„Herr Kollege — das ist unmöglich, perforieren Sie doch“ — ein wenig nervös klingen des zweiten Arztes Worte, die betäubende Lust und das Milieu macht ihn ungeduldig. Was liegt an dem Leben des Kindes? —

Aber der Arbeitende läßt nicht nach, große Schweitropfen perlten von seinem Gesicht und seine Hände beginnen vor Anstrengung zu zittern. Und als wolle er durch seinen Willen das Kind dem Leben geben, versucht er ein letztes Mal — und hat Erfolg. — Ein starker Knabe schreit und erweckt mit seinem hellen Stimmchen die schlafende Mutter, die mit blauen Lippen uns glücklich anlächelt.

Es dämmerte bereits der Tag, als wie die Frau verließen, denn es hatte noch einen bitteren Kampf mit Gevatter Tod gegeben, der wartend hinter der Tür stand und durchaus nicht mit leeren Händen gehen wollte.

Aber er unterlag, auch die Mutter wurde gerettet und noch nach Jahren besuchte sie mich mit ihrem hübschen, blondlockigen Kinde, dem sie Vater und Mutter zugleich war.

Das Joachimsthalsche Gymnasium wird, soweit es als Lehranstalt des Staates in Betracht kommt, von Berlin verlegt; und das große, an der Kottbuscher belegene Grundstück geht am 1. Oktober in den Besitz der Stadt Wilmersdorf über. Wie es vom Fiskus nicht anders zu erwarten ist, läßt er sich kein Eigentum teuer bezahlen; der Erwerbspreis beträgt 4 350 000 M. Das große Gebäude, in dem zurzeit noch ein Kinnat untergebracht ist, wird wohl auch weiter zu Schulzwecken Verwendung finden; jedoch meint der Wilmersdorfer Magistrat, daß der Schulgarten mit seinem schönen Baumbestande nur zum Teil als Park erhalten werden kann. Er will „im Interesse der Gesamtheit“ eine größere Freifläche gewinnen und den Rest als Parkland weiter veräußern. Der Norden von Wilmersdorf, in dem das Gymnasium gelegen ist, heißt im Volksmunde das Brühlviertel; man hat es hier mit der vornehmsten Gegend der Stadt zu tun. In dem bespandenen Teil der Bürgerchaft kämpfen in dieser Frage nun zwei Parteien miteinander. Die Interessenten der Verpachtung wollen sich an den Profitten, die ihnen durch den Verkauf von ideal gelegenen Parzelsstücken in den Schloß fallen werden. Andere Leute aber meinen, daß der an grünen Flächen nicht eben reiche Vorort sehr wohl das ganze Grundstück als Park gebrauchen könnte und daß bei der Last von 100 Millionen Mark Schulden, die Wilmersdorf sich nächstens aufgebürdet haben wird, es auf ein paar Millionen mehr nicht ankommen kann. Auch wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß alles aufgehoben werden sollte, um den Schulgarten in seiner ganzen Ausdehnung der Öffentlichkeit zu gewinnen. In einer Vorlage empfiehlt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung, eine gemischte Deputation aus 10 Stadtverordneten und 5 Magistratsmitgliedern zur Regelung der Angelegenheit niederzugesenden.

Für das zweite städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters, welches heute, Mittwoch, den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Bodbrauerei stattfindet, sind noch eine Anzahl von Wilkettis a 30 Pf. an der Abendkasse erhältlich.

Das erste Konzert, das am Sonnabend im Friedrichshain stattgefunden hat, erfreute sich eines so starken Besuches, daß viele Hunderte, die sich nicht vorher mit Wilkettis versehen hatten, keinen Einlaß finden konnten.

Von der Fürsorge für schwachbegabte Schulkinder.

Für die schwachbegabten Kinder hat die Stadt Berlin ihren Gemeindefschulen erst spät die Hilfs-einrichtung der sogenannten Nebenklassen gegeben, in denen unter günstigeren Bedingungen als in den normalen Klassen nach einem besonderen Lehrplan die Aneignung des notwendigen Wissens und Könnens erreicht werden kann. Nachdem diese Nebenklassen bald zu stufenförmig aufgebauten kleinen Schulsystemen zusammengefaßt worden waren, ging schließlich aus ihnen die Organisation der Hilfs-schulen hervor, die wir jetzt in unserem Gemeindefchulwesen haben.

Während es früher in den Gemeindefschulen Berlins als etwas „Anabänderliches“ galt, daß zahlreiche Kinder bei Vollendung des 14. Lebensjahres noch in den untersten Klassen saßen und aus ihnen mit mangelhafter Schulbildung abgehen mußten, hat nach Einführung jener Hilfs-einrichtungen die Zahl derartiger Kinder sich allmählich verringert. Grob genug ist sie freilich noch immer, größer noch, als mancher es überhaupt für möglich halten wird. Von den Kindern, die im Schuljahr 1910/11 nach Vollendung der Schulpflicht aus den Gemeindefschulen anschieden, saßen in Klasse I 12 170, in Klasse II 6064, in Klasse III 3037, in Klasse IV 1506, in Klasse V 378, in den Klassen VI bis VIII zusammen 50, in den Nebenklassen 372. (Interessant könnte es sein, zu erfahren, wieviel im besonderen sogar erst in den Klassen VII und VIII saßen. Aber die von der Schuldeputation aufgestellte Statistik, der wir diese Zahlenangaben entnehmen, faßt leider die Klassen VI bis VIII zusammen.) Nicht bei allen Schwachbegabten wird es leicht sein, sie rechtzeitig in die Nebenklassen hinüberzunehmen. Wenn die Befähigung nicht sogleich in den ersten Schuljahren als unzulänglich erkannt worden ist, so läßt die spätere Ueberweisung an eine Nebenklasse sich nur schwer noch ausführen. Diese Schwierigkeit besteht auch bei denjenigen Schwachbegabten, die erst in ihren letzten Schuljahren nach Berlin zuziehen und aus Orten kommen, wo es noch keine Hilfs-einrichtungen für schwachbegabte Schulkinder gibt. Doch angesichts der oben mitgeteilten Zahlen drängt sich uns die Frage auf, ob nicht manchem dieser vielen in den untersten Klassen hängen gebliebenen Kinder noch die Wohltat des Unterrichts der Nebenklassen durch rechtzeitige Ueberweisung hätte gesichert werden können.

Sehr zu denken gibt ein Fall, der uns eben jetzt von den Eltern eines vierzehnjährigen, nicht aber Klasse V hinauskommenden Mädchens vorgetragen wird. Dem Mädchen, das Anfang März das vierzehnte Lebensjahr vollendete und zu Ostern konfirmiert wurde, ist beim Halbjahres-schluß die Schulentlassung verweigert worden. Es soll einwärtigen noch weiter die Schule besuchen, soll als Vierzehnjährige noch weiter in Klasse V zusammen mit den um vier bis fünf Jahre jüngeren Kindern sitzen, damit es vielleicht doch noch ein bißchen mehr an Schulbildung in das Leben mitnehmen kann. Wir haben, um uns über die Schulkonflikte des Mädchens zu verlässig zu informieren, uns von den Eltern die Zeugnisse vorlegen lassen, die erfreulicherweise sämtlich noch vorhanden waren. Das im März 1899 geborene Kind war vorschritt-mäßig im April 1904 eingeschult worden und hat dann bis März 1912 volle acht Schuljahre durchgemacht. Der Schulbesuch war nicht besonders lückenhaft: die Zahl der Stunden, die wegen Krankheit verkannt werden mußten, stellte sich in den 18 halben Jahren zusammen auf 0, 9, 3, 7, 7, 9, 8, 52, 0, 15, 24, 30, 36, 36, 30, 75. In den acht Jahren wurde, obwohl die Eltern in immer die selbe Wohnung hatten, das Kind drei verschiedenen Schulen zugewiesen, zunächst der 121. Schule in der Brenzlauer Allee, dann der 239. Schule in der Senefelderstraße, schließlich der 215. Schule in der Dunderstraße. Die Eltern versichern, daß niemals sie selber um Umschulung gebeten haben, sondern diese immer ohne ihr Zutun und gegen ihren Wunsch verfügt worden sei. Das Kind besuchte die 121. Schule vier Jahre hindurch, von denen es drei (1) Jahre in Klasse VII zubrachte. Nachdem es dann ein Jahr in Klasse VII geessen hatte, erfolgte die Umschulung nach der 239. Schule, wo für Klasse VII ein zweites Jahr dransagte. Zwei Jahre erforderte auch Klasse VI, so daß erst mit Beginn des letzten Schuljahres das schon 13-jährige Mädchen nach Klasse V verlegt wurde. In diesem Zeitpunkt erfolgte die erneute Umschulung, diesmal nach der 215. Schule, wo das Kind in Klasse V hängen blieb und nun zu weiterem Besuch über das Alter der Schulpflicht hinaus zurückgehalten wird.

Werkwürdig ist, daß es keinem Menschen eingefallen sein sollte, dieses Kind zeitigen einer Nebenklasse zuzuwenden. Mühte das nicht schon als notwendig erkannt werden, als die beiden ersten Jahre des Besuches der Klasse VIII erfolglos geblieben waren? Die 121. Schule hatte keine Nebenklassen, aber Nebenklassen gab es schon damals in einer anderen Schule des Stadtteils, und vor Umschulungen fürchtet die Schulverwaltung sich doch sonst gewiß nicht, wie das ja nachher gerade dieses Kind noch an sich selber hat erfahren müssen. Die Eltern versichern, daß niemals eine Lehrerin, ein Lehrer, ein Rektor, ein Schularzt zu ihnen die Absicht geäußert habe, das Kind in eine Nebenklasse zu tun. Sie selber waren mit dem Wesen der Nebenklassen zu wenig vertraut, als daß sie auf den Gedanken hätten kommen können, ihrerseits die Ueberweisung anzuregen. Aus den Zeugnissen geht hervor, daß es sich um ein gutes und williges, aber schwaches Kind handelt. Es scheint, daß das zu Anfang nicht richtig erkannt wurde. Auf den Zeugnissen der ersten drei Halbjahre wurde die Aufmerksamkeit mit „nicht vorhanden“, „nicht vorhanden“, „wenig vorhanden“, der Fleiß mit „genügte nicht“, „genügte nicht“, „genügte nicht“ beurteilt. Im vierten und im fünften Halbjahre wurde dann die Aufmerksamkeit als „nicht rege“ und „nicht rege genug“, aber der Fleiß jetzt als „genügend“ und „genügend“ bezeichnet. Das sechste und das siebente Halbjahr brachten beide für Aufmerksamkeit und für Fleiß die Urteile „gut“. Dann aber wurde vom achten Halbjahre an die Aufmerksamkeit wieder als „nicht rege“, „wenig rege“, „nicht rege genug“ und ähnlich beurteilt, während der Fleiß stets mindestens als „genügend“, gelegentlich als „befriedigend“ oder „ziemlich gut“ bezeichnet wurde. Erst in den letzten vier Halbjahren findet sich auch für Aufmerksamkeit wieder „genügend“, „ziemlich gut“, „gut“, „genügend“. Daß auch von der Schule der gute Wille anerkannt wurde, schließen wir aus der auffallend geringen Zahl von Tadeln und Nachbleibstunden, die auf

den Zeugnissen verzeichnet sind. Das Betragen wurde, nebenbei bemerkt, nie schlechter als „gut“, oft „sehr gut“ und einmal „lobenswert“ genannt.

Es ist in der Tat unbegreiflich, wie die Schule es dazu kommen lassen konnte, daß dieses bedauernswerte Kind, statt in eine Nebenklasse getan zu werden, in Klasse V endete. So sehr wir sonst wünschen, daß Kinder mit mangelhafter Schulbildung noch über die Schulpflicht hinaus die Schule besuchen, können wir doch in diesem Fall den Eltern nur beistimmen, wenn sie für ihr Kind vom weiteren Besuch der Klasse V wenig Gewinn erwarten. Das Kind ist befähigt zu Handarbeiten und könnte bei zweckentsprechender Ausbildung sehr bald sich seinen Lebensunterhalt selber erwerben. Aber nach den Bestimmungen müssen die Eltern sich dem Zwang fügen, die Vierzehnjährige neben den Neunjährigen weiter die Schulbank drücken zu lassen. Die Schuldeputation hat ein erstes Entlassungs-gesuch abgelehnt, und über ein zweites, das auf den Ausweg eines Besuches der Fortbildungsschule für Schwachbegabte hinwies, soll sie noch entscheiden.

Inzwischen hat man, weil das Mädchen zu Hause behalten worden war, dem Vater eine Strafanzeige geschickt. Die Väther des Mädchens sind an einen jüngeren Bruder übergegangen, der jetzt gleichfalls in Klasse V sitzt. Der Vater will nicht noch einmal dieselben Väther anschaffen. Daraufhin ist ihm in Aussicht gestellt worden, daß man die Kosten von ihm eintreiben werde. Ueber sein Gesicht um unentgeltliche Lieferung soll noch entschieden werden. Wir möchten ihm eigentlich raten, daß er den Spieß umdrehte. Durch Beschwerde an die staatliche Aufsichtsbehörde sollte er die städtische Schulverwaltung zu einer Keuferung darüber nötigen, warum die Schule seinem Kinde nichts anderes als das kläglich unvollständige Wissen der fünften Klasse mitzugeben vermocht hat.

Unsere Taten.

Gestern nachmittag wurde auf dem Zegeler Gemeindefriedhof der Schloffer Hermann Hackarth beerdigt. Hackarth ist einer der alten Garde, die unter dem Sozialistengesetz die Fahne der Partei hochgehalten. Am 1. Februar 1858 in Belgard (Pommern) geboren, litt es ihn nicht lange in seiner Heimat und so kam er 1882 nach Berlin. Hier schloß er sich bald der sozialdemokratischen Bewegung an. Topfer half er bei allen Kämpfen der Partei mit und keine Gefahr schreckte ihn ab. Mehrere Jahre gehörte Hermann Hackarth der engeren Bewegung des Kreises VI B an, in der er längere Zeit seiner Gruppe vorstand. Als 1890 der Streit in der Partei ausbrach, schloß er sich der Bewegung der Unabhängigen an. Erst später kehrte er wieder zur Partei zurück. Nach langem, schwerem Leiden starb er am 1. Juni an Magenkrebs. Ehre seinem Andenken!

Am Montag früh schied der allen Genossen des sechsten Kreises wohlbeliebte Genosse Emil Wegehaupt freiwillig aus dem Leben. Wegehaupt wurde am 7. November 1860 zu Fraustadt geboren. 1891 trat er hier in Berlin der Parteiorganisation bei und bis zu seinem letzten Lebensstage wirkte er ununterbrochen als Funktionär des Wahlvereins des 6. Kreises.

Oftentlich weniger hervortretend, wirkte Wegehaupt um so eifriger im Stillen für unsere Sache. Mehr als zwei Jahrzehnte war die Rosenthaler Vorstadt im 6. Wahlkreise das ausschließliche Tätigkeitsfeld Wegehaupts. In diesen langen Jahren war er fast Tag für Tag auf dem Posten. Keine Arbeit war ihm zu viel, kein Opfer zu groß, wenn es die Partei galt. Und wenn so mancher wackere Parteifreund der Arbeit müde, auf die Seite trat, Wegehaupt blieb zäh und ausdauernd bei der Fahne. Kein Kampf der Partei geschah, keine Agitation für dieselbe erfolgte, in der Wegehaupt nicht seinen Mann stand und kein Vergnügen der Rosenthaler Vorstadt fand statt, in dem er nicht als Komiteemitglied fleißig mitwirkte. Auch in den Dienst der Stadt stellte er seine Fähigkeiten. So wirkte er seit vier Jahren mit Erfolg als Schiedsrichter. Ueberall tätig, überall hilfsbereit, erwarb sich Emil Wegehaupt wohl die Freundschaft aller. An ihm vollzog sich ein tragisches Arbeiter-schicksal. Von 1888 bis 1911 war er in dem Uhrenwarengeschäft von Busse tätig, zu dessen Bekanntheit in den Arbeiterkreisen er wesentlich beitrug. In letzter Zeit aber hatte er keine rechte Freude mehr an seiner Stellung. Er nahm deshalb die wenigen, mäßig erparten Groschen und eröffnete ein Gold- und Uhrenwarengeschäft. Bald aber fielen die Sorgen ein, die geringen Mittel reichten nicht, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die Forderungen der Gläubiger wurden drückender und drückender, Wegehaupt sah keinen Ausweg mehr aus dem Dilemma und — die Katastrophe erfolgte. Er, der für jedermann Rat und Hilfe suchte, konnte nicht den rohen, harten Konkurrenzkampf, bei dem man kein Gewissen haben darf, aushalten. Heute stehen seine Frau und sein Sohn mittellos an dem Sarge des von ihnen so heiliggeliebten Mannes, mit dem sie ein herzliches Einvernehmen verband. Die Partei verliert in Emil Wegehaupt ein treues, braves Mitglied, der selbstlos und begeistert unseren Idealen anhing, seine Bekannten verlieren in ihm einen lieben, guten Freund. Ehre seinem Andenken!

Die Soldatenbeiträge für die Nationalflugspende sind verschiedentlich angezweifelt worden. In bürgerlichen Blättern wurde sogar die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß, wenn einzelne Kommandos einen direkten oder indirekten Zwang zum Sammeln auf Untergetriebene ausgeübt haben sollten, schleunigst Remedur geschaffen wird. Unsere Soldaten seien in ihrer Wohnung nicht so gestellt, um derartige Zwangsausgaben zu vertragen.

Wer etwa noch zweifeln sollte, der wird durch die „Viefentaler Zeitung“, das amtliche Publikationsorgan des märkischen Städtchens Viefental, eines anderen belehrt. Hier finden wir in Nr. 58 vom 15. Mai die 6. Nummer über keine Beträge von 0,10 M. bis 1 M., die von 39 Inassen des dortigen militärischen Genesungsheims beigetragen worden sind. Die nächste Nummer vom 16. Mai enthält schon wieder eine Nummer über Beiträge von 13 Inassen desselben Heims. Das Geschäft, an dem Soldaten aller Grade vom Feldwebel bis zum Gemeinen abwärts beteiligt sind, blüht also.

Man wird selbstverständlich behaupten, daß freiwillig gesammelt worden sei. Es ist aber nicht zu verkennen, daß mancher, der sich von einer solchen Sammlung ausschließt, glaubt, Nachteile zu haben und aus diesem Grunde lieber seinen Obolos opfert.

Die schwedischen Stadtvertreter in Berlin. Die schwedischen Gäste unternahmen gestern einen Ausflug nach Potsdam. Für heute vormittag sind verschiedene Unternehmungen zur Wahl gestellt. Entweder sollen befristet werden: die Oberrealschule in der Pastorenstraße, die Badeanstalt in der Gerichtstraße, die Wöche oder der Viehschlachthof oder endlich das Waisenhaus in der Alten Jakobstraße und das Märkische Museum. Um 1 Uhr bereinigen sich alle als Gäste der Handelskammer zum Frühstück in der Handelskammer, Dorotheenstraße. Um 3 1/2 Uhr findet ein Besuch des Zoologischen Gartens und um 7 1/2 Uhr abends ein Besuch des Opernhauses statt. Nach der Vorstellung ist Zusammen-sein bei Siegen am Potsdamer Platz. Am Donnerstagvormittag

10 Uhr fahren die Herren nach der Gasanstalt Zegel oder nach Müllberg zur Fleischverarbeitungsanstalt. Um 1 1/2 Uhr gibt Kempinski den Gästen ein Frühstück. Um 5 1/2 Uhr findet ein Besuch des Landesausstellungsparks statt. Die Führung in der Ausstellung wird Kunstnauer Schlichtung übernehmen. Nach der Besichtigung ist Abendessen im Ausstellungrestaurant. Am Freitagvormittag 10 Uhr erfolgt ein Besuch des Radelwerks Obersee der A. G., daselbst Frühstück. Um 8 1/2 Uhr Fahrt nach Buch. Besichtigung der Lungenheilstätte, des Heims für alte Leute und der Irrenanstalt. Um 8 Uhr abends Abschiedsbankett im Hotel Kaiserhof.

Unter den Nähern eines Stadtbahnzuges. Auf der Station Lichtenberg warf sich gestern vormittag ein etwa fünfzig Jahre alter Mann des Arbeiterstandes vor einen einfahrenden aus Raulsdorf kommenden Stadtbahnzug. Er die Lokomotivführer den Zug zum Stehen bringen konnten, waren die Näher der Maschine schon über den Mann hinweggegangen. Der Kopf wurde vollständig vom Stumpfe getrennt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ein schwerer Unfall, der einem Menschen das Leben kostete, ereignete sich gestern nachmittags kurz nach 2 Uhr auf dem Redlitzsee unmittelbar vor dem Restaurant Römerschanze. Der Dampfer „Prinz Eitel-Friedrich“ der Stern-Gesellschaft, der die Mitglieder eines Vereins vom Restaurant Schweizerhaus nach der Römerschanze überfuhr, überfuhr ein mit vier Personen besetztes Ruderboot. Sämtliche Bootinsassen stürzten in die Fluten. Wohl nahm das Ruderboot des Restaurants Römerschanze sofort die Rettungsversuche auf; es gelang jedoch nur, drei Personen zu retten. Eine Frau Papenhagen versank vor den Augen ihres Mannes. Bisher ist es noch nicht möglich gewesen, ihre Leiche zu bergen. Die drei Geretteten wurden durch das Ruderboot bewußtlos nach der Römerschanze gebracht.

Einen schaurigen Fund machte das Schneiderpaar Radtke aus der Bornholmer Straße 93. Bei der Familie wohnte seit dem 22. April die 21 Jahre alte unverheiratete Näherin Ida Dahmann, die in der Nachbarschaft beschäftigt war. Das Mädchen schlief in der Stube der Frau Radtke und hatte auch dort seinen Koffer untergestellt. In der letzten Zeit machte sich aus diesem ein unangenehmer Geruch bemerkbar, der immer stärker wurde und schließlich nicht mehr auszuhalten war. Gestern nachmittags verschafften sich die Leute Gewissheit und öffneten den Koffer des Mädchens. Ein entsetzlicher Geruch strömte ihnen aus diesem entgegen. Auf dem Korbboden fanden sie ein Paket, das die völlig in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Als die Näherin von ihren Wirtseuten zur Rede gestellt wurde, sagte sie, daß sie das Kind von ihrer früheren Stelle mitgebracht habe. Weil sie fürchtete, daß die Eheleute Radtke der Polizei von ihrem Funde Mitteilung machen würden, packte die Mutter den verwesten Leichnam ihres Kindes in ein Tuch und verschwand damit aus dem Hause. Bis jetzt ist sie nicht wieder dorthin zurückgekehrt.

Kurz vor der Verhaftung erschossen hat sich gestern morgen der 74 Jahre alte Veteran Christian Lorenz aus der Langestr. 8. Der alte Mann, der seit drei Jahren in dem Hause ein möbliertes Zimmer bewohnte, hatte wiederholt kleine Kinder in seine Stube gelockt und sich hier an ihnen vergangen. Als dieses jetzt der Kriminalpolizei bekannt wurde, sollte Lorenz verhaftet werden. Ein Kriminalbeamter des 9. Polizeireviers, der den Veteranen, der die Kriege 1806 und 1870/71 mitgemacht hat, persönlich kannte, begab sich in seine Wohnung und sagte zu ihm, ob er nicht mit ihm spazieren gehen wolle, wie er es schon früher öfter mit ihm getan. Lorenz sagte auch zu, ließ den Beamten aber einen Augenblick im Nebenzimmer warten, damit er sich inzwischen zurecht machen könne. Als es diesem aber zu lange dauerte, ging er in das Zimmer des alten Mannes. Bei seinem Eintreten sah er gerade, wie sich Lorenz mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf schob. Der Beamte brachte den Schwerverletzten gleich mit einer Droschke nach der Charité, wo man aber nur noch den Tod des Mannes feststellen konnte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Von einem Schwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittags das fünf Jahre alte Töchterchen Hildegard des Arbeiters Reinicke aus der Gohlerstraße 14. Als das Kind mit mehreren anderen auf dem Fahrdamm vor der elterlichen Wohnung spielte, kam plötzlich in sehr schnellem Tempo von der Gohlerstraße her ein mit zwei Pferden bespannter Schwagen der Firma Bartfeld aus der Prinz-Albrecht-Straße zu Hummelburg angefahren. Die Kinder liefen schnell auseinander, um sich in Sicherheit zu bringen. Dies gelang auch noch gerade allen bis auf der kleinen Hildegard Reinicke, die von einem Pferdehuf getroffen und unter die Wagenräder geworfen wurde. Die Näher gingen ihr über Brust und Beine und führten ihren sofortigen Tod herbei.

Von der Straßenbahn totgefahren. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am gestrigen Dienstagmorgen gegen 2 Uhr in der Nürnberger Straße. Dort spielten nahe der Augsburger Straße mehrere Knaben auf dem Fahrdamm, als ein Wagen der Linie 77 (Richtung Wilmersdorf) heranfuhr. Während es den übrigen Kindern gelang, den Bürgersteig zu erreichen, lief der dreijährige Kurt Mentner, dessen Eltern Köpenickerstr. 7/8 wohnen, dem Gefährt entgegen und geriet mit dem ganzen Körper unter den Schwarm. Mittels mitgeführter Binden wurde der Körper des Knaben aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Passanten hatten inzwischen einen Zug der Feuerwehr requiriert. Die Samariter des Löschzuges bemühten sich um den kleinen K., dessen Brustkorb eingedrückt war und der auch sonst schwere innere Verletzungen erlitten hatte, ins Leben zurückzurufen, doch verstarb das Kind bereits auf dem Wege zur nächsten Unfallstation.

Ein gefährlicher Brand kam in der letzten Nacht in der Frankfurter Allee 28 zum Ausbruch. Auf dem ersten Hofe befindet sich dort ein 1 1/2stöckiges Stallgebäude, dessen Dachgeschoß mit einem Holzlager eines Tischlermeisters angefüllt ist. Das Feuer entstand in diesem Holzlager und wurde erst bemerkt, als gegen 1 Uhr morgens helle Flammen durch das Dach schlugen. Die alarmierte Feuerwehr griff sofort mit drei Schlauchleitungen ein. Die in dem Stalle lebenden Pferde konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Nach halbständiger Löschfähigkeit war der Brand erlosch. Das Dachgeschoß mit der Dachkonstruktion ist größtenteils ausgebrannt. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Ein weiterer überaus gefährlicher Brand wütete gestern vormittag auf dem Fahrlagerplatz der Bahngroßhandlung von E. Dietert in der Gohlerstraße 50, Ecke Boffestraße, im Osten Berlins. Das Feuer hatte seinen Herd in einem Schuppen und sprang dann auf mehrere Fasserkästen und auf einen anstehenden Zimmerplatz von Richter u. Co. über. Bei Ankunft der Wehr, die von mehreren Seiten aus alarmiert worden war, sah die Situation sehr bedrohlich aus. Es gelang den Mannschaften aber, das Feuer einzukreisen und auf den Fahrlagerplatz und Zimmerplatz zu beschränken. Dadurch der Brand verursacht worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Sau Berlin). In der am Sonntag stattgefundenen Ausschusssitzung wurde der Gesangsverein „Einigkeit“ Staats aufgenommen. Zum Sängerkreis, welches am 28. Juli in Schloß Weissensee stattfindet, werden sich am Einzelgesang zwölf größere Chöre beteiligen, außerdem konzertiert das Philharmonische Blasorchester unter Leitung des Herrn Franz v. Blon. Ferner wurde beschlossen, zwecks definitiver Stellungnahme zu der in Aussicht genommenen Chorführerschule eine außerordentliche Ausschusssitzung einzuberufen. Zu dieser sollen außer den Delegierten auch die Chorführer der Vereine Zutritt haben. In derselben wird ein Vortrag über die Aufgaben einer Chorführerschule und über die Organisation derselben gehalten werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadterordnetenversammlung. Der Vorkleberstellvertreter Genosse M o l l e n b a u r gab zunächst den Inhalt eines Schreibens des früheren Stadtrats und jetzigen Berliner Kammereress W ö h l bekannt, worin derselbe der Versammlung seinen Dank ausspricht für das ihm bewiesene Vertrauen sowie für die Ebnung des Weges zu einer von Erfolg begleiteten Bahn. Für die chirurgische Abteilung des städtischen Krankenhauses sind drei Assistenzarztstellen und zwei Volontärarztstellen vorgezogen. Aus Mangel an Bewerbern ist es nicht möglich, die beiden Volontärarztstellen zu besetzen, es soll dafür eine Assistenzarztstelle geschaffen werden. — Auf dem diesjährigen in Järsenwalde stattfindenden Brandenburgischen Städtetag, soll die Spielplatzfrage zur Beratung gestellt und als Referent der Oberbürgermeister Dominicus in Vorschlag gebracht werden. Eine längere Debatte rief die Vorlage hervor, die im Kellergehöf der Hohenzollernschule, Gymnasialabteilung, Martin-Luther-Straße, die Einrichtung eines Raumes für Rastenruderer verlangt. Dieses von den Protokollanten der Schülervereine der höheren Lehranstalten gewünschte Projekt ist bereits vor Jahren unter allerlei Gründen von den Liberalen abgelehnt worden. Diesmal stimmten sie sonderbarer Weise für die Vorlage. An Kosten entstehen 3000 M. Unsere Genossen wandten sich gegen diese Uebungen, die ohne jeden pädagogischen Wert seien. Für die Volksschule habe man für solche Sportfertigkeiten nichts übrig. Diese Einwendungen brachten den Professor Wetelamp in Darnitz. Seine Ausführungen machten auf unsere Genossen jedoch keinerlei Eindruck. Ferner wurde die Anfertigung eines Gutachtens beschlossen darüber, ob es zweckmäßig ist, ein zweites Druckrohr oder ein zweites Zwischenpumpwerk zu bauen. Die Kosten des Gutachtens belaufen sich auf 5000 M.

Auf vielseitigen Wunsch hält der hiesige Magistrat abermals einen kostenlosen Fischlochkursus ab und zwar am Freitag, den 7. Juni d. J., nachmittags 6 Uhr, in der XI. Volksschule, Feuerstr. 57, Eingang Ebersstraße. Teilnehmerinnen können sich unter Angabe der genauen Adresse in der städtischen Seefischhalle, Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 4, oder beim Magistrat melden.

Neufölln.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern auf einem unbebauten Grundstück am Weiganufer zugetragen. Dort spielten zahlreiche Kinder, und mehrere Knaben vergnügten sich schließlich damit, zusammengelesenes Reisig in Brand zu stecken. Dabei kam die fünfjährige Tochter Erna Schmidt, Tochter des in der Elbstr. 30 wohnenden Arbeiters Sch., den Flammen zu nahe, so daß ihre Kleider in Brand gerieten. Die übrigen Kinder liefen nun in ihrer Angst fort, ohne jemand den Vorfall mitzuteilen. Auf die gelenden Hilferufe des behauerten Kindes, das innerhalb weniger Minuten einer lebenden Feuerfäule gleich, eilten in der Nähe beschäftigte Straßenreiniger hinzu, denen es nur mit Mühe durch Auswerfen ihrer Kleidungsstücke gelang, die Flammen zu löschen. Das unglückliche Mädchen, das am ganzen Körper furchtbare Brandwunden erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation in der Steinmeyerstraße und von dort, nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, in hoffnungslos Zustand nach dem städtischen Krankenhaus in Rudow geschafft.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Der Konsum-, Produktiv- und Sparverein Zehlendorf und Umgebung hatte in seinen zwei Verkaufsstellen in Zehlendorf und Zeltow in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahrs im eigenen Geschäft einen Umsatz von 93 252 M., bei Lieferanten für Badware 7600 M. und für Briefen 565 M., insgesamt 101 417 M. Die Zahl der Mitglieder liegt bei 665. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug der Gesamtumsatz nur 52 824 M. Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung macht demnach auch im hiesigen Bezirk Fortschritte trotz der Gegenagitation namentlich der Händler in Zeltow. Die Nr. 51 des „Zeltower Anzeigers“ enthält ein Eingekandt, in dem ein Kaufmann H. Th. zum Kampf gegen den Konsumverein auffordert. Nachdem der Verfasser des Eingekandt die Konkurrenz des Wochenmarktes als das kleinere Uebel bezeichnet, geht er auf den „weit gefährlicheren Konsumverein“ ein und betont, es bedürfe eines energischen Entschlusses, einer tatkräftigen und zielbewußten Tätigkeit der Kaufmannschaft, um den Kampf gegen den Konsumverein aufzunehmen und mit Erfolg durchzuführen. Diese Kampfanlage wird für die Arbeiterschaft ein Ansporn sein, mit noch größerer Intensivität die Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens zu fördern.

Am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, wird sich in Zehlendorf bei Wilh. Miel, Karlstr. 12, eine Versammlung des Konsumvereins mit der Angelegenheit beschäftigen.

Schmargendorf.

Das unvorsichtige Umgehen mit einer geladenen Schußwaffe hat wiederum einen schweren Unfall zur Folge gehabt. Der Wädergeselle Franz Heinze aus Wilmersdorf hatte am Sonntagabend mit einigen Bekannten und mehreren jungen Mädchen das Vergnügungsetabliement Waldpark in der Hubertusdaber Straße aufgesucht. In einer Tanzpause zeigte er seinen Freunden einen Revolver, den er sich vor einigen Tagen gekauft hatte. Schließlich versuchte Heinze den Revolver gegen den Erdboden abzufeuern, die Patronen entlud sich jedoch nicht. Hierdurch ließ sich H. dazu verleiten, die Waffe gegen seine Schläfe zu richten und abzulösen. Zum Schrecken der Augenzeugen entlud sich aber jetzt der Revolver und die Kugel drang dem H. in den rechten Wadenknochen. Der Schwerverletzte erhielt von einem herbeigerufenen Arzt einen Notverband und wurde dann nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde geschafft, wo das Gefäß auf operativem Wege entfernt werden mußte.

Weissensee.

Einen Propagandaverein zur Hebung des Ansehens des Ortes hat der Gemeindevorstand in Verbindung mit Ländereinhadern und den Direktoren der Terringeseellschaften gegründet. Durch eine großzügige Aktion will man nunmehr auf die Vorzüge des Ortes hinweisen. Ohne Zweifel hat Weissensee in den letzten Jahren soziale Einrichtungen geschaffen, die in so mancher reichen Gemeinde noch fehlen. Auch die in früheren Zeiten vernachlässigten Verkehrsverhältnisse, die Schaffung gärtnerischer Anlagen und Plätze sind mit großen Opfern gefördert worden, ebenso ist der Ausbau der Kanalisation, die von Anfang an nur ein Provisorium war, seiner Vervollendung nahe. Leider ist durch das Gehirne der alt-eingesessenen Grundbesitzer, die in den plötzlichen Verbesserungen ihren Untergang befürchteten, der Zugang gehindert worden; es ist erwiesen, daß durch das fortwährende Gejammer solventer Käufer abgelenkt wurden und daß durch die fortgesetzten Einsprüche und Klagen gegen die Kanalisationsbeiträge die Kanalisationsgebühren so erhöht werden mußten, daß Grundstücke mit der dadurch entstandenen Stenerbelastung nicht mehr verkauft werden konnten. Wenn die schwedenden Klagen nicht bald ihre Erledigung finden, steht zu erwarten, daß die Kanalisationsgebühren, die jetzt 6,3 Proz. des Nutzungswertes betragen, noch weiter erhöht werden müssen, denn nach dem Kommunalabgabengesetz haben die Eigentümer der bebauten und angeschlossenen Grundstücke die Lasten der Verzinsung und Unterhaltung der Kanalisation zu tragen. Bei einer entsprechenden guten Konjunktur wird man ohne weiteres diese Lasten auf die Mieter abwälzen, daher hat die Arbeiterschaft, das Gros der Einwohner, ein besonderes Interesse, daß die Verhältnisse sich zugunsten der Mehrheit der Gemeindevertreter entscheiden, und die Kanalisationsbeiträge wie in Berlin und allen anderen Orten eingeleitet werden. Wenn der Propagandaverein auch hierin seine Schuldigkeit tut, dann hat die Arbeiterschaft keinen Schaden davon. Wir befürchten nur, daß der Verein seine Hauptaufgabe darin erblicken wird, die Ländereien seiner Mitglieder an den Mann zu bringen, um der Spekulation dann weiter Tür und Tor zu öffnen. Dem muß durch eine günstige Gestaltung der Bauungspläne, durch Schaffung genügender Plätze, Anlagen und Schulen Einhalt geboten werden.

Ober-Schöneweide.

Beschlagnahmt wurde die Leiche der gestern im Elisabeth-Hospital verstorbenen 15jährigen Anna Schlemmer. Das junge Mädchen, das bei einer Kaufmannsfamilie in der Auguste-Viktoriastraße 51 in Stellung war, wurde am Montag früh in fast leblosem Zustande in seinem ganz mit Gas angefüllten Zimmer aufgefunden. Man schaffte die Sch. sofort nach dem Krankenhaus, wo es aber wenige Stunden nach der Einlieferung der Einwirkung des Gases erlag. Es wird angenommen, daß die Dienstherren der Schlemmer, die in der Nacht zum Montag erst sehr spät nach Hause gekommen war, und nochmals die schon abgestellte Gasbeleuchtung angezündet hatte, wahrscheinlich den Hauptgas der Gasanlage wieder zu schließen vergessen hat, so daß das Gas in dem Schlafzimmer des Mädchens, wo zweifellos ein Gahn aus irgend einem Umstände offen stand, während der Nacht ausgeströmt ist.

Zehlendorf.

Ein erfolgreiches Casspiel haben Berliner Geldschrankkinder in der gestrigen Nacht am hiesigen Ort gegeben. Sie drangen, nachdem sie die Türen erbrochen hatten, in die Büroräume der Elisabeth-Mühle ein und machten sich sofort daran, den eisernen Geldschrank aufzubrechen. Das gelang ihnen bald. Den Diebstahl fielen mehr als 4000 M. in 100 M.-Scheinen und 10- und 20 M.-Stücken in die Hände. Die Einbrecher sind unbemerkt entkommen.

Zyandau.

Modellzeichnungen von Geschützteilen sind in der Nacht vom Sonntag zum Montag aus einem Holzschrank des Artilleriedepots gestohlen worden. Da die Modellzeichnungen neben 100 anderen in dem Schrank aufbewahrt waren, der Dieb aber bei der Entnahme derselben keinerlei Unordnung verursacht hat, wird angenommen, daß es sich um eine Person handelt, die mit den Verhältnissen genau vertraut ist. Eine Meldung, daß mit dem Diebstahl das Verschwinden eines Sergeanten in Verbindung zu bringen sei, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich in diesem Falle um einen Feuerwerker, der in der Pulverfabrik angestellt ist und der mit dem Artilleriedepot nichts zu tun hat. Der Feuerwerker verstand am Mittwoch ohne Urlaub, ist jedoch am Montagabend wieder zurückgekehrt. Der Diebstahl in dem Depot ist den Dieben um so leichter gemacht worden, als sie keine Störung zu befürchten brauchten. Die Büreaus liegen in der ersten Etage eines Hauses, das völlig unbewacht ist. Das zweite Geschloß bewohnte ein Kaufmann, der jedoch von dem Dieb, den das Ansehen des Geldschrankes verursacht haben muß, nichts gehört hat. Am Sonntagabend nach Dienstaufgang nahm die Ordnung noch einen Rundgang durch alle Räumlichkeiten des Hauses vor und verließ dann das Gebäude, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß alles in Ordnung sei.

Marktbericht von Berlin am 3. Juni 1912, nach Ermittlung des kgl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinbrot) 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, mehr, 30,00—55,00. Bohnen 40,00—60,00. Kartoffeln (Reinbrot) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,40—1,80. Schmalz 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Rote 1,60—3,20. Jambor 1,60—3,60. Schale 1,60—3,00. Borste 1,00—2,00. Schale 1,40—3,60. Weizen 0,80—1,60. 60 Stück Weizen 4,00—40,00.

Zigarren- W. Herbst
Fabriken
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 8873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarren-
händlern bestens empfohlen.
— Tarifarbeit.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.



Ein Kuss für

Servus
bester Schuhputz
mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.
Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenburg.

Wer **Kenner** ist, der **kaut** nur
G. Rokahrs
Export-Kautabak

Unübertroffen in Qualität. X Sparsam im Gebrauch.
— Hauptniederlage: Berlin C. 2, Klosterstraße 63. —
Amst Kgst. 8198.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. 200

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Ems Messing u. Römertrank-Kell. N. 4. Berlin, Kr. 13708

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Kottbuscherstr. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Lehnstr. 23

Brotfabrik

Engel's Landbrot

W. Engel

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schulz Elsäckerstr. 71

Römer-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

Wende, A.

Reiche, A.

Zaremba

Beordig.-Anst. Sargm.

H. Fischer

Max Fuchs

H. Fischer

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Paul Zutermann

Adolf Dammann

Adler-Drogerie

Rich. Bocalius

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke

Gebrüder Groh

August Holtz

Kosmalla, E.

Butterhandlung

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhlly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

Stollwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

Fahrrad-Leihhaus

Fahrrad-Haus

Ernst Machnow

Klein, Wilh.

Dombrowsky

Gieselow & Co.

Damenkonfektion

Ballmann

Allen voran

Dampfwäsche

W. Matzker

Merker, P.

Paul Nuss

Karl Petrich

Riedel, B.

Rodewald

W. Matzker

Merker, P.

Paul Nuss

Karl Petrich

Riedel, B.

Rodewald

W. Matzker

Neukölln

Grünauerstr. 43

W. Matzker

Neukölln

Grünauerstr. 43

W. Matzker

Unterstehende Geschäfte

Hohefriedbergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Stewart, H. Schauer

Max Schubert

Albert Schucht

E. Steeger, Fleisch

Thaleiser

Wagner

W. Tauche

Fr. Thiel

Karl Unte

G. Vettin

W. Vetter

Josef Weber

W. Weidner

O. Wellnitz

A. Wenzel

E. Wetzel

Emil Wilhelm

Wiedmann & Swinke

W. Wiedmann

Vereinigte Hutcompagnie

Terminstr. 81

Wilmersdorferstr. 135

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, 3. Juni.

Nachdem am gestrigen Tage die Konstituierung des Verbandstages vor sich gegangen, wurde heute in die Verhandlungen eingetreten. Es sind 41 Delegierte, 8 Mitglieder des Vorstandes, der Redakteur, der Ausschussvorsitzende und 8 Gauleiter anwesend.

Beratung und Beschlussfassung über die Verschmelzungsverhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Verbandsvorsitzender Lange den Bericht des Vorstandes. Er gab zunächst ein Bild der gegenwärtigen Entwicklung des Verbandes, über die wir schon im Vorbericht eine gedrängte Darstellung gaben.

Rassenbericht

den wir ebenfalls im Vorbericht besprachen. Wie die höchste Mitgliederzahl, so hat der Verband gegenwärtig auch einen höheren Rassenbestand als jemals erreicht.

Wasner-Berlin gab den Bericht des Ausschusses, der sich größtenteils um interne Verbandsangelegenheiten drehte. Insgesamt sind 20 Beschwerden vor den Ausschuss gekommen.

fach die Grundzüge des Statuts sowohl Ausschuss wie dem Zentralvorstand gegenüber hat wahren müssen. — Gegenüber dem Vorwurf des Kassierers hoben mehrere Redner hervor, daß die Forderungen in dem Glauben gehandelt haben, daß das für die Werkbewegung zur Verfügung gestellte Geld der Hauptkasse nur geborgt sein solle.

Gegenüber den Kritikern wiesen andere Diskussionsredner darauf hin, daß die Entwicklung der letzten Jahre gegen den Verband war. Der Austritt der Kollegen wende sich im allgemeinen den großen Industrieorganisationen zu.

Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München, 3. Juni.

Im großen Saale des Gaderbräu-Kellers traten gestern abend die Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu ihrem 6. Verbandstag zusammen.

Am Montag früh wurde im Saale der alten Schießstätte in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Der Verbandsvorsitzende Mohs-Berlin erstattete den

Geschäftsbericht.

Der Redner ergänzte den gedruckt vorliegenden (und vom „Vorwärts“ bereits in der Sonntagsnummer ausführlich besprochenen) Tätigkeitsbericht. Jeder, der die Bewegung einwandfrei verfolgt habe, müsse konstatieren, daß sich die Organisation nicht nur nach außen gut entwickelt, sondern auch nach innen gekräftigt habe.

Der zweite Vorsitzende, Riedl-Berlin, kennzeichnete hietauf in Ergänzung der Ausführungen Mohs' den Standpunkt der Mehrheit des Vorstandes in Fragen, in denen diese eine andere Haltung wie Mohs einnimmt.

alleinern Widerspruch erhoben; auch Mohs war gegen diese Anfechtung. Riedl erklärte nun für die Mehrheit des Vorstandes, auch diese stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn Kräfte gebraucht werden, diese in erster Linie aus den Reihen der Kollegen genommen werden.

Den

Rassenbericht

erstattete Ahmann-Berlin. Die hauptsächlichsten Ziffern sind ebenfalls in unserem Vorbericht schon mitgeteilt. Auch der Redner betonte ausführlich die Differenzen der Mehrheit des Verbandsvorstandes mit dem Ausschuss über die Veröffentlichung der Quittungen der Hauptkasse und der Quartalsabrechnungen.

Ebenfalls ausführlich erörtert wurden diese Differenzen von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Wasner-Berlin. Vorstand und Ausschuss haben sich auch mit der Wahl des ersten Vorsitzenden beschäftigt.

Für die Redaktion des Verbandorgans berichtete Dittmer-Berlin. Das Verbandorgan habe allen sozialen und politischen Vorgängen sein Augenmerk geschenkt. Die „Sanitätswoche“ (das Organ für das Krankenpflege- und Waisenpersonal) ist erweitert worden.

Entsprechend dem Antrage der Mandatprüfungskommission werden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Witterungsübersicht vom 4. Juni 1912.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetterprognose für Mittwoch, den 5. Juni 1912.

Zunächst ziemlich heiter, etwas wärmer bei lebhaften südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Westwetterregen.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 6 columns: Wasserstand, am 3. 6., seit 2 6., Wasserstand, am 5. 6., seit 2 6. (cm).

*) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

6 hervorragend billige Angebote

Jackett-Anzüge

Hodimoderne Stoffe u. Fassons — Vorzüglicher Sitz — Exzellente Erzeugnisse unserer Kleiderwerke

- Jackett-Anzüge Serie I braun und grau Phantasiestoffe nach engl. Art, ganz vorzüglich im Tragen 21.—
Jackett-Anzüge Serie II gestreifte u. kleinkarierte Cheviots u. Kamm-arten in den neuest. Mustern 27.—
Jackett-Anzüge Serie III grau, braun, oliv u. grünlicher Cheviot mit feinen Streifen und bunten Effekten 33.—

- Jackett-Anzüge Serie IV Cheviots in den neuest. Mustern, gestr. u. kariert, sehr haltbar u. vornehm aussehend 36.—
Jackett-Anzüge Serie V Kammgarne und Cheviots, neueste Ausmusterung, elegante Verarbeitung... 40.—
Jackett-Anzüge Serie VI Marengo oder buntfarbige Cheviots, „Echt englisch“, Ersatz für Maßarbeit 50.—

Blaue Cheviot-Anzüge 1- und 2-reihig, aus guten Stoffen, elegante Ausstattung 36.—

Schüler- u. Jünglings-Anzüge reichhaltigste Auswahl auffallend billige Preise

Rock-Anzüge hochfeine marengo Cheviots oder Meltons, mit feingesteifter Hose in vielen Preislagen

BaerSohn

Kleiderwerke — Deutschlands größte Fabrik dieser Art Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10 Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



